



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die EU Nachhaltigkeitsstrategie und ihre Implikationen auf die Entwicklungszusammenarbeit – eine polit-ökologische Kritik“

Verfasserin

Nina Zehetmaier

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer: Dr. Arno Tausch, Privatdoz.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	II
Abkürzungsverzeichnis	V
Vorwort.....	1
1. Einleitung	2
1.1 Einführung in die Problematik.....	2
1.2 Erkenntnisinteresse	5
1.2.1 Forschungsfrage.....	6
1.2.2 Arbeitshypothesen	6
1.3 Zugang.....	6
1.4 Kursorische Darstellung von Inhalt und Struktur	7
2. Die Politische Ökologie als Theoretische Basis.....	9
2.1 Politische Ökologie als radikale Perspektive	9
2.1.1 Apolitische Zugänge zu ökologischen Krisen	11
2.1.2 Die politische Dimension von Natur	14
2.2 Gesellschaftliche Naturverhältnisse.....	15
2.3 Die Politische Ökologie der Nord-Süd-Beziehungen	18
2.3.1 Umweltdiskurse im Rahmen von Dependenz- und Weltsystemtheorie: Der ökologisch ungleiche Tausch	19
2.3.2 Der ökologische Fußabdruck als Indikator für Nachhaltigkeit.....	21
2.4 Methodik	23
3. Kapitalismus, Natur und Krise	25
3.1 Strukturelle Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise	25
3.1.1 Der Akkumulationsimperativ und die Bedeutung des Mehrwerts	26
3.1.2 Wachstum als zentrales Element der kapitalistischen Logik	27
3.1.3 Wachstum, Konsum und Lebensstil	28
3.1.4 Die Bedeutung fossiler Energie	29
3.2 Kapitalismus und Entwicklung	31
3.3 Natur im Kapitalismus	34
3.3.1 Das destruktive Verhältnis von Kapitalismus und Natur	35
3.3.2 Natürliche Reproduktion vs. Naturzerstörung	36
3.4 Kapitalismus und Krise	37
3.4.1 Die systemimmanente Widersprüchlichkeit des Kapitalismus.....	38
3.4.2 Die ökologische Krise	40
3.4.3 Der Charakter der aktuellen multiplen Krisendynamik.....	42

3.5	Kapitalistische Naturverhältnisse	42
3.5.1	Die Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse	44
3.5.2	Im Fordismus	45
3.5.3	Im Postfordismus	46
4.	Das Paradigma der Nachhaltigen Entwicklung?	48
4.1	Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung	48
4.1.1	Begriffsbestimmung: Was genau bedeutet eigentlich Nachhaltige Entwicklung?	49
4.1.1.1	Zentrale Diskurse und der Versuch einer Definition	49
4.1.1.2	Zwei Dimensionen eines politisch-gesellschaftlichen Programms.....	50
4.1.2	Ursprung und Entstehung des Nachhaltigkeitsdiskurses	51
4.1.2.1	Die Wurzeln des Nachhaltigkeitsbegriffs.....	51
4.1.2.2	Der Diskurs von den Grenzen des Wachstums	52
4.1.2.3	Die Anfänge des aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurses	53
4.1.2.4	Der Brundtland-Report	54
4.2	Der Nachhaltigkeitsdiskurs im Wandel	56
4.2.1	Institutionalisierung und öffentliche Resonanz	56
4.2.2	Technozentrische vs. ökozentrische Interpretationen	57
4.2.2.1	Die Ökologische Modernisierung	58
4.2.2.2	Neue Modewörter: Green New Deal und Green Economy	59
4.2.3	Kritische Anmerkungen zum aktuellen Stand der Debatte	61
4.3	Verschiedene Zugänge zum Thema Wachstum.....	62
4.3.1	Begriffliche Bestimmung	63
4.3.2	Das Bild der Wachstumsspirale.....	64
4.3.3	Wachstum als zentrales Element der klassischen und neoliberalen Ökonomie	65
4.4	Über die Vereinbarkeit von Wachstum und Nachhaltigkeit.....	66
4.4.1	Verschiedene Arten des Wachstums.....	66
4.4.2	Vom Wachstum der Grenzen	67
4.4.3	Green Growth	68
4.4.4	Wachstums- und Entwicklungszyklen: Die Theorie der langen Wellen.....	69
4.4.5	Degrowth und die Postwachstumsökonomie	70
5.	Nachhaltige Entwicklung und die EU	73
5.1	Das Wesen der EU	73
5.1.1	Entstehungskontext	74
5.1.1.1	Die EKGS als Vorläufer der Union	74
5.1.1.2	Die Entstehung der EWG.....	75
5.1.2	Weitere Entwicklung	76
5.1.2.1	Europäische Erweiterung und Integration	77
5.1.3	Strategische Ausrichtung	81
5.2	Der Lissabon-Prozess und Europa 2020	82

5.2.1	Europa in der Krise	83
5.3	Die EU als Akteur in der EZA	84
5.3.1	Rolle und Bedeutung der EZA der EU	85
5.3.2	Ursprünge der EZA auf EU-Ebene	85
5.3.3	Strategische Ausrichtung	86
5.3.3.1	Ungleiche Entwicklung und Umwelt	87
5.3.3.2	Nachhaltigkeit, Entwicklung und ungleiche Verteilung	88
5.3.3.3	Armut und Umweltzerstörung	89
5.3.4	Unterschiede in Wohlstand und Lebensstil	89
5.3.5	Der Zwang zur Konkurrenz	90
5.4	Die EU und die Nachhaltigkeit – die EU SDS	90
5.4.1	Entstehungskontext der Strategie	91
5.4.1.1	Die Verankerung in den EU-Verträgen	91
5.4.2	Die EU SDS	93
5.4.3.1	Implementierung und Gestaltung der Nachhaltigen Entwicklung auf EU-Ebene	96
5.4.3.2	Operationalisierung und Messung der Nachhaltigen Entwicklung auf EU-Ebene	97
5.4.4	Die EU SDS im globalen Kontext: Die Partnerschaft für eine Nachhaltige Entwicklung	99
5.5	Der Einfluss der EU SDS auf die EZA der EU	100
6.	Resümee	103
	Literaturverzeichnis	108
	Zusammenfassung	122
	Abstract	123
	Curriculum Vitae	124

Abkürzungsverzeichnis

EEA	Einheitliche Europäische Akte
EKGS	Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EMU	Economic and Monetary Union / Europäische Wirtschafts- und Währungsunion
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPI	Environmental Policy Integration
EU	Europäische Union
EU SDS	EU Sustainable Development Strategy / EU Nachhaltigkeitsstrategie
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Währungssystem
EZA	Entwicklungszusammenarbeit
EZB	Europäische Zentralbank
IFI	Internationale Finanzinstitutionen
ILO	International Labour Organization / Internationale Arbeitsorganisation
IUCN	Internationale Union for the Conservation of Nature
MDG	Millenium Development Goals
NRO	Nichtregierungsorganisation
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SD	Sustainable Development
SGP	Stability and Growth Pact
TEP	techno economic paradigm / technoökonomisches Paradigma
TNC	Transnational Cooperation / Transnationales Unternehmen
TOP	Treadmill of Production
UN(O)	United Nations (Organization) / Vereinte Nationen
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development / Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung
UNEP	United Nations Environment Programme / Umweltprogramm der Vereinten Nationen
USA	United States of America / Vereinigte Staaten von Amerika
WCED	World Commission on Environment and Development
WTO	World Trade Organization
WWF	World Wildlife Fund
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion

Vorwort

Das Thema Nachhaltigkeit ist mittlerweile quasi omnipräsent, vor allem auch im Bereich Konsum scheint es diesbezüglich in der letzten Zeit einen Boom zu geben. Aber auch in die Politik hat das Bemühen um eine nachhaltige Entwicklung schon länger Einzug gefunden, und selbst die Wirtschaft scheint um sie bemüht. Ist die breite Resonanz, die das Konzept in weiten Teilen dieser Erde genießt zwar generell durchaus zu begrüßen, so stellt sich in einem zweiten Schritt andererseits dennoch die Frage, welches Potential es im Hinblick auf die Lösungen der drängenden ökologischen Probleme es tatsächlich aufweist.

Ich möchte diese Arbeit gerne meinem Großvater Leopold Tschochohei widmen, der immer ein sehr wichtiger Teil meines Lebens sowie eine große, verlässliche Stütze für mich war. Leider hat er, was seinen gesundheitlichen Zustand anbelangt, ein schweres Jahr hinter sich; da mich das Verfassen der vorliegenden Arbeit die letzten Monate über jedoch stark in Anspruch genommen hat, konnte ich ihm leider nicht immer die Zeit und Aufmerksamkeit schenken, die er eigentlich verdient hätte. Insofern soll diese Widmung eine kleine, symbolische Entschädigung darstellen, und ich möchte ihm auf diesem Weg für alles, was er für mich getan hat, danken.

Mein Dank gilt weiterhin auch meiner Großmutter Adele Tschochohei, die mich vor allem auch kalorienmäßig immer nach Kräften unterstützt hat, sowie nicht zuletzt auch meiner Mutter Elisabeth Zehetmaier, ohne die ich jetzt mit Sicherheit nicht an diesem Punkt, dem Abschluss meines Studiums, angelangt wäre. Sie hat immer fest an mich geglaubt, ohne mich zu drängen, und mir dabei immer die Freiheit gelassen, meine eigenen Entscheidungen zu treffen. Weiters möchte ich mich auch im Besonderen bei meinem Freund Manuel bedanken, der mir, soweit auch immer es ihm möglich war, geholfen und meine Launen dabei tapfer ertragen hat. Auch meinem Betreuer, Herrn Dr. Arno Tausch, gebührt mein Dank, zunächst dafür, dass er die Betreuung meiner Arbeit so kurzfristig übernommen hat, sowie natürlich auch für seine thematischen Inputs und Anregungen.

Nina Zehetmaier

Wien, im Jänner 2014

1. Einleitung

1.1 Einführung in die Problematik

Die kapitalistische Entwicklung, die sich zwischenzeitlich in Form der – wenngleich relativ jungen, so doch mittlerweile dominanten –sozioökonomischen Formation der Industriegesellschaft materialisiert hat, passiert üblicherweise auf Kosten der Umwelt. Anfänglich blieb dieser Zusammenhang gemeinhin eher unhinterfragt und wurde vielmehr, nicht zuletzt auch von den politischen Entscheidungsträgern, kritiklos in Kauf genommen; angesichts der immer weiter fortschreitenden Umweltzerstörung und der sich daraus ergebenden manifesten Probleme, wie etwa des Klimawandels, extremer Wetterphänomene oder auch verschmutzter Landflächen und Gewässer, und in weiterer Folge auch der unweigerlich damit einhergehen sozialen Probleme ist jedoch gegen Ende des 20. Jahrhunderts vermehrt ein gewisses Umweltbewusstsein aufgekommen. Die Tatsache, dass diese Strategie des Raubbaus keine nachhaltige Zukunftsperspektive eröffnet, fand – zumindest bis zu einem gewissen Grad - zunehmend Anerkennung.

Schließlich hat das Schlagwort von der *Nachhaltigen Entwicklung* mittlerweile auch auf globaler Ebene verstärkt an Bedeutung gewonnen und wird dabei als notwendiges ordnungspolitisches Leitbild zusehends Teil einer globalen Strukturpolitik mit internationalen Regelwerken, wie etwa den ILO-Konventionen zum Arbeitsrecht, den Klimarahmenkonventionen der UNO oder dem Kyoto-Protokoll für Klimaschutz, welche die ökonomischen, politischen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen gestalten sollen. Auch im entwicklungspolitischen Kontext findet die Thematik Eingang, nicht zuletzt aufgrund des immer deutlicher artikulierten Zusammenhanges zwischen Armut und Umweltzerstörung (Fritsche & Behr 2010: 368; vgl. dazu auch den Bericht der Brundlandt Kommission: Hauff 1987); einen Hinweis auf die durchaus breite Rezeption und Anerkennung der Thematik liefern dabei unter anderem die acht Millenium Development Goals (MDGs), von denen eines speziell für die Bereiche Ökologie und Umweltschutz (7: Ensure Environmental Sustainability; UNO o.J.) formuliert wurde.

Besagter Nachhaltigkeitsdiskurs hatte zwar ursprünglich radikale und gesellschaftsverändernde Implikationen; angesichts der Tatsache, dass eine verstärkte Berücksichtigung ökologischer Überlegungen zwangsläufig auch die expansive Dynamik

des Kapitalismus bremst (Novy & Raza 1997: 1), ist es allerdings fraglich, inwieweit diesem Gedanken in der Praxis tatsächlich eine prioritäre Stellung vor allem gegenüber den klassischen wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungszielen eingeräumt wird und inwiefern eine tatsächliche Revolution des globalen Systems, von dem nicht zuletzt auch die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) ein integraler Bestandteil ist, im Sinne einer Transformation durch die ökologische Wende möglich ist. Novy und Raza konstatieren als Ergebnis der Institutionalisierung des Nachhaltigkeitsdiskurses jedenfalls eine Umdefinition des Begriffs der Nachhaltigkeit im Sinne einer langfristig tragbaren ökonomischen Entwicklung, des sogenannten *nachhaltigen Wachstums*, welches durchaus mit den dominanten Paradigmen hinsichtlich Wirtschaft und Entwicklung konsistent ist (ibid.). Hier wird ein weiteres grundsätzliches Dilemma, mit dem sich Soziologie und Wissenschaftsforschung bereits seit Langem beschäftigen, deutlich – jenes der Transformation und Aneignung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch die Politik, auf das Dannecker im Zuge ihrer Analyse der Institutionalisierung des Genderdiskurses in der EZA verweist (Dannecker 2010: 265). Der Prozess der Institutionalisierung von Nachhaltigkeit weist insofern durchaus gewisse Parallelen zum sogenannten *Gender Mainstreaming* auf.

Die EU ihrerseits ist eine der zentralen und durchaus mächtigen Akteure auf internationalem Parkett – als Körperschaft eines großen Anteils von Staaten des globalen Nordens und ihrer Interessenvertreterin sowohl was deren eigene Entwicklung anbelangt als auch hinsichtlich der globalen Nord-Süd-Beziehungen und somit der EZA. Dadurch ist ein gewisses Spannungsverhältnis von vorneherein gegeben, das sich zwar im Hinblick auf das grundsätzlich globale Thema Umwelt auflösen sollte, aber dennoch – nicht zuletzt aufgrund der gegebenen räumlichen Ordnung von ökonomischen und sozialen Strukturen – weiter in die Debatten um Ökologie und Nachhaltigkeit hineinwirkt. Die EZA als solche wiederum, die stets auch Interessenspolitik ist, intendiert Veränderungen in einem globalen System, das sich einerseits laufend und unabhängig von den entwicklungspolitischen Steuerungsmechanismen selbst verändert, und von dem die EZA andererseits immanenter Bestandteil ist (Fritsche & Behr 2010: 373).

Der Begriff der Nachhaltigkeit diene zunächst dazu, auf den Zusammenhang zwischen ökonomischen und ökologischen Prozessen hinzuweisen und hatte dadurch, wie bereits erwähnt, ursprünglich radikale und revolutionäre Implikationen (Novy & Raza 1997: 1). Mittlerweile wird damit gemeinhin die Nutzung eines regenerierbaren

Systems in einer Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise erneuert werden kann, beschrieben. Die Konzeption von Nachhaltiger Entwicklung beschreibt also Entwicklungsprozesse, die den Bedürfnissen der aktuellen Generation entsprechen, ohne die Möglichkeiten der künftigen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen und basiert dabei auf drei gleichberechtigten Säulen: der ökologischen, ökonomischen und sozialen Dimension (Lebensministerium).

Diese drei Komponenten müssen von der Politik in angemessener Weise berücksichtigt werden. In diesem Sinne hat die Europäische Union (EU) im Mai 2001 ihre Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung (EU Sustainable Development Strategy, kurz: EU SDS) beschlossen, mit der expliziten Intention, den Wohlstand nachhaltig zu steigern und die Lebensbedingungen für die heutigen und künftigen Generationen zu verbessern. Ergänzt wird diese zudem durch den Grundsatz, Umweltbelange generell auch in alle anderen Bereiche der EU-Politik einzubeziehen, in denen politische Maßnahmen mit Umwelteinwirkungen verbunden sein könnten (EU o.J.).

Allerdings bleibt in dieser im Jahr 2006 erneuerten Strategie die Frage ungelöst, in welchem Verhältnis Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung stehen. So wird zum Beispiel parallel dazu in der Lissaboner Strategie der EU für Wachstum und Beschäftigung, die seit dem Jahr 2000 die zentrale (wirtschafts-)politische Entwicklungsstrategie darstellt, eben das Wachstum als das übergeordnete Ziel, Mittel und Zweck der EU definiert (Trattnigg 2009: 14).

Da Nachhaltige Entwicklung jedoch nicht nur auf nationaler oder regionaler Ebene zum Thema wird, sondern angesichts der globalen Dimension von Umweltfragen vor allem auch im internationalen Zusammenhang und somit auch im Kontext der Nord-Süd-Beziehung, im Speziellen vor allem in der EZA betrachtet werden muss, hat die EU-Kommission schließlich aufbauend auf dieser Strategie Maßnahmen für eine globale Partnerschaft für eine Nachhaltige Entwicklung ausgearbeitet. Auf diese Weise soll die Strategie Eingang in die EZA der EU finden. Ausgehend davon, dass die Prozesse der Globalisierung die treibende Kraft für ein weltweites Wirtschaftswachstum sind und somit entscheidend dazu beitragen, globale Probleme zu bewältigen, wird festgehalten, dass eine ungehinderte Entfaltung der Marktkräfte zugleich wachsende Ungleichheit und Ausgrenzung nach sich ziehen, weshalb flankierende Maß-

nahmen zur Minimierung oder Verhinderung negativer Folgen eingefordert werden. Dabei geht es um kollektive Regeln für zentrale Bereiche und eine Verbesserung der Global Governance. Insgesamt lassen sich die Vorstellungen der EU, wie diese globale Partnerschaft für eine Nachhaltige Entwicklung gestaltet werden soll, in sechs Hauptthemen kategorisieren (Europäische Kommission 2002).

1. Unterordnung des Handels unter den Grundsatz der Nachhaltigen Entwicklung (um die Globalisierung quasi nutzbar zu machen)
2. Armutsbekämpfung und Förderung der sozialen Entwicklung
3. nachhaltiges Management natürlicher und ökologischer Ressourcen
4. größere Kohärenz der Politik der EU
5. bessere Governance auf allen Ebenen
6. Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung.

1.2 Erkenntnisinteresse

Im Rahmen der einschlägigen Diskurse sind Entwicklungsprozesse fast immer primär mit dem Phänomen Wachstum verknüpft; auch der aktuelle Diskurs zur Nachhaltigen Entwicklung kann sich diesem Paradigma nicht entziehen. Im Rahmen der Internationalen Entwicklung geht es um die vielfältigen Entwicklungsprozesse und -interessen unterschiedlicher Staaten und Regionen, die auf verschiedene Arten in das globale kapitalistische System integriert sind; davon ist die Praxis der EZA geprägt. Mittlerweile haben allerdings auch jene Diskurse, die sich um das Thema Umwelt sowie den Schutz derselben durch entsprechende Politiken drehen, eine quasi allgegenwärtige Dimension erlangt, jedoch sind die Diskurse um das Wachstum und somit auch die Entwicklung nur bis zu einem gewissen Grad mit einer Politik des Schutzes der Umwelt vereinbar. Obgleich vielen Menschen dieses Dilemma zwischenzeitlich bewusst sein dürfte, wird an den grundsätzlichen Pfeilern des Systems kaum bis nicht gerüttelt. Vielmehr wird versucht, über das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung die Pfade der kapitalistischen Entwicklung, zumindest dem äußeren Anschein nach, mit den Forderungen nach dem Schutz sowie dem Erhalt der Umwelt zu vereinen. Die sich daraus ergebenden Diskrepanzen werfen allerdings einige Fragen auf.

1.2.1 Forschungsfrage

Aus diesem Grund wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit das oben angedeutete Spannungsverhältnis von Entwicklung, Wachstum und Nachhaltigkeit im Rahmen der EU thematisiert und deren Strategie für eine Nachhaltige Entwicklung (EU SDS) sowie den darauf aufbauenden Weg einer globalen Partnerschaft für eine nachhaltige Entwicklung analysiert und mit der übrigen Politik der EU in Bezug gesetzt. Aus diesem Zusammenhang ergibt sich die folgende Forschungsfrage:

Welche negativen Implikationen ergeben sich aus dem Spannungsverhältnis Entwicklung, Wachstum und Nachhaltigkeit für die Rolle der EU in der EZA?

1.2.2 Arbeitshypothesen

Die folgenden Hypothesen bilden die Basis, auf der die Arbeit aufbaut:

1. Zwischen dem Fokus auf wirtschaftlichem Wachstum und jenem auf nachhaltiger Entwicklung ergeben sich erhebliche Diskrepanzen.
2. Obwohl die Themenbereiche „Umwelt“ und „Nachhaltigkeit“ Teil des politischen Diskurses sind, werden wirtschaftliche Interessen noch immer prioritär behandelt.
3. Das Konzept der Nachhaltigkeit selbst hat sich zusehends zu einer im kapitalistischen Sinne verwertbaren Logik entwickelt.
4. Im politischen Diskurs dient das Konzept nicht zuletzt auch als Beruhigung und Ablenkung angesichts der ökologischen Krise, ohne dass dabei einen grundlegender Systemwandel in Betracht gezogen werden muss.
5. Das Interesse der Mitgliedsstaaten der EU an ihrer eigenen Entwicklung und ihrer Position in der globalen Machthierarchie ist nicht deckungsgleich mit jenem der Staaten des globalen Südens und wirkt sich nachteilig auf deren erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung aus.

1.3 Zugang

Wie Novy und Raza in der Einleitung zu dem von ihnen herausgegebenen Werk „*Nachhaltig reich, Nachhaltig arm?*“ betonen, sind Entwicklungsprozesse – Diskurse im theoretischen Bereich und das entsprechende Handeln auf der praktischen Ebene – immer auch durch Machtstrukturen geprägt, wobei diese Erkenntnis in Theorie und Praxis Nachhaltiger Entwicklung kaum reflektiert wird (Novy & Raza 1997: 1). Aus

diesem Grund wird die vorliegende Arbeit theoretisch im Bereich der Politischen Ökologie fundiert und anhand des Nachhaltigkeitsdiskurses im Rahmen der EU der Frage nachgegangen, wie Konzepte, die grundsätzlich dazu tendieren, das herrschende System zu revolutionieren, von diesem schließlich aufgegriffen und integriert und somit womöglich bis zu einem gewissen Grad neutralisiert werden.

Die äußerst heterogene politökologische Forschung ist vor allem durch eine zentrale Prämisse charakterisiert: Natur, beziehungsweise das Verhältnis der Menschen zu ihr, hat immer auch einen zutiefst politischen Charakter – eine Feststellung, die in der Konzeption des *politicised environment* (Bryant & Bailey 1997: 27 ff.) ihren Ausdruck findet. Mithin bedeutet politökologische Forschung die Analyse der diesem Verhältnis zwischen Mensch und Natur inhärenten Machtstrukturen (Robbins 2012: 20). Damit wird thematisiert, dass der menschliche Umgang mit der Natur sozial vermittelt ist, was mithilfe der Theorie der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse gut erfassbar ist. Drei Dimensionen sind zentral für diese Vermittlung: die soziale Produktion von Natur, die Grenzen dieser Produktionsprozesse sowie die ihrer Herrschaftsförmigkeit (Köhler & Wissen 2010: 219).

Der dieser Arbeit zugrundeliegende Kontext der Nord-Süd-Beziehungen soll schließlich durch die Theorie des ökologisch ungleichen Tauschs, also einem von der Dependenz- und Weltsystemtheorie inspirierten politökologischen Zugang, Rechnung getragen werden. Dabei werden die ökologischen Bedingungen und Effekte einer ungleichen Integration in das Weltsystem thematisiert (Rice 2007: 1383). Im Anschluss wird mit dem ökologischen Fußabdruck (Wackernagel & Rees 1997) ein klassischer Indikator für Nachhaltigkeit vorgestellt (vgl. dazu etwa Tausch & Heshmati 2012), der nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Analyse des ökologischen Tauschs Anwendung findet (vgl. dazu etwa Andersson & Lindroth 2001, Jorgenson & Burns 2007, Rice 2007, Jorgenson et al. 2009, Jorgenson & Clark 2011).

1.4 Kursorische Darstellung von Inhalt und Struktur

Nachdem in der Einleitung zunächst das Forschungsinteresse ausgeführt und die Forschungsfrage mit Hypothesen abgeleitet wird, folgen als theoretischer Rahmen die Grundzüge der Theorie der Politischen Ökologie. Diese Basis wird hinsichtlich der sozialen Dimension von Natur durch das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse vertieft. Die Analyseachse auf internationaler Ebene, die den Kontext

der Nord-Süd-Beziehungen und damit auch der EZA abdeckt, wird um die politökologischen Zugängen, die von der Dependenz- und Weltsystemtheorie inspiriert sind, erweitert.

Im Anschluss an diese theoretische Einführung werden die prinzipielle Beschaffenheit des Kapitalismus und seiner Krisen, mit speziellem Fokus auf der gegenständlichen sozioökologischen, diskutiert. Es geht mithin um die grundsätzliche Thematik von Umwelt, Wachstum und Entwicklung, wobei die immanenten, durchaus widersprüchlichen Tendenzen herausgearbeitet werden. Darauf aufbauend folgt eine Analyse des Konzepts der Nachhaltigkeit mit dem Entstehungskontext.

Anschließend wird kursorisch das Wesen der EU präsentiert, um ihre innere Logik oder politische Raison, die sich durch die ihr eigenen Machtstrukturen ergibt, und, aufbauend auf einigen prinzipiellen Überlegungen zum Wesen der EZA, ihre Rolle und Bedeutung als Akteur in der EZA sowie ihren Nachhaltigkeitsdiskurs, der sich auf institutioneller Ebene im Rahmen der EU SDS widerspiegelt, zu analysieren. Insbesondere wird auf den Entstehungskontext der Strategie und ihre Einbettung in den Rahmen der allgemeinen Politik der EU eingegangen, um den Einfluss des Institutionalisierungsprozesses auf den Nachhaltigkeitsdiskurs zu verdeutlichen.

In einem kurzen Ausblick wird eine Einschätzung über die Effekte der Nachhaltigkeitsstrategie der EU gegeben und dabei die Möglichkeiten und Bedingungen für potenzielle Alternativen erläutert. Die gesammelten Erkenntnisse werden im Resumé zusammengefasst.

2. Die Politische Ökologie als Theoretische Basis

Als theoretischer Ausgangspunkt und Bezugsrahmen für die vorliegende Arbeit dient zunächst als grober Rahmen die Theorie der Politischen Ökologie. Für ein adäquates Verständnis der sozialen Produktion von Natur wird des Weiteren auf das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse zurückgegriffen. In Anbetracht des dieser Arbeit immanenten globalen Nord-Süd-Kontextes wird die theoretische Fundierung durch ökologische Konzeptionen im Rahmen von Dependenz- und Weltsystemtheorie ergänzt und vertieft. Als Synthese aus diesen Zugängen lässt sich ableiten, dass ein adäquates Verständnis der für die global ungleiche, materielle wie auch ökologische Verteilung verantwortlichen Mechanismen nur auf Basis einer eingehenden Analyse der ökologischen Bedingungen der menschlichen Wirtschaft entwickelt werden kann (Hornborg 1998: 128). Abschließend wird das Konzept des ökologischen Fußabdrucks als Indikator für die Nachhaltigkeit, auch in Verbindung mit den vorgestellten theoretischen Zugängen, diskutiert.

Um die gegenwärtige ökologische Krise ebenso adäquat einschätzen zu können wie die Chancen progressiver Alternativen, sind Theorien, die sich auf der systemischen beziehungsweise strukturtheoretischen Eben allein bewegen, nicht ausreichend; es bedarf mithin der Ergänzung durch intermediäre Kategorien zur Vermittlung zwischen Akteurs- und Strukturebene, um so die vielfältigen Ausprägungen der strukturellen Widersprüche sichtbar zu machen. Dafür eignet sich vor allem die Theorie der Politischen Ökologie, aber auch das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, das in erstere integriert wird. Beiden gemein ist die Verschränkung von sozialen und ökologischen Fragen (Dietz & Wissen 2009: 362; 366). Im Zuge der folgenden Einführung in das politökologische Paradigma werden die Anknüpfungspunkte mit den anschließend thematisierten dependenz- sowie weltsystemtheoretischen Konzeptionen deutlich werden.

2.1 Politische Ökologie als radikale Perspektive

Die Ursprünge der Politischen Ökologie datieren in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als eine Reihe von Wissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen ausgehend von einem politökonomischen Verständnis begann, unter diesem Begriff die Problematik des Zugangs und der Kontrolle verschiedener Ressourcen zu thema-

tisieren. Dabei ging es nicht zuletzt darum, sich von anderen Zugängen zur ökologischen Krise abzugrenzen, für welche sie die Gründe etwa im Rahmen rein technologischer Aspekte, im Bevölkerungswachstum, im kulturellen Bereich oder schlechten Praktiken der Landnutzung auszumachen glaubten. Inspiriert von der Politischen Ökonomie, die sich mit den Dynamiken unterschiedlicher Formen von Akkumulation, Eigentumsrechten und der Verteilung des Überschusses sowie den Konflikten darüber befasst, hielten die Vertreter der Politischen Ökologie eben den Zugang zu und die Kontrolle über Ressourcen für die unabdingbaren Kategorien – sowohl für das Verständnis der Art und geographischen Verteilung von Umweltzerstörung als auch für die Einschätzung der Aussichten für grüne und nachhaltige Alternativen (Peet & Watts 2004: 6 f.).

Einen wesentlichen Einfluss auf die Entstehung des Forschungsfeldes hatte von bereits zu Beginn die Radikale Geographie (Pichler 2009: 12); ansonsten waren die Pioniere der Politökologie häufig Spezialisten für ländliche Entwicklung, Kulturelle Ökologie oder Ökologische Anthropologie. Den Kontext ihrer Untersuchungen bildeten meist postkoloniale Situationen, wodurch ein Interesse für den speziellen Zusammenhang von Armut und Umweltproblemen gefördert und die prinzipielle Eignung von nördlichen Technologien sowie der vorgegebliche Nutzen einer immer tieferen Weltmarktintegration infrage gestellt wurde (Neumann 2005: 5).

Als eine der ersten Arbeiten in diesem Bereich ist die Studie der beiden Geografen Blaikie und Brookfield von 1987 zu nennen, in der sie das komplexe Verhältnis zwischen Gesellschaft und Bodendegradation zu analysieren versuchen; dabei geben sie eine erste, durchaus illustrative Definition davon, was genau sie unter Politischer Ökologie verstehen:

The phrase political ecology combines the concerns of ecology and a broadly defined political economy. Together this encompasses the constantly shifting dialectic between society and land-based resources, and also within classes and groups within society itself (Blaikie & Brookfield 1987: 17).

Dabei ist die Theorie der Politischen Ökologie insgesamt ein heterogenes Feld, das sich durch unterschiedliche Zugänge zu seinem eigentlichen Gegenstand auszeichnet; die Bandbreite reicht unter anderem von Untersuchungen, die Umweltveränderungen und die daraus resultierenden Konflikte im Rahmen wichtiger Umweltprobleme (zum Beispiel der Bodenerosion) oder anhand sozioökonomischer Charakteristika (wie Klasse), auf der Ebene der Akteure (zum Beispiel der Staat) oder der Region

thematisieren, bis hin zu solchen, die sich der Analyse von zentralen Konzepten und Bearbeitungsversuchen der ökologischen Krise, wie etwa der Nachhaltigen Entwicklung, widmen oder ihre Analyse in unterschiedlichen Kombinationen dieser einzelnen Zugänge zu verorten versuchen (Bryant & Bailey 1997: 1 f.). So betonen manche Interpreten die Dimension der politischen Ökonomie, andere vor allem formale politische Institutionen stärker. Einmal stehen Umweltveränderungen im Fokus, dann wieder die Diskurse und Narrative, die sich um ebendiese Veränderungen ranken. Trotz aller Heterogenität gibt es jedoch eine Reihe gemeinsamer Elemente (Robbins 2012: 14). So etwa sind die historische und politökonomische Analyse fast immer zentrale Eckpunkte jedweder politökologischen Forschung (Neumann 2005: 6); die fundamentale gemeinsame Prämisse besteht darin, dass die ökologischen Bedingungen und ihre Transformationen immer das Produkt politischer Prozesse sind (Robbins 2012: 19 f.).

Ziel dieser Untersuchungen sollte Bryant und Bailey zufolge die Entwicklung eines Verständnisses für die Handlungsmöglichkeiten einzelner Akteure im Rahmen der breiteren politischen und ökonomischen Strukturen sein, ohne dabei jedoch in einen ökonomischen Reduktionismus einiger früherer Arbeiten auf diesem Gebiet zu verfallen (Bryant & Bailey 1997: 2). Es geht demnach auch um eine Analyse sowohl der sozialen Auseinandersetzungen rund um die sozial-ökologische Krise als auch der politischen Ökonomie ihrer Verursachung (Brand & Wissen 2011a: 14).

Was die klassischen Entwicklungsdiskurse anbelangt, so waren diese schon immer eines der hauptsächlichen Ziele der Kritik der Politischen Ökologie – vor allem im Hinblick auf ihre sozialen und ökologischen Folgen. Dabei ist eine zentrale Perspektive auf Entwicklung jene, die diese als andauernde Entfaltung der kapitalistischen Moderne an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit versteht (Neumann 2005: 13).

2.1.1 Apolitische Zugänge zu ökologischen Krisen

Bevor das der Politischen Ökologie immanente Konzept einer politisierten Natur Gegenstand der Betrachtungen wird, folgt zunächst ein kurzer Überblick über klassische Theorien zu Natur und natürlichen Krisen, die sich vordergründig durch einen vollkommen anderen Zugang auszuzeichnen scheinen. Allerdings besitzen diese vorgeblich apolitischen Ansätze (Robbins 2012: 13) insofern einen impliziten politischen

Charakter, als dass sie Antworten auf grundsätzlich politische Fragen zu geben versuchen, wobei dies jedoch zumeist ausgeblendet wird (ibid.: 18).

In den Narrativen über die Entstehung der Politischen Ökologie beeindrucken vor allem zwei dieser apolitischen Zugänge, auf die in diesem Zusammenhang immer wieder rekurriert wird: einerseits neomalthusianische Ansätze, die, wenngleich teilweise in unterschiedlicher Akzentuierung der einzelnen Faktoren, zur Erklärung ökologischer Krisen auf eine Kombination von Überbevölkerung, Ressourcenmangel und dadurch implizierten Limits zurückgreifen sowie andererseits Perspektiven, die eine Lösung derartiger Probleme durch technologische Modernisierung und ein verbessertes Management für möglich halten (vgl. dazu etwa Bryant & Bailey 1997: 10 f.; Neumann 2005: 26 ff.; Robbins 2012: 14 ff.). Die Wurzeln der ersten Theorien führen zurück auf die Bevölkerungstheorie von Malthus, die Ende des 18. Jahrhunderts im Rahmen seines berühmten *Essay on the Principle of Population* (1798) publik wurde. Dabei ging er davon aus, dass die Überbevölkerung, verursacht durch ein Missverhältnis zwischen der exponentiell anwachsenden Bevölkerung und der sich parallel dazu nur linear steigernden landwirtschaftlichen Produktion, das größte Problem der sich entwickelnden Gesellschaft und ihrer Umwelt darstellt. Seine Vorschläge zur Lösung dieses Problems waren radikal: Es sollte sich von selbst lösen, indem den Ärmsten, die sich nach Ansicht Malthus am schnellsten vermehrten, jedwede Unterstützung versagt wird.

In den 1970er Jahren wurde Malthus Idee von der Bevölkerungsfalle aufgegriffen, symptomatisch dafür ist das Werk von Ehrlich (etwa 1968: *The Population Bomb* oder später, zusammen mit seiner Gattin, Ehrlich & Ehrlich 1990: *The Population Explosion*), in dem der Autor vor den Folgen des explosiven Wachstums der Bevölkerung vor allem in der sogenannten „Dritten Welt“ warnten. Ihre Vorschläge zur Kontrolle dieses Wachstums waren ebenfalls radikal, wenngleich in geringerem Maße als bei Malthus. Vom Kern her ähnlich läuft auch die Argumentation der Ansätze, die sich auf die natürlichen Grenzen des Wachstums berufen (im Besonderen Meadows et al. 1972: *Limits to Growth*; vgl. Bryant & Bailey 1997: 10).

In enger Verbindung zu diesen neomalthusianischen Theorien der ökosozialen Krise stehen technozentrische sowie managementbasierte Lösungsmodelle, denen von ihren Verfechtern attestiert wird, die Probleme der Überbevölkerung und Ressourcenknappheit lösen zu können (Bryant & Bailey 1997: 28; Neumann 2005: 27). Das

klassische Beispiel hierfür stellt Hardins *The Tragedy of the Commons* (1968) dar. Er argumentiert darin einerseits für eine Geburtenkontrolle vor allem in den Regionen des globalen Südens sowie für eine Privatisierung natürlicher Ressourcen, wobei hauptsächlich der zweite Punkt als Rechtfertigung gegen Allgemeingüter und für eine Intervention von Außen eine gewisse Prominenz erlangte (Neumann 2005: 27). Ein derartiger, auch auf Effizienz ausgerichteter Ansatz impliziert jedoch die Notwendigkeit eines Technologietransfers aus dem Norden in die als unterentwickelt angesehenen Gebiete. Zudem müssen Unternehmen und Individuen stärker in größere Märkte integriert sowie die exklusiven Eigentumsrechte an natürlichen Ressourcen vermehrt unter private Kontrolle gebracht werden. Schließlich ist es gerade für den Schutz der Umwelt unabdingbar, natürliche Güter – ob Lebewesen oder etwas so schwer Greifbares wie Luft – zu bepreisen (Robbins 2012: 18 f.) und somit der Rationalität des Marktes zu unterwerfen (Neumann 2005: 27).

Obschon eine eingehende Diskussion dieser Ansätze den Rahmen dieser Einführung sprengen würde, sind in aller Kürze einige prinzipielle Anmerkungen angebracht. Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass das Bevölkerungswachstum nur ein unzureichender Faktor in der Erklärung der ökologischen Krise sein kann, einerseits, weil sich Überfluss und Technologie im Rahmen steigender Entwicklung durchaus mäßigend darauf auswirken, während andererseits der höchste Ressourcenverbrauch auf die globale Minderheit der relativ Wohlhabenden in den Industriestaaten entfällt (Robbins 2012: 16). Allerdings tendieren derartige Diskurse, nicht zuletzt aufgrund des hohen Grades an Abstraktion, mit dem sie operieren, dazu, die Verantwortung für die sozioökologische Krise in undifferenzierter Weise der gesamten Menschheit als solcher anzulasten (Bryant & Bailey 1997: 28).

Im Übrigen zielt auch die Leitidee der ökologischen Modernisierung, die vor allem im Globalen Norden die Ansätze im Umgang mit der ökologischen Krise prägt, weniger auf eine solidarische Bearbeitung der globalen Probleme, sondern stattdessen auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Staaten im globalen Wettbewerb – es sollte nicht notwendig sein, darauf hinzuweisen, dass dies gar nicht anders als auf Kosten anderer geschehen kann (Görg 2003a: 10).

2.1.2 Die politische Dimension von Natur

Wie Robbins treffend feststellt, ist das Hauptproblem der genannten Ansätze, dass apolitische Antworten auf grundsätzlich höchst politische Fragen gesucht werden (Robbins 2012: 18). Somit werden die sozioökologischen Systemen immanenten strukturellen Problematiken von Macht, Interessenkonflikten sowie ungleichem Tausch (siehe dazu Kapitel 2.3.1) ausgeblendet (Hornborg 2009: 252). Eine weitere wichtige Dimension, die dabei ignoriert wird, ist die kulturelle Dimension (ibid.: 255).

Im Gegensatz dazu ist es zentrale Prämisse der Politischen Ökologie, dass Eingriffe in die Umwelt keinesfalls neutrale Prozesse darstellen und somit auch nicht allein durch technologische Innovationen oder ein verbessertes Management gelöst werden können. Schließlich hat dieses Eingreifen immer auch politische Ursachen, Bedingungen sowie Konsequenzen, die ihrerseits auf bereits bestehende soziale Ungleichheiten und politische Prozesse wirken. Mit dieser grundsätzlichen Annahme sind weitere zentrale Überlegungen der politökonomischen Forschung verknüpft: So sind etwa Kosten und Nutzen beziehungsweise Risiko und Gewinn, die sich aus ebendiesen Eingriffen ergeben, ungleich unter den gesellschaftlichen Akteuren verteilt. Eine ungleiche Verteilung der Vor- und Nachteile kann ihrerseits entweder zu einer Verstärkung oder aber, unter entsprechenden Umständen, auch zu einer Entschärfung der bestehenden sozialen und ökonomischen Ungleichheiten beitragen. Die im Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung relevante Konsequenz aus diesen Folgerungen ist, dass die beiden Dimensionen Natur und Entwicklung untrennbar miteinander verbunden sind, da jede Veränderung der Umweltbedingungen den politischen und ökonomischen Status Quo beeinflusst. Damit geht nicht zuletzt eine Transformation bestehender Machtverhältnisse einher, wodurch sich auf der Ebene der Akteure neue Chancen und Möglichkeiten ergeben (Bryant & Bailey 1997: 28 f.). Wichtiger als die in der ökologischen Debatte vorgebrachten Argumente über die Umwelt selbst ist daher die Analyse des Verständnisses von Gesellschaft und politökonomischer Organisation, das diese dabei transportieren (Harvey 1993: 19).

...all ecological projects (and arguments) are simultaneously political-economic projects (and arguments) and vice versa. Ecological arguments are never socially neutral any more than socio-political arguments are ecologically neutral. Looking more closely at the way ecology and politics interrelate then becomes imperative if we are to get a better handle on how to approach environmental/ecological questions. (Harvey 1993: 25)

Unser Verhältnis zur Natur im Allgemeinen und somit unser Verständnis von Ressourcen und Limits ist also vielmehr sozial konstruiert denn natürlich gegeben; im Rahmen der Diskussion der gesellschaftlichen Naturverhältnisse wird genauer darauf eingegangen (siehe Kapitel 2.2). Dies bedeutet jedoch nicht, dass quantitative Verhältnisse, wie etwa jenes von natürlichen Ressourcen zur Bevölkerungszahl, vollkommen unerheblich sind; vielmehr geht es hier um einen anderen Zugang, der die Faktoren Bevölkerung und Ressourcen um jenen der Macht erweitert und die beiden Erstgenannten dadurch auf andere Art und Weise zueinander in Beziehung setzt (Robbins 2012: 17 f.). Somit kann sich die Politische Ökonomie nicht einfach einer bloßen Beschreibung der physischen Veränderung widmen, sondern muss diese in Relation zu den menschlichen Aktivitäten erfassen (Bryant & Bailey 1997: 29). Immerhin gehorchen diese Veränderungen keinem marktgesteuerten Automatismus, sondern sind potentiell krisenbehaftet und werden daher in letzter Instanz politisch reguliert. Es ist mithin die eigentliche Aufgabe kritischer Politischer Ökologie, *„den Prozess der politischen Konstituierung und Transformation relativer Schranken in seinen gesellschaftlichen, und damit qualitativen Spezifika herauszuarbeiten.“* (Raza 2003: 164)

Auf Basis eines relativ breit gefassten Verständnisses lässt sich daher zusammenfassend feststellen, dass sich die Politische Ökologie mit den Bedingungen und dem Wandel des systematischen Verhältnisses von Gesellschaft und Natur beschäftigt; vor allem versucht sie, die diesen inhärenten Machtbeziehungen explizit zu machen. Dabei geht es mehr darum, die Ursachen sozioökologischer Probleme zu analysieren als um eine Beschreibung ihrer Symptome (Robbins 2012: 20). An die Stelle vorgeblich objektiver Gleichgültigkeit tritt ein durchaus normativer Anspruch (ibid.: 13). Im Fokus müssen daher zunächst die sozialen Konflikte, die sich rund um die sozial-ökologische Krise entspinnen, sowie die Politische Ökonomie ihrer Verursachung und Bearbeitung stehen (Brand & Wissen 2011a: 14).

Die adäquate Annäherung an diese Thematik bedarf vorab der Erläuterung des Konzepts der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

2.2 Gesellschaftliche Naturverhältnisse

Da also ein integriertes Verständnis der Beziehung von Mensch und Natur die Grundvoraussetzung für die politökologische Forschung darstellt, wird ein spezieller,

in diesem Sinne adäquat erscheinender Zugang zu dieser Thematik, jener der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse, favorisiert. Dabei erscheint zunächst eine Klarstellung angebracht: Das eigentliche Problem an der heute allgegenwärtigen ökologischen Krise ist nicht die Natur an sich, sondern vielmehr das menschliche Verhältnis zu ihr, weshalb auch der Terminus sozioökologische Krise treffender ist. Dieses Verhältnis ist geprägt durch die immens gestiegenen Fähigkeiten im Umgang mit der Natur sowie die wissenschaftlichen Interpretationen darüber – es ist also das Transformationspotential des Menschen, das sich als problematisch entpuppt (Görg 2003a: 9). Daher ist es notwendig, die vorherrschenden Lösungsansätze zur Bearbeitung von Umweltproblemen auch als Bestandteil der sozioökologischen Krise und somit als Teil des Problems zu thematisieren. Das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist für diesen Zweck hilfreich (Köhler & Wissen 2010: 218).

Ausgehend von einem nicht-äußerlichen Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft verstehen Brand und Wissen Gesellschaftliche Naturverhältnisse als einen durch die gesellschaftlichen Produktions- und Konsumtionsprozesse, also durch Bearbeitung oder Stoffwechsel strukturierten und durch soziale Wahrnehmungen und Deutungen hegemonial definierten, aber nicht beliebig konstruierbaren materiell-stofflichen Zusammenhang (Brand & Wissen 2011a: 15). Es geht mithin um die soziale Vermittlung des menschlichen Umgangs mit der Natur, wobei sich dieser Vermittlungszusammenhang anhand von drei zentralen Momenten festmachen lässt: erstens an einem unauflösbaren Zusammenhang zwischen Natur und Gesellschaft, wodurch Fragen nach der gesellschaftlichen Produktion von Natur aufgeworfen werden; zweitens an einer Differenz zwischen Natur und Gesellschaft, welche die Grenzen gesellschaftlicher Produktionsprozesse impliziert und drittens an der historischen Konstitution dieser Differenz, in der die Herrschaftsförmigkeit gesellschaftlicher Produktion ihren Ausdruck findet (Köhler & Wissen 2010: 219 f.; vgl. dazu Jahn & Wehling 1998: 82).

Die grundsätzliche Basis für die Theorie Gesellschaftlicher Naturverhältnisse ist also zunächst die soziale Produktion von Natur, die sich auf zwei in engem Zusammenhang stehenden Ebenen vollzieht: der physisch-materiellen sowie der sprachlich-symbolischen. Erstere meint die gesellschaftliche Überformung und Transformation der Umwelt, während letztere auf gesellschaftliche Konzepte und Deutungen im Umgang damit (wie etwa natürliche Ressourcen und Limits oder das Verständnis der ökologischen Krise insgesamt) bezieht. Die Anerkennung der sozialen Produktion

von Natur impliziert des Weiteren, dass niemals nur von einem einzigen gesellschaftlichen Naturverhältnis ausgegangen werden kann, sondern es sich dabei stets um eine vielfältige, pluralistische Konzeption, eben die Naturverhältnisse, handelt. Gleichzeitig kann Natur aber nicht beliebig sozial reproduziert werden, da sie über eine gewisse Eigenständigkeit verfügt, die jedoch im Rahmen kapitalistischer Naturverhältnisse konsequent ignoriert wird. Hier offenbart sich schließlich auch die fundamentale Ursache der ökologischen Krise; es geht nicht mehr nur um eine für die menschliche Existenz zwingend notwendige Aneignung von Natur, sondern vielmehr um deren Beherrschung (Köhler & Wissen 2010: 220 ff.) und somit um deren „*vollständige Subsumption unter gesellschaftliche Zwecksetzungen*“ (Görg 2004: 222).

Schließlich begründet und prägt die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse politische wie soziale Herrschaft (Brand & Wissen 2011a: 15); ihre Kontrolle ist daher ein zentrales Medium sozialer Herrschaft, weshalb aus einer emanzipatorischen Perspektive heraus eine Analyse des jeweiligen konkreten Kontextes unabdingbar ist (Köhler & Wissen 2010: 223). So kann auch die Lösung ökologischer Probleme nicht länger als rein umweltpolitische Aufgabe verstanden werden, vielmehr ist sie untrennbar mit dem Abbau sozialer Herrschaft verbunden (ibid.: 226).

Ganz allgemein sind die Naturverhältnisse also auch Teil aller anderen sozialen Verhältnisse (Brand & Wissen 2011a: 15; Görg 2003b: 184); ihre Krisenhaftigkeit steht somit stets in engem Zusammenhang mit umfassenderen gesellschaftlichen Krisenprozessen, weshalb es einerseits notwendig ist, ihre Analyse im Kontext der jeweiligen sozialen Machtverhältnisse, also den in den gesellschaftlichen Strukturen verankerten Kräfteverhältnissen und Selbstverständlichkeiten, sowie im Rahmen der grundlegenden Krisenhaftigkeit kapitalistischer Gesellschaften zu verorten, während sie gleichzeitig nicht allein darauf reduziert werden dürfen (Brand & Wissen 2011a: 18).

Die Auseinandersetzung mit alternativen Formen des Umgangs mit der Natur stellt mithin eine per se politische Aufgabe dar (Köhler & Wissen 2010: 226). Unabhängig davon werden die gesellschaftlichen Naturverhältnisse heute jedoch zusehends einem pragmatischen Problemmanagement überlassen, denn der Widerstand gegen den globalen Kapitalismus, verkörpert in Form der neoliberalen Globalisierung, ist mittlerweile, anders als noch in den 1980er Jahren, nur noch ansatzweise und eher oberflächlich mit einer Kritik an den dominanten Formen der Vergesellschaftung von

Natur sowie einer dementsprechenden Suche nach Alternativen verbunden (Görg 2003a: 11). Hornborg spricht in diesem Zusammenhang von einem Paradigmenwechsel, der sich, bedingt durch die sich ständig steigende Mobilität des globalisierten internationalen Finanzkapitals, seit den 1970er Jahren vollzogen hat. Zentrales Kriterium für die Auswahl und Anerkennung eines jeweils hegemonialen Zugangs hinsichtlich der globalen Probleme sei mittlerweile, ob sich dieser einigermaßen ins bestehende System integrieren lasse; die entscheidende Frage dabei sei daher nun vielmehr „*which interpretation we can live with*“ (Hornborg 2003: 207).

2.3 Die Politische Ökologie der Nord-Süd-Beziehungen

Für Bryant und Bailey ist eine spezielle Befassung mit einer eigenen Politischen Ökologie der Entwicklungsländer auch im Zeitalter der Globalisierung unbedingt notwendig. Sie begründen dies unter anderem mit einer postkolonialen Argumentation, indem sie darauf hinweisen, dass die lange Periode der Entwicklung „*that is rooted in distant colonial times even today powerfully conditions the way in which human-environmental interaction takes place in the Third World*“ (Bryant & Bailey 1997: 7). Schließlich war es die Rolle der ehemaligen Kolonien in der entsprechenden ökonomischen Ordnung, den Metropolen die wichtigen Rohstoffe und Ressourcen zu liefern, die für Produktion und Konsum benötigt wurden. Das koloniale Erbe, das den hauptsächlichsten Unterschied zu anderen Regionen ausmacht, hat die betroffenen Staaten und Gebiete auch in Form der Integration in die globale kapitalistische Wirtschaft, einer generellen ökonomischen Abhängigkeit – im Besonderen jener von natürlichen Ressourcen – Umweltzerstörung sowie Systemen zentralistischer politischer Macht und Kontrolle geprägt, wobei diese Phänomene weiterhin nachwirken (ibid.: 7 f.).

Neumann wiederum hält es prinzipiell für angebracht, simple Dualismen, wie etwa jenen zwischen Stadt und Land, industriell und bäuerlich oder Erste zu Dritter Welt, in und aus einer politökonomischen Perspektive heraus zu überwinden, wobei er gleichzeitig betont, dass dies nicht bedeute, die fundamentalen Unterschiede zwischen den Weltregionen, auf die sich Bryant und Bailey in ihrer Argumentation berufen, seien nicht existent; allerdings sei es ebenso notwendig zu analysieren, wie diese regionalen politökologischen Besonderheiten durch jene Prozesse produziert und reproduziert werden und die einzelne Orte und Regionen durch Zeit und Raum in

einen globalen Zusammenhang aus Güter- und Warenströmen sowie den Flüssen von Kapital, Arbeit und Wissen einbinden (Neumann 2005: 13, 116). Diesem Ansinnen soll im Folgenden durch den Rekurs auf die dependenz- und weltssystemtheoretisch geprägten Umweltdiskurse Rechnung getragen werden, nicht zuletzt auch, weil der thematische Rahmen dieser Arbeit eine derartige Analyse im größeren, globalen Kontext, wie sie in dieser zweiten Perspektive ermöglicht wird, erfordert.

2.3.1 Umweltdiskurse im Rahmen von Dependenz- und Weltsystemtheorie: Der ökologisch ungleiche Tausch

Umweltveränderungen mit politischer und ökonomischer Marginalisierung zu verbinden, zeigte sich zunächst in den 1970er und 80er Jahren als Versuch, die zu der Zeit aufkommende Thematisierung der ökologischen Krise dependenz- beziehungsweise weltssystemtheoretisch zu erklären (Robbins 2012: 23). Die entsprechenden Ansätze können ebenfalls unter das allgemeinere Paradigma der Politischen Ökologie subsumiert werden (Hornborg 2009: 246), wird doch auch in diesen Fällen davon ausgegangen, dass ein adäquates Verständnis jener Mechanismen, die für die global ungleiche materielle und ökologische Verteilung verantwortlich sind, nur auf Basis einer eingehenden Analyse der ökologischen Bedingungen der menschlichen Wirtschaft entwickelt werden kann. Umweltprobleme sind also immer auch *socially distributed*. Zentraler Bestandteil derartiger Erklärungsversuche ist die Theorie des ungleichen ökologischen Tauschs (Hornborg 1998: 128).

Eine der fundamentale Prämissen von dependenz- und weltssystemtheoretischen Überlegungen ist die auf Emmanuel zurückgehende Theorie eines grundsätzlich ungleichen Tauschs, die auf der Annahme asymmetrischer Beziehungen zwischen Industrienationen und noch nicht so stark industrialisierten Staaten beruht. Aufgrund dieser Asymmetrie können die industriellen Zentren unverhältnismäßige Vorteile gegenüber und vor allem auch auf Kosten peripherer Regionen realisieren. Im Gegensatz zur neoklassischen Ökonomie werden hierbei historische Machtbeziehungen explizit thematisiert, schließlich lässt sich die gegenwärtige Verteilung komparativer Vorteile zumeist aus deren Kontext heraus erklären; der internationale Handel wirkt dabei stabilisierend auf das System der internationalen Arbeitsteilung (Rice 2009: 219).

In enger Verbindung zur Theorie des ungleichen Tauschs steht außerdem die Vorstellung eines Nullsummenspiels. Im Rahmen des Entwicklungsdiskurses bedeutet dies, dass Entwicklung und die sogenannte Unterentwicklung in direktem Zusammenhang stehen, wobei beide jeweils auf Kapitalbewegungen im Weltsystem zurückzuführen sind. Kapital generiert daher räumliche Muster (Hornborg 2003: 209 f.) und wirtschaftliches Wachstum erfolgt stets auf Kosten anderer (Hornborg 2009: 239). Die genauen Zusammenhänge dieser Feststellungen werden in den folgenden Kapiteln genauer betrachtet; für eine adäquatere Annäherung an die Problematik ungleicher globaler Verteilung ist die explizite Einbeziehung der ökologischen Komponente notwendig (Rice 2009: 220).

In Anbetracht der Tatsache, dass sowohl natürliche Ressourcen als auch die Aufnahmekapazitäten für Abfallstoffe und -produkte global ungleich verteilt sind, ist der Handel mit diesen Ressourcen und Kapazitäten zwischen einzelnen Staaten quasi eine Notwendigkeit (Rice 2007: 1375). Die Zentren des Weltsystems sind zur Aufrechterhaltung ihres Stoffkreislaufes also auf einen Austausch mit anderen Regionen angewiesen – vor allem auch mit jenen Gebieten in der Peripherie, die noch viel direkter in den Abbau natürlicher Ressourcen und somit auch von Energie involviert sind. Systematische Tauschbeziehungen und die transnationale Aneignung von Energie stellen somit die Basis unserer industriellen Infrastruktur dar und die Technologie, auf der diese basiert, lässt sich nicht einfach nur auf die Anwendung des menschlichen Erfindungsgeistes auf die Natur reduzieren, sondern sie ist vielmehr immer auch abhängig von einem andauernden und sich stetig steigenden sozialen Transfer von Energie, der gemäß der Logik des Marktes organisiert ist. Das bedeutet somit, dass Technologie immer auch eine Frage des Preises ist (Hornborg 1998: 131 ff.): *„what keeps our machines running are global terms of trade“* (Hornborg 2009: 242).

Mit der Theorie des ungleichen ökologischen Tausches soll es gelingen, die dadurch bedingten Dynamiken der ökologischen Verteilung zu analysieren; sie basiert auf der Annahme, dass sich die Integration der einzelnen Staaten in die Weltwirtschaft, die für die südlichen Regionen vor allem durch Exporte in die Zentren des globalen Nordens vermittelt wird, entsprechend dem Einkommenslevel des gegenständlichen Staates ungleich auf die jeweilige Nutzung des Naturraums auswirkt (Rice 2007: 1383). Anstatt die globale ökologische Krise also als Folge unzusammenhängender Prozesse in funktional voneinander unabhängigen Staaten zu verstehen,

verweist diese Konzeption einer transnationalen Produktion auf die ökologisch bedeutenden, systematischen Verbindungen zwischen den einzelnen Ländern, denen jeweils unterschiedliche Positionen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung entsprechen (Rice 2009: 215). Rice zufolge kann der ökologisch ungleiche Tausch daher wie folgt definiert werden:

the environmentally damaging withdrawal of energy and other natural resource assets from the periphery and the addition or externalization of environmentally damaging production and disposal activities within the periphery of the world system as a consequence of exchange relations with more industrialized countries. It is based upon both the obtainment of natural capital and the usurpation of sink-capacity or waste assimilation properties of ecological systems in a manner enlarging the domestic carrying capacity of industrialized countries to the detriment of peripheral societies. (ibid.: 230)

Beide Formen, sowohl die Entnahme via Import als auch die Anlagerung via Export, stellen im Endeffekt eine Abwälzung der ökologischen Kosten auf die ohnehin bereits marginalisierten Länder im Weltsystem dar und sind klassische Beispiele, welche die Tendenz der Industriestaaten, negative Kosten der ökonomischen Produktion auszulagern, nur allzu gut illustrieren (ibid.: 223). Insbesondere der Verbrauch des globalen Umweltraums ist demnach ungleich strukturiert, wobei sich die Bemühungen um Umweltschutz in den Zentren durch die Verlagerung und somit die immer stärkere Konzentration von Umweltzerstörung in der Peripherie quasi ausgleichen. Der Begriff Umweltraum umfasst dabei die Vorräte an erneuerbaren und nicht erneuerbaren Ressourcen sowie die ökologischen Senken, also die Kapazitäten, Abfall und Verschmutzung zu absorbieren. Zum Problem wird diese länderübergreifende Aneignung des Umweltraums vor allem dann, wenn Staaten ihre eigenen sozioökonomischen und natürlichen Opportunitäten auf Kosten anderer steigern; nicht zuletzt werden durch derartige Nullsummenspiele auch die Bemühungen um intragenerationale, eine die aktuell lebenden Menschen betreffende Gerechtigkeit, die dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung zugrunde liegen, konterkariert (Rice 2007: 1383).

2.3.2 Der ökologische Fußabdruck als Indikator für Nachhaltigkeit

Eine Möglichkeit, die ungleichen Tauschbeziehungen und daraus resultierenden Konsummuster zu erfassen, offeriert der Ökologische Fußabdruck (Rice 2007: 1373). Das von Wackernagel und Rees entworfene Konzept stellt ein Werkzeug zur Verfügung, mit dem es möglich ist, den Naturverbrauch der Menschen zu messen; dafür werden erst die Energie- und Materialflüsse geschätzt und in Relation zu den

Wasser- und Landflächen gesetzt, die nötig sind, um diese Flüsse aufrechtzuerhalten (Wackernagel & Rees 1997: 23 f). Die grundsätzliche Frage dabei lautet:

Wie groß muß die biologisch produktive Fläche sein, um auf lange Zeit und mit heutiger Technologie all das zu produzieren, was die Wirtschaft verschlingt, und all das aufzunehmen, was sie ausstößt? (ibid.: 27)

Der Ökologische Fußabdruck misst damit die ökologische Tragfähigkeit einer Bevölkerung und ist außerdem ein Beleg für die materielle Abhängigkeit des Menschen von der Natur. Sowohl der individuelle als auch der nationale Ökologische Fußabdruck hängen stark von Einkommens- und Preisstruktur, Konsumgewohnheiten und vorherrschenden Technologien ab. Als Maßstab ermöglicht er einerseits, den aktuellen Konsum sowie die zu erwartende Nachfrage einer Gesellschaft mit den verfügbaren ökologischen Kapazitäten zu vergleichen und so ökologische Defizite sichtbar zu machen, wodurch sich die Konsequenzen verschiedener Arten der Naturnutzung besser vergleichen und auch in Kontext setzen lassen; zudem lassen sich andererseits die zeitliche Dimension und mit ihr die Entwicklungen im Zuge der Naturnutzung aufzeigen. Dabei zeigt sich, dass unsere Ökologischen Fußabdrücke stetig wachsen, während parallel dazu die Pro-Kopf-Anteile an der biologisch produktiven Fläche des Planeten immer weiter sinken (Abbildung 1).

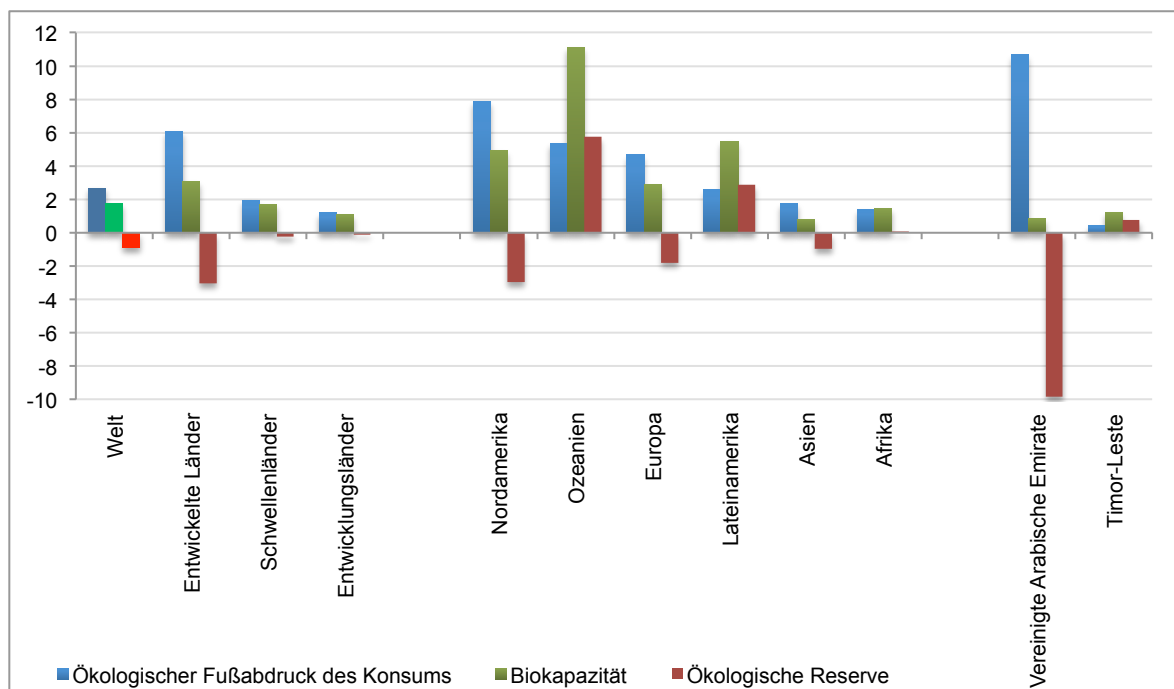


Abbildung 1: Ökologischer Fußabdruck, Biokapazität und daraus resultierende ökologische Reserve ausgewählter Erdteile.

Eigene Darstellung in Anlehnung an WWF (2010).

Problematisch ist hier vor allem die Entwicklung der jeweiligen Ökologischen Fußabdrücke der industriellen Zentren im globalen Norden, wo der typische Verbrauch das ökologische Pro-Kopf-Angebot bereits um ein Vielfaches übersteigt. Aus diesem Verhältnis geht klar hervor, dass die Erde mit ihren Möglichkeiten und Ressourcen nicht den dort hegemonialen Lebensstandard für alle Menschen bieten kann (Wackernagel & Rees 1997: 25 ff.).

In Anlehnung an seine Funktion als Indikator für Nachhaltigkeit ist der Ökologische Fußabdruck allerdings auch in – wenngleich thematisch anschließenden, so doch vom Anspruch her verschiedenen – weiteren Kontexten einsetzbar. Klassischerweise bedienen sich zumeist etwa jene Arbeiten, die sich mit dem Ausmaß des ökologisch ungleichen Tauschs befassen, dieses Maßstabs (wie Andersson & Lindroth 2001, Jorgenson & Burns 2006, Rice 2007, Jorgenson et al. 2009, Jorgenson & Clark 2011); in weiterer Folge wird er allerdings, in Verbindung mit anderen Faktoren, als Grundlage für umfassendere alternative Entwicklungskonzepte herangezogen (Tausch & Heshmati 2012: 29).

2.4 Methodik

Im Zusammenhang dieser Arbeit ist vor allem die Kombination der zu Anfang erwähnten Zugänge zur politökologischen Forschung relevant: die kritische Auseinandersetzung mit einem der prominenten Konzepte, hier anhand des Beispiels der Nachhaltigen Entwicklung, zusammen mit einer Analyse auf der Ebene der Akteure, wobei in unserem Fall die EU als besonderer Akteur auf supranationaler Ebene, quasi als internationale staatliche Institution (Brand & Wissen 2011a: 20), herausgegriffen wird.

Was nun im Besonderen die kontextuellen Akteure in der Umweltpolitik – den Staat, multilaterale (etwa die Internationalen Finanzinstitutionen, IFIs) oder transnationale Unternehmen oder Institutionen (Transnational Cooperations, TNCs), betrifft, so lassen sich trotz deren potenziell unterschiedlichen Interessen und Anliegen einige entscheidende Gemeinsamkeiten in ihrer Konzeption von Umweltpolitik ausmachen, insbesondere in der Tendenz für technologische Lösungen, die wiederum stark auf wissenschaftliche und professionelle Kompetenzen aus dem Globalen Norden rekurrieren. Mit dieser Präferenz für derartige Lösungen geht allerdings häufig eine Ignoranz gegenüber den politischen und ökonomischen Ursachen für die Krise einher, die

im Kontext einer weiteren Gemeinsamkeit dieser drei Akteure hinsichtlich der Umweltproblematik verständlich erscheint: Sie alle stehen in engem Zusammenhang mit den ökonomischen Aktivitäten, die als Verursacher der ökologischen Krise gelten. Gleichzeitig sind es dieselben Akteure, denen die Hauptrolle bei der Auswahl und Festlegung von Lösungsstrategien für die von ihnen selbst verursachten Probleme zukommt. Entsprechend der bereits erwähnten Asymmetrie in Kosten und Nutzen von Umwelteingriffen lässt sich Asymmetrie in der Verteilung der Kosten dieser Strategien sowie deren Kontrolle ableiten. Aus dieser Asymmetrie ergeben sich wichtige Implikationen für die Umweltpolitik; vor allem stellt sich die zentrale Frage, welchen Interessen sie jeweils dient (Bryant & Bailey 1997: 36 f.).

Zudem ergibt sich die Frage, inwieweit ökologische Probleme vor allem in globaler Perspektive die Menschheit einheitlich betreffen, oder ob sie nicht vielmehr einerseits auf alten, bereits bestehenden Ungleichheiten beruhen, diese in weiterer Folge perpetuieren und andererseits wohl auch neue schaffen (Görg 2003a: 9 f.).

Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, wird im weiteren Verlauf der Arbeit vor allem auf zwei der Grundpfeiler der von der Politischen Ökologie inspirierten Forschung rekuriert: die historische sowie die politökologische Analyse (Neumann 2005: 6). So werden zunächst als Basis kursorisch die Politische Ökologie des Kapitalismus und seiner Krisen – mit speziellem Fokus auf der konstatierten aktuellen sozialökologischen Krise – diskutiert. Darauf aufbauend wird die Entstehung und weitere Entwicklung des Konzepts der Nachhaltigen Entwicklung detailliert besprochen, um danach den Entstehungskontext sowie die aktuelle Situation der EU zu thematisieren. Im Anschluss wird es schließlich möglich sein, die drei Dimensionen zusammenzuführen, um die Institutionalisierung des Konzepts im Rahmen der EU, vor allem hinsichtlich seiner Implikationen für den globalen Süden, kritisch zu hinterfragen.

3. Kapitalismus, Natur und Krise

Vor der näheren Betrachtung der Nachhaltigen Entwicklung wird die Politökonomie des Kapitalismus in ihren Grundzügen vorgestellt, denn ohne die fundierte Kritik am ökonomischen System sowie dessen Verhältnis zur Natur lässt sich die gesellschaftliche Dimension der Naturproblematik nie zur Gänze erfassen, wenngleich die Abwesenheit einer solchen expliziten Thematisierung ökonomie- und dabei insbesondere wachstumskritischer Ansätze leider charakteristisch für die meisten Auseinandersetzungen mit der gegenständlichen Problematik ist. Karathanassis verweist dabei vor allem auf zwei Begründungen für dieses Manko: So scheint derzeit die kapitalistische Ökonomie unverrückbar, allenfalls ist sie innerhalb des vorgegebenen Rahmens der Gewährleistung der Verwertungsbedingungen des Kapitals reformierbar; andererseits steht der Staat als Institution politischen Handelns vor einem schier unlösbaren Dilemma, soll er doch in die ökonomischen Prozesse intervenieren und dabei sowohl umweltschutz- als auch wachstumsfördernd (de-)regulierend einwirken (Karathanassis 2010: 39 f.).

In diesem Kapitel erfolgt daher zunächst eine kritische Auseinandersetzung mit der Logik der kapitalistischen Ökonomie und ihrer zwanghaften Tendenz zum Wachstum. Von besonderer Relevanz in diesem Zusammenhang sind zudem die Themenbereiche Kapitalismus und Krise sowie das Verhältnis zwischen Kapitalismus und Natur, die einer entsprechenden kritischen Würdigung bedürfen.

Insgesamt wird der Fokus zunächst auf systemische Mängel gelegt. Im zweiten Teil folgt die soziale Verortung im Rahmen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, um so eine Illustration der politischen Bearbeitung dieser systematischen Widersprüche sowie der dadurch implizierten Krisen zu ermöglichen. Von zentraler Bedeutung für die weiteren Ausführungen werden in jedem Fall die ökologischen Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise sein, wenngleich diese nicht isoliert von der sozialen Ebene verstanden werden können.

3.1 Strukturelle Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise

Produktion, Zirkulation sowie Konsumtion sind an sich prinzipielle und daher historische Phasen transzendierender, anthropologischer Konstanten (ibid.: 40), die im Rahmen einer bestimmten Wirtschaftsweise jeweils spezifisch ausgeformt sind. Auch

das Wesen der kapitalistischen Entwicklung ist mithin durch einige, innerhalb dieser Entwicklung konstante, strukturelle Spezifika charakterisiert, die eine grundsätzliche Unterscheidung zu anderen wirtschaftlichen Systemen ermöglichen. So zeichnen sich kapitalistische Ökonomien zunächst durch einen inneren Zwang zur Akkumulation aus. Parallel dazu ist außerdem der zentrale Stellenwert der Lohnarbeit zu nennen, deren besondere Bedeutung in der marxistischen Analyse deutlich wird. Weitere Faktoren sind die zentrale monetäre Vermittlung wirtschaftlicher Prozesse und damit die zentrale Rolle der Geldwirtschaft sowie die relative Autonomie von wirtschaftlicher und politischer Sphäre. Der Umgang mit der Natur ist verwertungsorientiert (Becker et al. 2007: 7 ff.) – speziell auf diesen Punkt wird im weiteren Verlauf detaillierter eingegangen. Die genannten Charakteristika stellen die Eckpfeiler dieses ökonomischen Systems dar; sie existieren also in allen Varianten der kapitalistischen Entwicklung (Karathanassis 2010: 44).

3.1.1 Der Akkumulationsimperativ und die Bedeutung des Mehrwerts

Die kapitalistische Produktion ist in fundamentaler Weise bestimmt vom Imperativ der Akkumulation und dient mithin nur einem einzigen Zweck: aus (Geld-)Kapital mehr (Geld-) Kapital zu generieren (Görg 2003b: 164). Im Mittelpunkt steht dabei also nicht die sinnvolle Organisation der Bedürfnisbefriedigung der Menschen (Eblinghaus & Stickler 1998: 153), vielmehr geht es allein um den schon von Marx formulierten Kreislauf von Geld $\rightarrow$ Ware $\rightarrow$ mehr Geld ($G - W - G'$; Marx 1979: 165), wobei der Mehrwert im Produktionsprozess geschaffen wird, seine Realisierung jedoch erst später im Verkauf erfolgt (Becker et al. 2007: 8). Der Mehrwert entspricht demzufolge der Differenz zwischen einerseits dem Wert des Kapitals und der Arbeit, die für ein bestimmtes Produkt benötigt wird, und andererseits dem Wert, den der Kapitalist schließlich am Markt dafür erzielen kann:

$$\text{Mehrwert} = \text{Marktwert Produkt/Dienstleistung} - \text{Wert Kapital und Arbeit}$$

Marx zufolge ist es daher vor allem Arbeit, die Wert schafft. Das Produktionssystem im Kapitalismus ist demnach so organisiert, dass die Arbeiter Mehrarbeit leisten, aus der sich der Mehrwert speist, den der Kapitalist, der selbst kein Arbeiter ist, für sich beansprucht und von dem er in der Regel relativ gut leben kann (Robbins 2012: 58).

Die Kehrseite der Akkumulation stellt die Reproduktion der Arbeitskräfte dar. Beide Prozesse sind durchaus widersprüchlich und müssen daher gesellschaftlich bearbei-

tet werden müssen. Aufgrund dieser tendenziellen Widersprüchlichkeit der von der Kapitalseite favorisierten Akkumulationsstrategie zu den von den subalternen Klassen als akzeptabel angesehenen Reproduktionsverhältnissen ergibt sich ein Spannungsfeld, das einen starken Bezug zur Struktur sozialer Klassen aufweist (Becker et al. 2007: 33 f.).

Ganz allgemein ist die kapitalistische Produktion auch auf nicht in Warenform produzierbare, sogenannte allgemeine Produktionsbedingungen, angewiesen (Brand & Görg 2003: 26). Selbst unter der Annahme, dass als *Wertbildnerin* allein die Arbeit gilt, entsteht der stoffliche Reichtum auch in diesem Fall nur durch die Einbeziehung der Natur (Altvater 1997: 251). Diese ist somit Teil der grundsätzlich notwendigen Bedingungen der kapitalistischen Produktion; unter diesem Begriff wird in der marxistischen Kritik generell all das verstanden, was in Natur und Gesellschaft existiert, ohne jedoch entsprechend den Regeln der Preisbildung oder den Gesetzen des Marktes generell quantifizierbar zu sein (Leef 1996: 144 f.).

Im Laufe der Zeit hat sich die Akkumulation zusehends in Industrien, Wertschöpfungsketten sowie bestimmten Technologien verankert, von denen die meisten, wenn nicht sogar alle, mit erheblichen Umweltbelastungen verbunden sind. Diese Tendenz stellt daher eine der wesentlichen Dimensionen der Bedrohung für die menschliche Gesellschaft dar (Chesnais & Serfati 2004: 271 f.). Zudem ist das moderne kapitalistische System das erste, das tatsächlich global agiert, da die wesentlichen Produktionen in eine weltweite Arbeitsteilung integriert sind (Amin 1997: 11, 16). Die aktuelle wirtschaftliche Globalisierung erscheint Leff zufolge dabei als eine Art Weiterentwicklung und somit quasi als höherer Zustand des Prozesses der Kapitalakkumulation sowie der Internationalisierung des Kapitals (Leff 2002: 94). Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass auch sie von der ökonomischen Vernunft sowie von den Gesetzen des Marktes regiert wird (ibid.:108).

3.1.2 Wachstum als zentrales Element der kapitalistischen Logik

Das markanteste Charakteristikum des modernen, kapitalistischen Systems ist seine Tendenz zum exponentiellen Wachstum, welches für Amin ein „*unvermeidliches und gleichzeitig fatales Ergebnis der Dominanz des unerbittlichen Akkumulationsgesetzes über das gesamte Sozialsystem*“ darstellt, denn das Wertgesetz betrifft nicht nur

den Bereich der Ökonomie, sondern beherrscht auch das übrige soziale Leben (Amin 1997: 11).

Die Menschen leben somit heute in einer Wachstumsgesellschaft, die Wertvorstellungen, Verhaltensweisen und Institutionen maßgeblich prägt. Schließlich ist die steigende Lebensqualität auch auf das Wachstumsparadigma, das die erfolgreiche Bewältigung verschiedener historischer Krisen ermöglicht hat, zurückzuführen. Obgleich die realen Entwicklungen in verschiedenen Bereichen dieses Paradigma und die damit verknüpfte Argumentation immer mehr infrage stellen, wird ökonomisches Wachstum auch heute noch als zentrale Lösung für soziale, wirtschaftliche und zum Teil sogar für ökologische Probleme angesehen und dominiert aus diesem Grund weiterhin die Diskurse in Wissenschaft und Politik (Hinterberger et al. 2009: 29 f.). So wird das ökonomische Wachstum als hegemoniales Ideal angesichts des zunehmend destruktiven und plündernden Verhältnisses zur Natur nicht grundsätzlich hinterfragt (Karathanassis 2010: 50).

3.1.3 Wachstum, Konsum und Lebensstil

Durch das Zusammenwirken ökonomischer und anderer gesellschaftlicher Institutionen in Richtung einer Wachstumsstrategie hat sich schließlich eine kommodifizierte Konsumnorm herausgebildet, die sich in weiterer Folge, bedingt durch ihre gesellschaftliche Verfestigung sowie die beständige ideologische Unterfütterung, zu einer alles durchdringenden Konsumkultur entwickelte. Die Dominanz des Wachstumsdenkens beschränkt sich damit nicht mehr rein auf die Sphäre der Ökonomie und diesbezüglich unterstützende Politiken; vielmehr hat sich, mit kräftiger Beihilfe durch die Massenmedien, ein ganzes Wertsystem von Wachstum und Warenkonsum herausgebildet, das alsbald den Status der kulturellen Hegemonie eingenommen hat und somit nicht zuletzt die Entwicklung einer inneren und äußeren Subjektkonstitution beeinflusst (ibid.: 49). Der Begriff des *Lebensstils* stellt in diesem Zusammenhang einen Versuch der Erfassung objektiver (wie Einkommen, Status oder Beruf) sowie subjektiver Momente dar. Alles in allem kommt der Entwicklung der Konsumnormen eine maßgebliche Rolle bei der Organisation des gesellschaftlichen Stoffwechsels zu. Immerhin stellt der gesellschaftliche Konsum kein isoliertes, individuelles Phänomen dar; vielmehr sind die diesbezüglichen Normen in fast allen anderen sozio-ökonomischen Dimensionen, wie Einkommensstrukturen, Preisentwicklungen oder

Modeerscheinungen, rückgebunden (Görg 2003a: 130). Schließlich sind „*...ökonomische Prozesse also immer auch verbunden mit soziokulturellen Prozessen, aber auch letztere sind nicht völlig autonom in ihrer Entwicklung.*“ (ibid.)

Dabei bedeutet Konsum nicht nur den Verschleiß des durch menschliche Arbeitskraft und Kapital produzierten Mehrwerts, sondern immer auch jenes Mehrwerts, der zuvor der Natur abgerungen wurde. Der Prozess des Konsumierens verwandelt zudem Rohstoffe und Ressourcen in Abfall, die Natur wird dabei schneller verbraucht und verschmutzt, als sie die dabei entstehenden Schadstoffe absorbieren und ihre Ressourcen regenerieren kann (Daly 1998: 26 f.). Daher ist der Konsum ein mindestens genauso zentraler Faktor für die Umweltzerstörung, was sich nicht zuletzt an dessen Auswirkungen auf den jeweiligen Ökologischen Fußabdruck zeigt. So werden schließlich alle Hoffnungen vor allem in den Industrieländern auf den Übergang zu einer zunehmend umweltneutralen Produktionsweise im Rahmen der wissensbasierten beziehungsweise serviceorientierten Wirtschaft gesetzt, da davon ausgegangen wird, dass diese eine Entkopplung der wirtschaftlichen Prozesse von der Natur ermöglichen kann. Nicht zuletzt soll dieser Übergang dazu beitragen, das Einkommensniveau weiterhin hoch zu halten, wenn nicht sogar noch zu steigern, wodurch die davon betroffenen Personen weiterhin einen bedeutenden Faktor im globalen Konsum darstellen. Solange sich deren Konsumverhalten nicht grundlegend ändert, wird ihr durchschnittlicher Beitrag zur Zerstörung der Natur nahezu unverändert bleiben, wenn nicht sogar noch steigen; der einzige Unterschied wäre, dass sich die diesbezügliche Produktion noch stärker räumlich verlagert, nämlich in jene Länder, die sich weiterhin durch die von der wissensbasierten und serviceorientierten Ökonomie vorgeblich überholte Produktionsweise auszeichnen. Dadurch könnte sich, auch bedingt durch die meist weniger ausgeprägten Umweltstandards, die Umweltzerstörung noch weiter verstärken (Rees 1998: 126 f.).

3.1.4 Die Bedeutung fossiler Energie

Für Amin ist die Kombination der drei Faktoren Privateigentum, Lohnarbeit und entwickelter Warenaustausch zu wenig, um das Phänomen des Kapitalismus zu definieren, vielmehr könne erst dann von einer kapitalistischen Wirtschaft gesprochen werden, wenn die generelle Produktion nicht mehr auf reiner Handarbeit und Muskelkraft beruhe, sondern Maschinen zum zentralen Moment der Produktivität werden (Amin

1997: 15). Schließlich ist dies auch eine Prämisse für das Entstehen einer exponentiellen Wachstumslogik (ibid.; vgl. dazu auch Breitenfellner 2009: 101 sowie Altvater 2011a: 92).

Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Rückgriff auf fossile Energieträger, zunächst in Form von Kohle, später Erdöl und Erdgas, bei der Erzeugung von Arbeitsenergie. Altvater beschreibt dessen Wirkung als *„Quantensprung bei der Steigerung der Geschwindigkeit, bei dem Zugewinn an räumlicher Mobilität und Reichweite, bei der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, der Produktmenge und damit des 'Wohlstands der Nationen'". Da sich im Zuge dieses Wandels auch die Gesellschaft verändert, ist die energetische Revolution zugleich auch eine soziale*“ (Altvater 1998: 63). Durch den Einsatz der fossilen Energie ist die Produktion nicht länger an Tempo und Grenzen organischer Wachstumsprozesse gebunden (ibid. 65). Somit werden gleichzeitig die Prozesse der Aneignung der Natur massiv verschärft, da die Reichweite des menschlichen Handelns räumlich wie zeitlich entgrenzt wird, sodass die Verursacher sich nur allzu oft nicht direkt mit den Folgen ihres Tuns konfrontieren müssen (Altvater 1997: 289). Tendenziell wächst jedoch das Ausmaß der Auswirkungen ökonomischer Prozesse mit dem technischen Fortschritt (Altvater 1992: 27); die fossile Energie bedeutet somit zwar eine Emanzipation von Land und Boden, allerdings handelt es sich dabei, wie heute zusehends festgestellt werden muss, um eine trügerische Illusion. Der gegenwärtige Boom im Bereich der Biotreibstoffe stellt in diesem Kontext nichts anderes als den Versuch dar, die Kapazitäten des aktuell verfügbaren Landes, solare Energie zu speichern, dafür zu nutzen, die viel zu stark fetischisierte, bestehende Technologie auf dieser Basis irgendwie doch noch zu erhalten (Hornborg 2009: 243 f.).

Die theoretische Schrankenlosigkeit des kapitalistischen Systems hat erst innerhalb eines historisch kurzen Zeitraums – seit der industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts – tatsächlich Gestalt annehmen können (Altvater & Mahnkopf 1996: 507 f.). Dabei lässt sich die Dynamik der industriellen Revolution in der gesellschaftlichen Logik nahtlos mit dem Diskurs der kapitalistischen Entwicklungslogik verbinden (ibid. 514), Altvater bezeichnet dies als *„...trinitarische Kongruenz von kapitalistischen Formen, fossilen Energieträgern und europäischer Rationalität“* und verweist damit auf die *„...historisch einmalige 'Dreifaltigkeit' von europäischer Rationalität, die in der modernen Industrie materielle Gestalt annimmt, den fossilen Energieträgern, die ihr Treibstoff sind, und der kapitalistischen Gesellschaftsformation mit*

ihrer durch Profit und Konkurrenz stimulierten Dynamik“ (Altvater 2011a: 72). Die fatale Konsequenz dieser Dynamik ist eine Zunahme der Ungleichheit in globalem Maßstab (ibid. 75).

Mit der Feststellung dieser einmaligen Dreifaltigkeit verweist Altvater nicht zuletzt auch darauf, dass es sich beim Zeitalter der fossilen Energie nicht allein um eine historische Periode, sondern einen Zustand handelt, der in einem spezifischen sozio-politischen Kontext zu verorten ist. Diese Energieform hat sich in jeder Hinsicht zu einer beispiellosen Quelle der Macht entwickelt – allerdings nur für eine globale Minderheit (Hornborg 2009: 243); Technologie stellt für Hornborg daher nichts anderes als eine kulturelle Kategorie dar, die subsumiert, was technisch zu einer gewissen Zeit an einem bestimmten Ort machbar erscheint, während in ihr gleichzeitig die Tatsache ignoriert wird, dass das Ausmaß, in dem das lokale Ansteigen der technologischen Kapazität möglich ist, eng mit der Extraktion und Verschiebung von Ressourcen von ihrem ursprünglichen sozialen Kontext verbunden ist (ibid. 240), basiert die industrielle Technik doch vor allem auf dem ungleichen Tausch von Ressourcen innerhalb des Weltsystems (ibid. 242):

The mechanical ‘power’ of the machine is thus an expression of the economic and ideological ‘power’ through which it is sustained. (ibid. 240 f.)

3.2 Kapitalismus und Entwicklung

Auch wenn sich die entwicklungspolitischen Zielsetzungen innerhalb der letzten fünf Jahrzehnte mehrfach geändert haben (Mahnkopf 2004: 77), wird Entwicklung in globalem Rahmen immer noch allgemein als notwendige Voraussetzung von Armut angesehen (Barthelt 2005: 13). Obschon Entwicklung zwar durchaus im globalen Raum stattfindet, sind die einzelnen Staaten und Regionen äußerst ungleichmäßig und ungleichzeitig davon betroffen. Die Idealvorstellung einer erfolgreichen Entwicklung hat sich seit dem beginnenden Übergang von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft ebenfalls gewandelt (Altvater 1992: 17).

Die kapitalistische Produktionsweise als solche bedeutet einen qualitativen Bruch mit den vorangegangenen Systemen. Von zentraler Bedeutung ist in der modernen, kapitalistischen Welt das Wertgesetz, das nicht allein das Wirtschaftsleben, sondern das gesamte Sozialsystem bestimmt (Amin 1997: 11). Indem der Reichtum einer Gesellschaft vor allem am Industrialisierungsgrad sowie an der dadurch ermöglichten

Versorgung mit Verbrauchs- und Gebrauchsgütern gemessen wird (Altvater 1992: 19), wird vielmehr ein räumlich begrenzter Fortschritt in der Kapitalakkumulation als zeitlicher Unterschied präsentiert (Hornborg 2009: 245). Der Entwicklungsdiskurs ist somit von westlichen Ideen und Gewissheiten geprägt; besonders prominent sind dabei etwa die Bereiche Fortschritt, Wachstum und Konsum, die für Sachs eher Teil des Problems denn eine Lösung darstellen (Sachs 1994: 16).

Da jedes nationale Industriesystem ökonomisch in den Weltmarkt integriert wird und, in ökologischer Hinsicht, auf die sogenannten *global commons* angewiesen ist, um seinen Input an Energie und Rohstoffen zu decken sowie seine Abfälle und Emissionen, den Output, zu deponieren, hat jede Entwicklungs- oder Industrialisierungsstrategie auch Auswirkungen auf Umwelt und Entwicklung in anderen Regionen; sie ist daher immer auch Teil eines globalen Modells von Akkumulation, Entwicklung und Wachstum. Das entscheidende Moment dabei ist für Altvater die Wechselbeziehung zwischen beiden Sphären: So verändern ökonomische Aktivitäten einerseits die Umwelt, während sich diese veränderte Umwelt andererseits als äußere Restriktion für die ökonomische und soziale Entwicklung erweist (Altvater 1992: 21 f.; 30 f.).

The structural problem of fossil-fuelled capitalism is to maintain imports of energy (e.g. oil) and exports of entropy (material disorder, e.g. in the form of carbon dioxide), two imperatives of 'development' that are both increasingly difficult to sustain (Hornborg 2009: 241).

Das Konzept der Treadmill of Production

Das System der *Treadmill of Production* (TOP) versucht, die komplexe Dynamik entwickelter kapitalistischer Gesellschaften zu fassen; es handelt sich dabei um ein von Schnaiberg entwickeltes politökonomisches Konzept, das die innere Logik der industriellen Produktionsweise und deren Widersprüche beschreiben soll (Gould et al. 1996: 5). Die Basis dafür ist ein soziales System, das wirtschaftliches Wachstum als nationales und transnationales Ziel institutionalisiert hat (Schnaiberg 1997: 72) und sich durch einen zyklischen Charakter auszeichnet (Gould et al. 1996: 7). Dabei lassen sich drei Dimensionen unterscheiden: die ökonomische, politische und soziale. Die ökonomische Ebene ist geprägt durch das allgemeine staatliche Ziel, die industrielle Produktion sowie die wirtschaftliche Entwicklung und, damit einhergehend, den Konsum zu steigern, während sich das System in politischer Hinsicht durch das Zusammenwirken der Interessen von privatem Kapital, Lohnarbeitern sowie des Staates bemüht, dieses Wachstum voranzutreiben. Auf sozialer Ebene dominiert die ent-

sprechende Überzeugung, dass für die Steigerung des Allgemeinwohls vor allem das Wachstum der Wirtschaft zentral ist. Das System gilt daher als politisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltig (ibid.; Gould et al. 1996: 5), wobei dessen ökologische Dimension dadurch gekennzeichnet ist, dass *„powerful and enduring forces within industrial societies tend to increase withdrawals from and additions to ecosystems ...“* (Schnaiberg & Gould 1994: 68). So wird die Natur im Rahmen von sozialen und ökonomischen Interessen als reines Mittel zum Zweck der Verwirklichung wirtschaftlicher Ziele verstanden und damit auf ihre Rolle als natürliche Ressource reduziert (ibid.), die vermittels der Mechanismen des Marktes in Profite umgewandelt wird (Rice 2009: 216).

Auch wenn ihre Motive jeweils unterschiedlich sein mögen, so haben doch beide Gruppen – Kapital und die mehr oder weniger besitzlosen Bürger – ein starkes Interesse an der Expansion der TOP, also an einem beständigen Wachstum der Wirtschaft. Dem Staat fällt dabei nicht einfach, wie gemeinhin gern angenommen, die Rolle eines unparteiischen Mediators zwischen den beiden Gruppen beziehungsweise zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen zu, denn schließlich befindet sich die Regierung in einem fundamentalen Abhängigkeitsverhältnis von ihrer Wählerschaft, die sich aus genau diesen beiden Gruppen rekrutiert. Zudem ist nicht zuletzt die Finanzierung des Staates, die sich vor allem aus Steuereinnahmen speist, abhängig von einer prosperierenden Wirtschaft (Schnaiberg & Gould 1994: 70, Schnaiberg et al. 2000: 3). Die Charakteristika der sozialen Verteilung sind daher zentraler Bestandteil dieser Dynamik. Ökologische Entwicklungen werden als Nebenprodukte ökonomischer und politischer Reorganisation verstanden (Schnaiberg & Gould 1994: 68; Schnaiberg et al. 2000: 8).

Allerdings hat diese Dynamik sowohl in sozialer als auch in ökologischer Hinsicht fatale Auswirkungen, denn nach jedem Produktionskreislauf, den die Expansion weiter vorantreibt, wird ein immer größerer Anteil der Profite dafür verwendet, die technologische Effizienz der Produktion zu verbessern. Das trägt allerdings auch dazu bei, dass diese immer stärker von der menschlichen Arbeitskraft entkoppelt wird und diesem Prozess der Rationalisierung tendenziell immer mehr Arbeitsplätze zum Opfer fallen. Somit graben sich im Endeffekt die Arbeiter durch ihre Produktivität selbst die Basis für ihren Lebensunterhalt ab. Ähnlich verhält es sich in ökologischer Hinsicht: Die Ausweitung der Produktion erfordert einerseits größere Inputs an Ressourcen und bringt andererseits mehr Abfallprodukte mit sich. Dieses Modell impliziert

eine immer stärkere Schädigung der Ökosysteme, während gleichzeitig die Profite stetig steigen. Da die erwirtschafteten Profite zum Teil auch dem Staat als Einnahmen zugute kommen, besteht die Möglichkeit, dass dieser sie in weiterer Folge zum Ausgleich der negativen Folgen, beispielsweise in Form von Umweltprogrammen oder Unterstützung der Arbeiter beziehungsweise der Arbeitslosen, verwendet, womit sich im Laufe der Expansion der Tretmühle sowohl Gewinne und Verluste ergeben können. So erscheint das grundsätzliche Festhalten am bestehenden System nur gerechtfertigt, wenngleich sich auch einzelne Formen der Produktion, des Umgangs mit den natürlichen Ressourcen oder die Beschäftigung im Laufe der weiteren Expansion der Tretmühle verändern mögen (Schnaiberg et al. 2000: 7 f.).

Mit der Zeit hat sich die TOP zusehends von der nationalen auf einen transnationalen Kontext verschoben beziehungsweise ausgeweitet (Gould et al 1996: 8).

3.3 Natur im Kapitalismus

Die kapitalistische Ökonomie ist stets ein materieller Prozess, der mit der Nutzung der Natur verbunden ist (Becker et al. 2007: 8). Die Integration der Natur in den Produktionsprozess und somit ihre Inwertsetzung in Form von natürlichen Ressourcen ist daher ein, wie Raza meint, „*an und für sich banales und nicht weiter auszuführendes Faktum*“ (Raza 1997: 106); von zentraler Bedeutung, so meint er weiter, seien jedoch die spezifisch ökonomische Form sowie die allgemeinen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Naturnutzung stattfindet. Die Form der Inwertsetzung ist immer historisch-spezifisch sowie gesellschaftlich vermittelt, wobei für die kapitalistische Wirtschaftsweise grundsätzlich die Transformation aller Werte zu Warenwerten charakteristisch ist. Somit wird auch Natur typischerweise kommodifiziert und dadurch handelbar gemacht und schließlich der Systemlogik des kapitalistischen Wirtschaftssystems unterworfen. Aufgrund des Rentabilitätsimperativs wird die Natur daher der Kapitalakkumulation untergeordnet und somit zum Objekt im Verwertungsprozess (ibid.). Historisch war dafür die gesellschaftlich-politische Durchsetzung einer entsprechenden Sicht auf die Natur, die in vorkapitalistischen Gesellschaften häufig einen partiell sakralen Charakter hatte, erforderlich (Becker et al. 2007: 9).

3.3.1 Das destruktive Verhältnis von Kapitalismus und Natur

Was die Problematik des Verhältnisses zwischen Natur und Kapitalismus anbelangt, stellt sich zunächst die Frage nach den inneren ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, denen erstere im Zuge der Aneignung durch das Kapital unterworfen wird, sowie den Akkumulationsstrategien, mit denen diese implementiert werden (Karathanassis 2010: 43). Da im Vorfeld die innere Logik der kapitalistischen Wachstumsökonomie untersucht wurde, kann darauf aufbauend nun eine Analyse der im Hinblick auf die Natur destruktiven Facetten des Kapitalismus erfolgen.

Die nach Ansicht der Autorin der vorliegenden Arbeit treffendste Erklärung liefert Karathanassis. Ausgangspunkt der Argumentation ist die im Kapitalismus grundsätzlich maßgebliche ökonomische Kategorie des Werts. Da für die Realisierung von Wert ein Gebrauchswert unabdingbar ist, handelt es sich dabei um etwas, das notwendigerweise an eine gewisse Stofflichkeit gebunden ist, denn ein Gebrauchswert ist ausnahmslos stofflich oder zumindest stofflich vermittelt. Dies betrifft nicht nur Waren, die aus dem materiellen Produktionsprozess hervorgehen, sondern auch solche in Form von Dienstleistungen. Zudem ist der Wert, also eine Abstraktion der Natur, gleichzeitig die Grundlage des Tausches, obschon mit der konkreten Natur umgegangen wird. Dadurch wird die Natürlichkeit der Gebrauchswerte von dieser Abstraktion überformt und bestimmt, während sich aus der Kategorie des Werts das Geld als allgemeines Äquivalent entwickelt. Dieses ist durch zwei widersprüchliche Tendenzen charakterisiert: einerseits eine qualitative Schrankenlosigkeit – es kann also in alle Waren umgesetzt werden – sowie andererseits eine quantitative Begrenztheit, da es nur limitiert materiell verfügbar ist. In der Funktion als Kapital begründet der Widerspruch das Bestreben, sich mittels Akkumulation aus dieser Beschränktheit zu lösen. Der Prozess der Akkumulation ist dabei nichts anderes als ein Kreislauf, in dem Kapital beständig kursiert, um sich so quantitativ zu vermehren, während zur Aufrechterhaltung dieser Zirkulation der stetige In- und Output von Stoffen in Form von Waren notwendig ist. In der kapitalistischen Ökonomie bilden daher Kapitalzirkulations- und Stoffumwandlungsprozesse eine Einheit, wobei die Logik des Kapitals hegemonial ist. Da es sich bei natürlichen Zirkulationsprozessen jedoch hauptsächlich um qualitative Stoffumwandlungsprozesse handelt, ergibt sich aus dieser in der kapitalistischen Logik notwendigen realen Einheit der beiden widersprüchlichen Prozesse schließlich der destruktive Charakter der Wachstumslogik. Diese Diskrepanz wird dadurch, dass den Prozessen der realen Stofftransformation natürliche Grenzen ge-

setzt sind, die jenem der Kapitalmaximierung widersprechen, noch zusätzlich erschwert (ibid. 2010: 45 f.).

Das Wertgesetz und eine auf diesem basierende innere Kapitallogik sowie thermodynamische Gesetze wirken in der (Natur)Stofflichkeit zusammen und resultieren einerseits in einer Vielfalt der Waren, andererseits in einer Vielfalt von Schadstoffen, die in Natur und Gesellschaft rückwirken. (ibid.: 47)

3.3.2 Natürliche Reproduktion vs. Naturzerstörung

Bereits für Marx und auch Engels war die zunehmende Schädigung der Umwelt ein grundlegendes Charakteristikum des Kapitalismus (Robbins 2012: 54), denn obschon es durchaus Belege für teilweise massive Umweltzerstörungen bereits vor dem industriellen Zeitalter gibt, so waren die Gesellschaften in früheren Zeiten aufgrund ihrer beschränkten technologischen Kapazitäten doch im Großen und Ganzen dazu gezwungen, ihr Leben und ihre Wirtschaft innerhalb der durch ihren jeweiligen Lebensraums gesetzten ökologischen Grenzen zu organisieren (Schnaiberg & Gould 1994: 24).

Obwohl die marxistische Theorie mit der politischen Ökonomie eine kritische Analyse der durch Kapitalakkumulation und ökonomische Rationalität bedingten Ursachen für die Umweltzerstörung hervorgebracht hat, wurden die Natur oder ökologische Prozesse zunächst nicht in die Kritik der allgemeinen Produktionsbedingungen und -prozesse integriert (Leff 1996: 137). So wird der Mehrwert für Marx vor allem durch die Arbeit geschaffen, exakter durch die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalisten. Mit der Natur verhält es sich ähnlich: Durch die Aneignung des natürlichen Kapitals sowie die geringen finanziellen Mittel, die für die Reproduktion, also die Erholung beziehungsweise die Wiederherstellung der übernutzten Umwelt zur Verfügung stehen, pressen kapitalistische Unternehmen von der Natur Mehrwert ab. Schließlich muss die Erwirtschaftung des Mehrwerts die für die Reproduktion aufgewendeten Kosten übersteigen. Die Prozesse der Ausbeutung von Arbeit und Natur laufen somit parallel zueinander und sind stark verknüpft (Robbins 2012: 58).

Die Umwelt wird in den Produktionsprozess integriert, jedoch zu Bedingungen, die ihre Reproduktion nicht mehr erlauben. Sie wird zu stark belastet und damit zerstört. (Raffer 1983: 13).

3.4 Kapitalismus und Krise

Die kapitalistische Produktionsweise entwickelt daher nur die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter. (Marx 1979: 529 f.)

Die historische Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften folgt keiner objektiven Logik, sie ist vielmehr durch das konflikthafte Handeln sozialer Akteure bestimmt und somit geprägt durch eine krisenhafte Abfolge von relativ stabilen Formationen, die sich durch jeweils eigene ökonomische Produktions- und Reproduktionsformen sowie spezifische Konfigurationen institutioneller Systeme, aber auch besondere Krisendynamiken auszeichnen (Brand & Görg 2003: 21). Der Kapitalismus ist daher nicht einfach nur krisengeschüttelt, sondern vielmehr abhängig von diese Krisen, denn:

Crisis is the occasion which capital seizes to restructure and rationalize itself in order to restore its capacity to exploit labor and accumulate. There are two general, inter-dependent ways in which capital changes itself to weather the crisis and resolve it in capital's own favor. (O'Connor 1988: 18)

Die Krise schließlich konfrontiert das Kapital mit seinen eigenen Widersprüchen (ibid.: 19), allerdings sind gleichzeitig sowohl die Diagnose als auch die Bearbeitung der Krise stets in die bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingeschrieben (Brunnengräber 2002: 209; Brand 2009: 2). Da Krisen sich hinsichtlich ihrer Tiefe wie Länge unterscheiden, hält Altvater es für sinnvoll, zwei Varianten der Krise zu unterscheiden: die kleine und die große Krise. So werden nicht in jeder ökonomischen Krise die gesellschaftlichen Strukturen sowie die politischen Verhältnisse infrage gestellt und auch die Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen divergieren entsprechend (Altvater 2011a: 103). Während sich kleine Krisen dadurch auszeichnen, die gesellschaftliche Struktur und ihre jeweiligen institutionellen Formen nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, da Zuspitzung und Lösung von Widersprüchen innerhalb eines vorgegebenen Rahmens möglich ist (Altvater 1997: 57), handelt es sich im zweiten Fall um Transformationskrisen, jedoch ohne zyklischen Charakter, in denen der Kapitalismus grundsätzlich erhalten bleibt – allerdings nur, weil er seine spezifische Funktionsweise in Form von Regulation und Akkumulation den jeweiligen historischen Bedingungen anpasst. So kann es also trotz der Beibehaltung des Systems zu gesellschaftlichen Veränderungen und einer Modernisierung

der Herrschaft sowie einem Wandel hinsichtlich der Aneignungsweisen kommen (Altvater 2011a: 103 f.).

Dietz und Wissen weisen darauf hin, dass für Marx selbst die dem Kapitalismus immanente Widersprüchlichkeit ist, die dessen systemische Grenzen absteckt, und welche sich vor allem im Verhältnis von Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen gründet. Dennoch hat er sich auch mit den destruktiven Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweise für die menschliche und nicht-menschliche Umwelt und deren ökologischen Auswirkungen beschäftigt; allerdings gibt es keine wirkliche, allerhöchstens eine rudimentäre „...ökologische Theorie der Krise der kapitalistischen Produktionsweise“ (Dietz & Wissen: 355; vgl. dazu auch Leff 1996: 137).

3.4.1 Die systemimmanente Widersprüchlichkeit des Kapitalismus

Die Widersprüche im Kapitalismus stellen zentrale Elemente des Systems dar, die auf unabdingbaren Beziehungen, die jedoch von Natur aus ungleich und ausbeuterisch sind, beruhen. Schließlich basiert die kapitalistische Produktion auf der Erwirtschaftung eines Mehrwerts auf Kosten von Arbeit und Natur; zudem impliziert sie eine stetige Steigerung dieses Prozesses. Mit dieser zwangsläufigen Intensivierung ergeben sich Widersprüche aufgrund der natürlich gegebenen Grenzen, die der Ausbeutung von Arbeit, wie auch jener der Natur, in Form der Notwendigkeit ihrer Reproduktion, gesetzt sind. Diese Widersprüche bergen jeweils das Potential einer existenziellen Bedrohung für die kapitalistische Produktionsweise, weshalb sie, entweder durch plünderndes Wachstum in Form einer stetig gesteigerten Ausbeutung von Arbeitern und natürlichen Ressourcen, gelöst werden müssen. Mithin lässt sich also feststellen, dass die Wurzeln der beständigen sozialen und ökologischen Krisen genau in jenen spezifischen Merkmalen liegen, welche die moderne Wirtschaft andererseits so dynamisch machen (Robbins 2012: 54 f.). Das System der kapitalistischen Produktionsweise ist daher von einer fundamentalen Ambivalenz geprägt.

Der Ökomarxismus oder die Theorie des zweiten Widerspruchs

Marx selbst verortete die wesentlichen, dem Kapitalismus immanenten Widersprüche vor allem in den sozialen Produktionsverhältnissen. Somit hat er den Kapitalismus zwar als ausbeuterisches Verhältnis verstanden und war bemüht um eine verbesserte Entwicklung der Produktivkräfte, die durch die Eliminierung der internen Krisen von Überproduktion und Profitwirtschaft ermöglicht werden sollte, andererseits je-

doch fand die Dimension der Natur, als produktives Potential, lange Zeit keinen Eingang in die marxistische Theorie (Leff 1996: 140 f.), weshalb ökologischen Fragen in den entsprechenden Debatten keine besondere Bedeutung zukam, galt doch das Interesse der Marxisten mehr der Herrschaft von Menschen über Menschen denn jener des Menschen über die Natur (Dietz & Wissen 2009: 353 f.). Für Bunker begründet sich dieser Fokus auf den Wert der Arbeit vor allem darin, dass dieser grundsätzlich die beiden maßgeblichen Dimensionen der kapitalistischen Wirtschaft prägt: einerseits die Produktion mit allen dafür notwendigen Kosten, andererseits das Konsumpotential (Bunker 2007: 248).

Ausgehend von der Parallelität zwischen den negativen Auswirkungen der beschleunigten Kapitalakkumulation auf die Reproduktion der Arbeitskräfte und der Natur entwickelt schließlich O'Connor seine Theorie des zweiten Widerspruchs des Kapitalismus, die er als Basis für einen ökologisch motivierten Marxismus positioniert. In einer Weiterentwicklung des Marx'schen Konzepts der Beschränkung kommt er zu dem Schluss, dass auch natürliche Grenzen kapitalistisch produziert beziehungsweise vermittelt sein können. So gesehen sei es daher auch möglich, dass dieser zweite Widerspruch zu einer ökologischen Theorie der Krise und somit in weiterer Folge zu sozialem Wandel führt. Eine derartige ökomarxistische Krisentheorie hätte ihre Ursprünge im Widerspruch zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen sowie den jeweiligen Produktivkräften und den Bedingungen der kapitalistischen Produktion oder *'capitalist relations and forces of social reproduction'* (O'Connor 1988: 14). In dem Maße, in welchem diese ihre natürliche und materielle Umwelt schädigen, zerstören sie nicht zuletzt selbst ihre grundlegenden Bedingungen; dadurch steigen schließlich die Kosten für die weitere Produktion, werden die für die oftmals auch im Interesse der Produktion unabdingbare Kompensation oder Regeneration dieser Schäden sowie die für die Substituierung mancher dieser Bedingungen notwendigen Auslagen einberechnet (ibid.: 22 f.).

Während es sich beim ersten Widerspruch, der sich aus der Diskrepanz zwischen dem Streben des Kapitals nach Profiten und den Reproduktionsbedürfnissen der Lohnempfänger ergibt und der bereits von Marx als zentrale Problematik seiner Analyse konstatiert wurde, um eine Nachfrage- oder Realisierungskrise handelt (O'Connor 1994: 159 f.), stellt der zweite, der auf dem zunehmenden Verschleiß der materiellen Produktionsbedingungen im Zuge der rücksichtslosen Übernutzung durch die Produktion selbst beruht, vielmehr eine Angebots- beziehungsweise Kostenkrise

dar (ibid. 162). Der durch diese ökologische Krise des Kapitalismus ausgelöste soziale Wandel könnte O'Connor zufolge zu einer ökologischen Form des Sozialismus führen. Dieser würde sich jedoch vom klassischen Typus unterscheiden, da im Zuge der vorhergehenden Auseinandersetzungen klar wird, dass unter anderem die kapitalistische Technologie sowie die Organisation der Arbeit viel zu sehr Teil des Problems sind, als dass sie zu einer Lösung beitragen könnten. Nicht zuletzt hat schließlich die klassische Lösung des ersten Widerspruchs, also die Entschärfung des Problems der Realisierung des Mehrwerts durch die Aufrechterhaltung beziehungsweise Ankurbelung der Nachfrage und somit des Konsums, massiv zu einer Verschärfung des zweiten beigetragen (O'Connor 1988: 16).

Aufgrund der prinzipiellen Natur des Kapitals sowie des liberal-demokratischen Staates geht O'Connor jedoch nicht davon aus, dass es dem Kapitalismus möglich sein wird, erfolgreich mit beiden Widersprüchen umzugehen (O'Connor 1994: 154). Dabei sei auch zu bedenken, dass sich der Kapitalismus *„tends to self-destruct or subvert itself when it switches to more social forms of the provision of production conditions via politics and ideology“* (O'Connor 1988: 26). Leff bemerkt hierzu, dass die Natur bei Marx jedoch weniger einen zweiten Widerspruch des Kapitals darstellt als vielmehr eine *„... secondary contradiction, an effect that is overdetermined by the exploitation of labor“* (Leff 1996: 141).

3.4.2 Die ökologische Krise

Die globale ökologische Krise liegt somit in den Grundlagen und Funktionsprinzipien des Kapitalismus begründet. Allerdings herrschte lange Zeit eine Art kollektive Blindheit gegenüber diesen negativen Auswirkungen, da diese, von Beginn an für die kapitalistische Wirtschaftsweise charakteristischen Mechanismen auch eine erhebliche Verbesserung des Lebensstandards, zumindest in den Zentren, mit sich brachten (Chesnais & Serfati 2004: 257), wobei vor allem der lange Zeitraum, den sie zur Entfaltung ihrer vollen Wirkung benötigen, ein weiteres zentrales Moment zur Erklärung der gesellschaftlichen Ignoranz und Trägheit darstellt (ibid. : 255).

Die widersprüchlichen Wechselbeziehungen zwischen Natur und Gesellschaft sind gleichzeitig die zentrale Dimension dieser Krise. So wird von den Menschen zunehmend der Schutz der Natur gefordert, während sie gleichzeitig nicht davon ablassen, diese durch ihre Produktions- und Konsummuster immer weiter zu verändern und zu

zerstören (Brunnengräber 2002: 196). Das Dilemma des Umgangs mit der Umweltproblematik in der heutigen liberalen industriellen Gesellschaft erwächst schließlich aus der Diskrepanz zwischen der ökonomischen Logik des Wachstums, also der stetigen Ausweitung der Produktion, und dem ökologischen Imperativ, die natürlichen Systeme am Leben zu erhalten. Die Politik sieht sich mit der Notwendigkeit konfrontiert, sowohl die Nachfrage von privatem Kapital und öffentlichen Institutionen nach ökonomischem Wachstum zufriedenzustellen als auch das Bedürfnis der Bürger nach einer intakten Umwelt, die nicht zuletzt als eine fundamentale Bedingung für die menschliche Gesundheit erachtet wird, zu stillen (Gould et al. 1996: 5). Nicht unwesentlich ist dabei, dass Verursachung und Betroffenheit von Umweltproblemen durchweg ungleich verteilt sind, insbesondere entlang der Nord-Süd-Achse (Brunnengräber 2002: 196), denn auch, wenn sich die ökologische Krise zum Teil eher lokal und nicht als absolute Grenze des Wachstums manifestiert, erlangt sie dennoch zusehends globale Dimensionen inklusive transnationaler und klassenübergreifender Effekte, wie etwa ökologischer Ungleichgewichte, Ernährungskrisen und Armut im Allgemeinen. In diesem Zusammenhang erscheint es angebracht, das Konzept der Knappheit im Rahmen neuer Strategien des Kapitals zu überdenken; zentral sind dabei vor allem technologische Inventionen, neuartige Produkte, die Expansion der Märkte oder der Umweltschutz (Leff 1996: 144). Die ökologische Krise bringt daher die Notwendigkeit mit sich, auf aktuelle Transformationen im Weltmaßstab und neue Machtbeziehungen, aus denen neue soziale Verhältnisse und historische Subjekte und somit neue Bedingungen für die soziale Arbeit hervorgehen, zu reagieren (ibid.: 141).

Chesnai und Serfati betonen in diesem Zusammenhang, dass die ökologische Krise zwar durchaus eine Folge des Kapitalismus ist, wobei sie deswegen aber noch lange keinen zentralen Faktor für eine Krise des Kapitalismus an sich bedeutet. Das Kapital stellt im Bereich der natürlichen Umwelt zwar eine Schranke – oder vielmehr eine massive Bedrohung – dar, nicht jedoch für die Herrschaft des Kapitals und die ihm eigenen Eigentumsverhältnisse selbst, sprich für deren Funktions- und Reproduktionsbedingungen. Schließlich stehen dem der Willen und die Fähigkeit des Kapitals, diese systemimmanenten Widersprüche in seinem Sinne zu bearbeiten und kurzfristig zu lösen, gegenüber. Auf diese Weise ist es möglich, in ökonomischer Hinsicht neue Akkumulationsfelder zu erschließen, beispielsweise sei hier der Handel mit schädlichen Emissionen genannt, während auf politischer Ebene eine Verlagerung

der Auswirkungen hin zu den schwächsten Klassen und Ländern passiert. Allerdings wird die Situation durch das Streben des Kapitals nach Lösungen, die klassischerweise die Form von Liberalisierung, Deregulierung und Globalisierung annehmen, zusehends verschlimmert, weshalb durchaus von einer kapitalistischen Krise gesprochen werden könne. Mit dieser Argumentation verwerfen Chesnai und Serfati O'Connors These des zweiten Widerspruchs (Chesnai & Serfati 2004: 357 f. sowie 275) zugunsten einer Analyse der Krisenbearbeitung, der im Folgenden mithilfe der Theorie der bereits vorgestellten gesellschaftlichen Naturverhältnisse nachgegangen wird.

3.4.3 Der Charakter der aktuellen multiplen Krisendynamik

Aktuell, so konstatiert Brand, befindet sich die Welt in einer tiefgreifenden und multiplen Krise. Diese weist unterschiedliche Dimensionen auf: die ökonomisch-soziale im Zuge der gegenwärtigen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und die bereits erwähnte ökologische, die sich auf vielfältige Weise äußert. Hinzu kommen die Krisen der gesellschaftlichen Integration sowie der politischen Institutionen (Brand 2009: 1). Da mächtige Gruppen beziehungsweise Klassen, wie etwa das Kapital in seinen unterschiedlichen Fraktionen oder die Lohnabhängigen mit ihren Interessenvertretungen um die Grundlagen ihrer Reproduktion fürchten, erweist sich vor allem die ökonomische Dimension in kapitalistischen Gesellschaften relevant (Brand & Wissen 2011b: 78) und wird entsprechend priorisiert. Zudem, das wird an den diversen Bankenrettungspaketen der letzten Jahre deutlich, tendieren die politischen und ökonomischen Eliten im Rahmen dieser Krisen insbesondere zu solchen Politiken, die in der Hauptsache entweder ihren eigenen oder den Interessen ihnen nahestehender Gruppen entgegenkommen, während sie sich im Hinblick auf die ökologische Dimension der Krise zumeist auf symbolische Praktiken beschränken. Ausgeblendet bleiben dabei jedoch potenzielle Zusammenhänge zwischen den einzelnen Dimensionen (Brand 2009: 1).

3.5 Kapitalistische Naturverhältnisse

Obschon die ökomarxistische Argumentation einerseits wichtige Einsichten ermöglicht, greift sie doch andererseits zu kurz, da es ihr prinzipiell um ein Aufzeigen der in den Strukturprinzipien der kapitalistischen Produktionsweise wurzelnden ökologi-

schen Destruktivität geht und sie sich mithin ausschließlich auf einer *systemischen*, beziehungsweise *strukturtheoretischen* Ebene bewegt. Damit ist allerdings eine Erfassung der jeweils spezifischen Art und Weise, auf die diese kapitalistischen Strukturprinzipien ihre Wirkung konkret entfalten, und wie sie in weiterer Folge modifiziert und auch gebrochen werden, kaum möglich; räumliche und zeitliche Unterschiede und Transformationen der kapitalistischen Naturverhältnisse spielen daher so gut wie keine Rolle (Dietz & Wissen 2009: 360).

Doch auch wenn die kapitalistische Akkumulation unbestreitbar einen der hauptsächlichen Gründe für die ökologische Krise darstellt, so hat der Kapitalismus dennoch in den letzten Jahren seine Fähigkeit, auf Umweltprobleme zu reagieren, unter Beweis gestellt. Dabei kommt es unweigerlich zu Umstrukturierungen der ihm eigenen Produktionsbedingungen, wodurch sich schließlich ein neues, postmodernes Akkumulationsregime ergibt (Brand et al. 2008: 11). Das bedeutet weiterhin, dass bei aller Kontinuität die kapitalistische Produktionsweise aufgrund ihrer erwähnten Transformations- und Anpassungsfähigkeit von Brüchen gekennzeichnet ist, aus denen sich andere, neue Formen der Naturaneignung ergeben. Es existieren daher also verschiedene kapitalistische Naturverhältnisse, wobei sich die Destruktivität des Kapitalismus darin jeweils unterschiedlich stark artikuliert. Diese schließen sich allerdings nicht von vorneherein gegenseitig aus und treten somit nicht unbedingt in chronologischer Abfolge nacheinander auf; vielmehr sind sie zumeist auch in Koexistenz beziehungsweise Konkurrenz zueinander anzutreffen. Dabei spielen nicht zuletzt die Interessensgegensätze zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen eine entscheidende Rolle, denn diese können sich in Konflikten manifestieren, deren Verlauf und institutionelle Regulierung viel über die raum-zeitlich spezifische Gestaltung der kapitalistischen Naturverhältnisse aussagen und insofern auch Rückschlüsse auf die tatsächliche Fähigkeit des Kapitalismus, seine ökologischen Widersprüche zu bearbeiten, zulassen (Dietz & Wissen 2009: 360 f.).

Allerdings bleibt anzumerken, dass all die Anstrengungen, die zur erhofften Lösung der Krise führen sollen, und die eine schier unüberschaubare Fülle an nationalen und internationalen Maßnahmen nach sich gezogen haben, keinen wirklichen Anlass zur Beruhigung geben. Die meisten Probleme sind nach wie vor nicht ansatzweise gelöst, sondern haben sich, im Gegenteil, zwischenzeitlich nur noch mehr zugespitzt; zudem ergeben sich fast täglich neue Risiken und Problemlagen (Görg 2003a: 10).

Daher sei nachfolgend auf die aktuell relevanten Varianten kapitalistischer Naturverhältnisse eingegangen.

3.5.1 Die Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse

Die grundlegende Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, die sich in der hohen Abhängigkeit von der Natur bei gleichzeitiger Transformation in einem noch nie dagewesenen Ausmaß sowie Entwicklungsgrad der Produktivkräfte und, dem Wertgesetz folgend, Gleichgültigkeit für deren raum-zeitliche Besonderheiten manifestiert (Köhler & Wissen 2010: 222), ist institutionell und durch spezifische gesellschaftliche Normalisierungsprozesse bearbeitbar. Brand und Wissen bedienen sich hierbei des Konzeptes der Regulationstheorie und beschreiben so die herrschaftsförmige Bearbeitung der einer kapitalistischen Produktionsweise inhärenten ökologischen Destruktivität als Regulation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Diese findet über die jeweiligen Institutionen, Normen, Wertvorstellungen, Subjektivierungsprozesse und normalisierten Praxen statt, welche die strukturellen Widersprüche über einen gewissen Zeitraum hinweg bearbeitbar machen. Das bedeutet, sie ist nur im Kontext der makroökonomischen, institutionellen und in den Subjekten verankerten sozialen Reproduktionsmuster zu verstehen (Brand & Wissen 2011a: 17 f.).

Auf der gesellschaftlichen Ebene ist die Bearbeitung von Umweltproblemen ganz offensichtlich von gesellschaftlichen Transformationsprozessen, etwa in Form von technologischen Innovationen, politischen Rahmenbedingungen oder der Verschiebung gesellschaftlicher Interessenslagen und Machtverhältnisse auf globaler Ebene, geprägt. Diese haben einen erheblich größeren Einfluss als die explizite Umweltpolitik und bedingen die Vergesellschaftung der Natur daher umso nachhaltiger. Für Görg stellt sich nicht mehr die Frage, *ob* sich Gesellschaften auf die ökologische Krise einstellen können, sondern *wie* sie dies tun; von zentralem Interesse sind die Strukturen und Prozesse, welche die jeweilige Reaktion beeinflussen, sowie die Gestaltungsspielräume, die sich daraus ergeben (Görg 2003a: 12). In der Analyse dieser Prozesse der politischen Konstituierung und Transformation relativer Schranken innerhalb von gesellschaftlichen und damit auch qualitativen Spezifika liegt für Raza die eigentliche Aufgabe kritischer Politischer Ökologie. Diese Einsicht baut auf dem Verständnis auf, dass dieser Prozess der Reorganisation des gesellschaftlichen Naturverhältnisses potenziell krisenbehaftet und in letzter Instanz politisch reguliert ist

und somit nicht einem bloßen marktgesteuerten Automatismus gehorcht (Raza 2003: 164).

Im Zuge der ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erstmals aufkommenden Industrialisierung lässt sich ein erster grundlegender Umbruch in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen beobachten, wobei die Natur dabei maßgeblich in die Produktion einbezogen wurde. Diese Phase war gekennzeichnet vom starken Anwachsen des noch jungen Sektors der Industrie und der Produktivkraft, das vor allem auf dem zunehmenden Einsatz von Maschinen, der Entwicklung neuer Kommunikations- und Transportmittel sowie der zunehmenden Kapitalkonzentration beruhte. Die damit einhergehenden Stoff- und Energietransformationsprozesse entwickelten sich exponentiell und bedingten so massive Natureingriffe mit entsprechend destruktiven Folgen, wobei der stoffliche Motor dieser neuartigen ökonomischen Wachstumsprozesse zunächst die Kohle war (Karathanassis 2010: 40 f.).

3.5.2 Im Fordismus

Die nächste exponentielle Steigerung des ökonomischen Wachstums lässt sich schließlich im 20. Jahrhundert in der Phase des Fordismus eruieren (ibid. 41). Der Begriff des Fordismus stammt ursprünglich von Gramsci; er wurde allerdings in weiterer Folge der Regulationstheorie entlehnt (Keil et al. 1998: 6), da er sich als praktikables Gerüst erwies, um die dynamische Nachkriegsentwicklung des Kapitalismus und seiner Krisen einordnen zu können und deren unterschiedlichen Facetten gerecht zu werden. Schließlich erlaubte diese Konzeption, bei gleichzeitigem grundsätzlichen Festhalten an einem allgemeinen Begriff kapitalistischer Vergesellschaftung, ein Verständnis der strukturellen Bedingungen, ihre Transformationen und institutionellen Ausprägungen als historisch-spezifische, umkämpfte Prozesse zu entwickeln. Hinzu kam die Integration einer Diagnose der Krise, ebenso wie die Frage nach einer potentiellen, neuen, kapitalistischen Formation (Raza & Brand 2003: 7).

Grundsätzlich wird mit Fordismus jene Form der sozioökonomischen Integration bezeichnet, die, zumindest in der fortgeschrittenen kapitalistischen Ökonomie, auf einem Kompromiss zwischen Kapital und der Arbeiterklasse beruht, der ein zuvor nie dagewesenes wirtschaftliches Wachstum und in Verbindung damit die Prosperität der Mittelschicht sowie des Massenkonsums zur Folge hatte. Die globale Hegemonialmacht dieser Zeit waren die USA und obwohl die fordistische Regulationsweise

noch nicht einmal in Europa, geschweige denn im globalen Zusammenhang überall vertreten war, hatte sie dennoch weitreichenden Einfluss auch abseits ihrer Kerngebiete in den westlichen Industrienationen (Keil et al. 1998: 6).

Das besonders für die ökologische Krise bedeutsame (ibid.: 6) Charakteristikum des Fordismus ist sein Hang zur schrankenlosen Ausbeutung und Nutzung der Natur und ihrer Ressourcen (Görg 2003b: 183); diese Phase lässt sich mit dem Begriff der *kompromisslosen Produktivität* beschreiben (Keil et al. 1998: 6).

3.5.3 Im Postfordismus

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung des Finanzkapitals sowie der hochgradigen Instabilität und Volatilität der Finanzakkumulation an sich, die sich nicht zuletzt an der Serie von Finanzkrisen, die Mitte der 90er Jahre begonnen hat und in der gegenwärtigen, multiplen Krise einen aktuellen Höhepunkt gefunden hat, ist eine notwendige Voraussetzung für die Etablierung eines stabilen neuen Akkumulationsregimes die Realisierung zumindest eines Großteils der bis dato nur fiktiven Masse des Finanzkapitals, um so der drohenden Entwertung desselben zu entgehen. Dies führt zu einem expansiven Druck zur Durchkapitalisierung der Produktionsbedingungen, womit in weiterer Folge auch Änderungen in den Regulationsformen, zumindest des hegemonialen, gesellschaftlichen Naturverhältnisses einhergehen. Raza fasst diese zusammen als *„das Bemühen der Etablierung eines Akkumulationsregimes auf Basis neuartiger Formen der Ausbeutung der natürlichen Umwelt“* (Raza 2003: 167).

Ein weiterer Teil der entsprechenden Umstrukturierungen ist zudem der Versuch einer Berücksichtigung der Rückwirkungen der ökologischen Krise auf die Gesellschaft, wenngleich sich hierbei im Gesamtzusammenhang der postfordistischen Transformation eine eindeutige Unterordnung in Bezug auf andere gesellschaftliche Zwecksetzungen feststellen lässt. Dabei ist die Tendenz zur Integration der Umweltproblematik einerseits selektiv und bleibt andererseits hochgradig widersprüchlich, wodurch die fortdauernde Krisenhaftigkeit der Naturverhältnisse impliziert wird (Görg 2003a: 14); denn bedingt durch die in die bestehenden institutionellen Formen der Problembearbeitung eingeschriebene *strukturelle Selektivität*, welche nicht zuletzt auf das Wirken kapitalistischer Strukturprinzipien – die sozialen Formen Wert und Staat – zurückzuführen ist, erweisen sich auch innerhalb der postfordistischen Naturverhältnisse genau diejenigen Lösungen als hegemonial, die parallel zur Wertform

auf preis- und geldförmigen Strategien beruhen und, impliziert durch die Staatsform, die Fortdauer der Konkurrenz territorial situierter Herrschaftsapparate perpetuieren (Görg 2003b: 182 f.) – dies ungeachtet der zeitgleich stattfindenden Internationalisierung des Staates, die unter anderem mit einer zunehmenden Herausbildung internationaler Staatsapparate, wie etwa der EU oder der Welthandelsorganisation (WTO), sowie deren wachsender Bedeutung einhergeht (Brand 2007: 260).

4. Das Paradigma der Nachhaltigen Entwicklung?

Nachdem bisher vor allem der politökonomische beziehungsweise -ökologische Kontext bedeutsam war, wird nun die Idee der Nachhaltigen Entwicklung in all ihren Facetten vorgestellt, bevor schließlich im nächsten Kapitel ihre Institutionalisierung auf EU-Ebene diskutiert wird.

Hier wird zunächst der Frage nachgegangen, was mit Nachhaltiger Entwicklung gemeint ist. Dafür werden die konzeptionellen Ursprünge sowie die weitere Entwicklung des Begriffs nachgezeichnet, um schließlich zu einem besseren Verständnis des Diskurses beizutragen. Außerdem wird nochmals, ausgehend von einer Diskussion der These von den Grenzen des Wachstums, im Detail auf das Thema Wachstum, vor allem im Zusammenhang mit Nachhaltiger Entwicklung, eingegangen. Dabei soll schließlich auch die Frage, ob überhaupt und, wenn ja, in welcher Form sich Wachstum mit dieser vereinbaren lässt, diskutiert werden. Zudem sollen grundsätzlichen Strategien im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklung hinsichtlich ihrer allgemeinen Implikationen und im Hinblick auf ihr Potential, Wachstum mit Nachhaltiger Entwicklung zu kombinieren, beleuchtet werden.

4.1 Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung

Innerhalb der letzten fünfundzwanzig Jahre ist das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung, häufig in der englischen Version als *Sustainable Development (SD)* bezeichnet, zu einem im globalen Kontext zentralen Begriff geworden, der die Diskussion über die zukünftige Entwicklung der Menschen maßgeblich prägt. Auf der politischen Ebene ist es daher inzwischen weltweit programmatisch verankert. Zudem hat das Konzept vor allem in den letzten zehn Jahren eine gewisse allgemeine Popularität entwickelt (Grunwald & Kopfmüller 2012: 11 f.). Insbesondere ist dieses Leitbild Ausdruck der Verknüpfung der Umwelt- mit der Entwicklungsdebatte (Eblinghaus & Stickler 1998: 13). Während Entwicklung einen Prozess gesellschaftlicher Veränderung beschreibt, referiert der Begriff der Nachhaltigkeit vielmehr das Ende eines solchen Prozesses und damit einen Zustand (Grunwald & Kopfmüller 2012: 11 f.). An dieser Verknüpfung wird deutlich, dass es sich bei der Nachhaltigen Entwicklung um eine hauptsächlich auf Vorsorge orientierte umweltpolitische Strategie handelt (Eblinghaus & Stickler 1998: 99).

4.1.1 Begriffsbestimmung: Was genau bedeutet eigentlich Nachhaltige Entwicklung?

Ein zentrales Wesensmerkmal des Begriffs ist Eblinghaus und Stickler zufolge jedenfalls die ihm eigene Uneindeutigkeit, wobei die Autoren betonen, dass es sich dabei weder um einen Zufall noch ein Manko handelt. Vielmehr verorten sie in dieser begrifflichen Unschärfe den Grund für die große Attraktivität des Konzepts; nicht zuletzt befördert diese eine gewisse Tendenz, zumindest vordergründig Kompromisse zwischen durch unterschiedliche Interessen angeleiteten Zugängen zur Thematik zu befördern – inwiefern sich diese dann tatsächlich als nachhaltig im eigentlichen Sinn und als tragfähig erweisen, sei dahingestellt (ibid.: 37). So produziert der Nachhaltigkeitsdiskurs „...also auf der Ebene allgemeiner Zielvorstellungen Gemeinsamkeiten...“ (ibid. 39). Daher sei, so Lélé, die Nachhaltige Entwicklung vor allem ein

‘metafix’ that will unite everybody from the profit-minded industrialist and risk-minimizing subsistence farmer to the equity seeking social worker, the pollution-concerned or wildlife-loving First Worlder, the growth-maximizing policy maker, the goal-oriented bureaucrat, and therefore, the vote-counting politician (Lélé 1991: 613).

4.1.1.1 Zentrale Diskurse und der Versuch einer Definition

Was die ursprüngliche Bedeutung des Wortes „nachhaltig“ (im Englischen sustainable, das vom lateinischen Verb *sustinere* abstammt) anbelangt, so hält Grober zunächst fest, dass es dabei in verschiedenen Sprachen zu allen Zeiten um tragfähige Strukturen ging, also um solche, die dauerhaft halten; dies sei daher die wesentliche Konstante in den entsprechenden Diskursen (Grober 2013: 15). Da es sich jedoch beim Konzept der Nachhaltigen Entwicklung um ein diskursiv entstandenes und somit widersprüchliches Produkt handelt, existiert diesbezüglich auch keine universale Definition (Eblinghaus & Stickler 1998: 37). Die wohl gängigste und für die weitere Entwicklung des Konzeptes bedeutendste Interpretation (Amelung et al. 2008: 7) findet sich schließlich im Abschlussbericht der Brundtland-Kommission, der den bezeichnenden Titel *Our Common Future* trägt. Diese Definition hat konstituierenden Charakter für das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung (Eblinghaus & Stickler 1998: 48); ihr zufolge ist Entwicklung dann nachhaltig, wenn sie

die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen. (Hauff 1987: 46)

4.1.1.2 Zwei Dimensionen eines politisch-gesellschaftlichen Programms

Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung weist damit prinzipiell zwei Dimensionen auf: zum Einen geht es um die aktive Übernahme von Verantwortung für zukünftige Generationen, mindestens genauso wichtig sind jedoch auch Überlegungen die klassische Verteilungsgerechtigkeit betreffend (Grunwald & Kopfmüller 2012: 11). Beide Ideen, sowohl jene der intergenerativen als auch der intragenerativen Solidarität, sind in der Brundtland-Definition bereits enthalten, besteht doch das grundsätzliche Ziel darin, Entwicklungsmöglichkeiten für heutige und zukünftige Generationen abzusichern (Eblinghaus & Stickler 1998: 48).

Somit handelt es sich, wie Grober betont, um einen ganzheitlichen Entwurf, der die drei Dimension Ökologie, Ökonomie und Soziales organisch miteinander verknüpft – und zwar in einer Weise, dass sich neue Muster des Produzierens und Konsumierens entwickeln, die schließlich mit der Tragfähigkeit der Ökosysteme kompatibel sind (Grober 2013: 24). Der Diskurs um die Nachhaltigkeit ist daher auch kein genuin wissenschaftlicher, sondern vielmehr ein gesellschaftlich-politisches Programm (Grunwald 2013: 29).

The concept of sustainability can be interpreted in either a limited or a broad sense. From a narrow economic perspective, it is synonymous with wealth creation and economic growth. However, in a more holistic sense, sustainability is essentially linked to broader societal goals: the requirements of sustainability and justice tend to coincide. This is related to the necessity of building durable social and economic structures, and of eliminating various forms of inequality. (David 1988: 153)

Der Vielfalt der unterschiedlichen Vorstellungen über die notwendigen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen zum Trotz beziehen sich fast alle Teilnehmer des Nachhaltigkeitsdiskurses, auch die Weltbank oder private Unternehmen, implizit oder explizit auf die zuvor angesprochene Definition aus dem Brundtland-Bericht. Allerdings wird in keiner der entsprechenden Interpretationen ein konkreter Weg, um das neue Ziel zu erreichen, vorgeschlagen; ebenso werden weder die Zielvorstellungen noch die Hintergrundannahmen definiert. Stattdessen wird der Begriff von unterschiedlichen Akteuren mit jeweils unterschiedlichen normativen Orientierungen und politischen Überzeugungen und teilweise divergenten wissenschaftlichen Erkenntnissen aufgeladen (Eblinghaus & Stickler 1998: 48 f.). Anstatt einer grundsätzlichen Theoriedebatte liegt der Fokus im Bereich der Nachhaltigen Entwicklung mittlerweile viel mehr im Bereich der Praxis; diese ist von vielfältigen Formen gekennzeichnet, allerdings merkt Grunwald dazu an, dass kaum jemals wirk-

lich hinterfragt werde, was Nachhaltige Entwicklung tatsächlich sei; dies werde vielmehr als geklärt vorausgesetzt (Grunwald 2013: 27 f.).

4.1.2 Ursprung und Entstehung des Nachhaltigkeitsdiskurses

Angesichts dieser Vielfalt an Konzeptionen sowie die Unklarheiten auf begrifflicher Ebene (Grunwald 2013: 30) erscheint es hilfreich, den Kontext der Entstehung der Nachhaltigkeitsdebatte nachzuzeichnen, um so ein besseres Verständnis für den aktuellen Status Quo zu entwickeln. Woher kommt die Idee, in welchem Zusammenhang wurde sie aufgegriffen und wie hat sich der Diskurs schließlich weiterentwickelt?

4.1.2.1 Die Wurzeln des Nachhaltigkeitsbegriffs

Das Konzept der Nachhaltigkeit ist keine Neuentdeckung der Gegenwart (Grober 2013: 13 f.); vielmehr reichen die tatsächlichen Ursprünge des Nachhaltigkeitsbegriffs weiter zurück. So taucht der Begriff bereits im 18. Jahrhundert in der Forstwirtschaft auf und hat dabei zum Ziel, ökonomische Abwägungen mit dem Faktor Natur in Einklang zu bringen. Besonders prominent ist in diesem Zusammenhang die 1713 erschienene Abhandlung *Sylvicultura Oeconomica* von Hans Carl von Carlowitz, eines sächsischen Oberberghauptmannes (Grunwald & Kopfmüller 2012: 18), der damit zum eigentlich Wortschöpfer avanciert (Grober 2013: 19).

Im Kontext von Entwaldung und dadurch immer knapper werdenden Holzbeständen aufgrund des zunehmenden industriellen Holzbedarfs für Berg- und Hüttenwerke sowie der immer stärkeren Übernutzung durch die Landwirtschaft legte er mit diesem Werk eine Anleitung zu einer nachhaltigen Bewirtschaftungsweise der Wälder vor, die auf einen hohen und gleichzeitig dauerhaften Holzertrag in der Forstwirtschaft abzielte. So sollte pro Jahr nicht mehr Holz geschlagen werden als nachwächst. Es handelt sich dabei also um ein ressourcenökonomisches Prinzip, welches das ökonomische Ziel der maximalen Nutzung des Waldes mit den ökologischen Bedingungen des Nachwachsens kombinierte und damit zum Vorbild für spätere Überlegungen zum Thema Nachhaltigkeit wurde (Grunwald & Kopfmüller 2012: 18 f.).

In der Konzeption von Carlowitz sind die drei substantiellen Dimensionen von Nachhaltigkeit, Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit, bereits vorhanden; die zentralen Motive im Kontext der Knappheit von Ressourcen sind einerseits die gene-

relle Anerkennung der Tragfähigkeit von Ökosystemen und andererseits die Generationengerechtigkeit (Grober 2013: 20 f.). Grundsätzlich geht es darum, von den Erträgen einer Substanz beziehungsweise von den Zinsen und nicht von der Substanz oder dem Kapital selbst zu leben (Luks 2002: 21; Grundwald & Kopfmüller 2012: 18 f.). Anfang des 20. Jahrhunderts fand der Nachhaltigkeitsbegriff im Konzept des *Maximum Sustainable Yield* Eingang in die Fischereiwirtschaft; auch hier sollte sich das Ausmaß des Fischfangs an der Reproduktionsfähigkeit der Fischbestände orientieren, um so dauerhaft einen maximalen Ertrag gewährleisten zu können (ibid.).

4.1.2.2 Der Diskurs von den Grenzen des Wachstums

Insgesamt haben Überlegungen zu Beständigkeit und Stabilität sowie zu den Belastungsgrenzen von Wirtschaft und Gesellschaft in der Wissenschaft eine gewisse Tradition, insbesondere seit der Industriellen Revolution; dabei ging es immer wieder um den Umgang mit beziehungsweise eine Schonung der natürlichen Ressourcen. Auch die eingangs kurz diskutierte Theorie von Malthus bezüglich der negativen Folgen des Bevölkerungswachstums gehört in diese Kategorie. Nachdem allerdings der technische und wissenschaftliche Fortschritt bald ein unbegrenztes Wachstum zu erlauben schien, wurden natürliche Grenzen des Wachstums bis Mitte des 20. Jahrhunderts kaum mehr zum Thema. Mithin blieb das Prinzip der Nachhaltigkeit mehr als 200 Jahre lang fast ausschließlich auf die Forst- und Fischereiwirtschaft begrenzt (Grundwald & Kopfmüller 2012: 19 f.).

Sowohl in Europa als auch in den USA entwickelte sich gegen Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem Bericht über die Grenzen des Wachstums an den Club of Rome, erstmals prominente Kritik am hegemonialen Wachstumsparadigma. Dabei wurden materieller Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum als Inbegriff des gesellschaftlichen Wohlstands in Frage gestellt (Trattnigg 2009: 12). Die verstärkte Politisierung der ökologischen Problematik fällt also mit der beginnenden Krise des Fordismus zusammen (Görg 2003a: 127); die Abhängigkeit der Menschheit von den natürlichen Grundlagen wurde erst wieder intensiv diskutiert, als der unbekümmerte Fortschrittsoptimismus aufgrund der zunehmend sichtbaren negativen Folgen des technischen Fortschritts sowie der Produktions- und Lebensstile vor allem in den nördlichen Industriestaaten immer öfter kritisch hinterfragt wurde. Dadurch veränderte sich die Wahrnehmung der natürlichen Umwelt bedingt durch die Erkenntnis, dass die menschliche Wirtschaftsweise nicht

nur die Natur an sich bedroht, sondern in weiterer Folge auch die Grundlagen, auf die sie selbst angewiesen war, radikal (Grunwald & Kopfmüller 2012: 20).

Die Grenzen des Wachstums –Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit

In diesem Kontext erschien 1972 eine vom Club of Rome in Auftrag gegebene Studie mit dem Titel *Die Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1972), die breit rezipiert und aufgegriffen wurde und dadurch der internationalen Diskussion um weltweite Umweltprobleme zum Durchbruch verholfen hat (Eblinghaus & Stickler 1998: 28). Für die Studie wurden verschiedene Entwicklungsläufe im Computermodell simuliert, wobei die dadurch vermittelte Wissenschaftlichkeit nicht unbedeutend für die insgesamt Wirkung war. Am Ende stand die Erkenntnis, dass, würde die Menschheit so weiterwirtschaften wie bisher, der unvermeidliche ökologische Kollaps bevorstünde (Luks 2002: 21). Insbesondere wird vor der drohenden Erschöpfung natürlicher Ressourcen aufgrund des exponentiellen Wachstums sowohl der Weltbevölkerung als auch der industriellen Produktion gewarnt, ohne jedoch Rücksicht auf die Unterschiede zwischen einzelnen Staaten und Regionen zu nehmen (Eblinghaus & Stickler 1998: 28). Obschon der Bericht des Club of Rome zu den Grenzen des Wachstums konzeptionell und methodisch angreifbar ist, so war er doch ein entscheidender Faktor dafür, dass schließlich eine intensivere Debatte über die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Produktions- und Lebensstilen, Wirtschaftswachstum sowie Verfügbarkeit von Ressourcen in Gang kam (Grunwald & Kopfmüller 2012: 21; Luks 2002: 21 ff.). Allerdings waren auch diese Diskurse, ähnlich wie später jener der Nachhaltigkeit, von je nach Interessenslage unterschiedlichen Interpretationen dieser Grenzen des Wachstums geprägt (Eblinghaus & Stickler 1998: 30).

4.1.2.3 Die Anfänge des aktuellen Nachhaltigkeitsdiskurses

Wenngleich also die Diskussionen rund um die Herausforderung nachhaltiger Entwicklung prinzipiell bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgt werden können (Grunwald & Kopfmüller 2012: 18) reicht das, was heute im Allgemeinen als Nachhaltigkeit verstanden wird – die theoretische Auseinandersetzung mit allgemeinen Themen der Menschheitsentwicklung innerhalb der Grenzen, die uns durch den von uns bewohnten Planeten gesetzt sind – in erster Linie bis zur ersten UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972 zurück (Enders & Remig 2013: 7). Im Rahmen dieser Konferenz wurde das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) gegründet, zudem

wurden in weiterer Folge in zahlreichen Staaten die ersten eigenständigen Umweltministerien geschaffen. 1980 wurde schließlich, angesichts der zunehmenden Sensibilität für Umweltprobleme, die jedoch von erheblichen Schwierigkeiten bei ihrer Bewältigung begleitet wurde, von der *International Union for the Conservation of Nature* (IUCN) in Zusammenarbeit mit verschiedenen UN-Organisationen, wie etwa UNEP, die *World Conservation Strategy*, sowie dem WWF, erarbeitet (IUCN/UNEP/WWF 1980, vgl. dazu Grundwald & Kopfmüller 2012: 21). Darin heißt es:

The aim of the world conservation strategy is to help advance the achievement of sustainable development through the conservation of living resources.
(IUCN/UNEP/WWF 1980: IV)

Hier taucht der Begriff des Sustainable Development zum ersten Mal in einem etwas größeren wissenschaftlichen und politischen Zusammenhang auf; in Annäherung an den bereits erwähnten forst- und fischereiwirtschaftlichen Nachhaltigkeitsbegriff war die Zentrale These dabei, dass eine dauerhafte ökonomische Entwicklung ohne die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme (vor allem der Landwirtschafts-, Wald-, Küsten- und Frischwassersysteme) nicht realisierbar sei (ibid. 21; vgl. dazu auch Grober 2013: 23).

4.1.2.4 Der Brundtland-Report

1987 erschien der prominente Brundtland-Report als Abschlussbericht einer hochrangig besetzten UN-Kommission, der *World Commission on Environment and Development* (WCED), unter der Leitung der sozialdemokratischen, norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. Damit wurde das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung als neues Leitbild der UN etabliert; auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro wurde es fünf Jahre später endgültig verabschiedet (Grober 2013: 22), um daraufhin schließlich definitiv zum globalen Leitbild zu avancieren (ibid.: 13). Die zentralen Dimensionen des Berichtes sind zum Einen die Entwicklung im Kontext der globalen Armutsbekämpfung sowie der Gerechtigkeit im Rahmen der Nord-Süd-Beziehungen, zum anderen die dauerhafte Tragfähigkeit der Ökosysteme als Maßstab des wirtschaftlichen Handelns. Was die erste Ebene, die Entwicklung, anbelangt, so geht es hier vor allem um die Befriedigung der Grundbedürfnisse, der sogenannten *essential needs* (ibid. 24).

Neben einer grundsätzlichen Anerkennung und Beschreibung der Umweltkrise geht es der Kommission dabei weniger darum, die in der Vergangenheit begangenen Feh-

ler anzuprangern, vielmehr soll eine positive Perspektive auf die Zukunft gestärkt und mit einer entsprechenden Strategie auf den Weg gebracht werden:

Our report, Our Common Future, is not a prediction of ever increasing environmental decay, poverty, and hardship in an ever more polluted world among ever decreasing resources. We see instead the possibility for a new era of economic growth, one that must be based on policies that sustain and expand the environmental resource base. And we believe such growth to be absolutely essential to relieve the great poverty that is deepening in much of the developing world. (UN Documents o.J.: 11-Absatz 3)

Die Verknüpfung der Diskurse von Umwelt und Entwicklung

Auf diskursiver Ebene hat der Brundtland-Bericht somit entscheidend dazu beigetragen, einen Weg aus der Sackgasse, die sich im Zuge der Debatte um die Grenzen des Wachstums etabliert hatte, aufzuzeigen (Haberl et al. 2009: 8). Dieses Dilemma soll schließlich durch die Vereinigung der beiden Diskurse Umwelt und Entwicklung gelöst werden. Die so entstandene Verknüpfung ist die wohl bedeutendste, wenngleich viel kritisierte Folge des Berichts; der Begriff der Entwicklung, der bereits massiv in der Kritik stand, wurde somit durch das positiv besetzte neue ökologische und nicht-zerstörerische Wirtschaften quasi wieder aufgewertet (Eblinghaus & Stickler 1998: 35 f.).

Der Begriff Sustainable Development will deutlich machen, dass diese beiden Prinzipien zusammengehören und sich nicht notwendigerweise widersprechen müssen. (ibid.)

Relative statt absoluter Grenzen

Der Zugang der Kommission ist von einem durchaus technozentrischen und managementorientierten Denken geprägt, denn anstelle absoluter Grenzen wird der Terminus „zeitweilige Beschränkungen“ genutzt. Diese sind jedoch auf den aktuellen Stand der Technik und die soziale Organisation natürlicher Ressourcen sowie das Potential der Biosphäre, die materiellen Auswirkungen der menschlichen Aktivitäten zu absorbieren, zurückzuführen; doch sowohl die Technik als auch die soziale Organisation können schließlich verbessert werden und so eine neue Ära wirtschaftlichen Wachstums ermöglichen. Großflächige Armut sei daher nicht länger unausweichlich. Nachhaltige Entwicklung wird in diesem Kontext ganz eindeutig mit Armutsbekämpfung und einer neuen Wachstumsstrategie verknüpft (UN Documents o.J.: 16 – Absatz 27). Die Unverzichtbarkeit des weiteren Wachstums der Wirtschaft bildet somit die eigentliche argumentative Basis des Berichts, was viel zu seiner breiten Akzep-

tanz insbesondere in Wirtschaftskreisen beigetragen hat (Eblinghaus & Stickler: 1998: 73 f.).

4.2 Der Nachhaltigkeitsdiskurs im Wandel

Die Suche nach Kriterien, Leitlinien und Strategien für eine Nachhaltige Entwicklung hat sich zwischenzeitlich zum zentralen Gegenstand der nationalen und internationalen Umwelt-, Forschungs- und Entwicklungspolitik entwickelt. 1992 verpflichtete sich die internationale Staatengemeinschaft auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro, das Leitbild in konkrete Politik auf nationaler und globaler Ebene umzusetzen. So sind nationale Nachhaltigkeitsstrategien mittlerweile in vielen Ländern ausgearbeitet und zum Teil in Umsetzung begriffen. Parallel dazu haben viele Unternehmen den Diskurs aufgegriffen und sich in ihrem Unternehmensethos der Nachhaltigkeit verpflichtet sowie entsprechende Strategien und Geschäftsmodelle entwickelt. Schließlich orientieren sich verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen am Konzept der Nachhaltigen Entwicklung, vor allem an unterschiedlichen kritischen Interpretationen desselben (Grunwald & Kopfmüller 2012: 12 f.).

4.2.1 Institutionalisierung und öffentliche Resonanz

Das zeigt Grunwald und Kopfmüller zufolge, dass die Nachhaltige Entwicklung als globale Herausforderung zwar mittlerweile sowohl auf der politischen und wissenschaftlichen Agenda und im Bewusstsein vieler Menschen angekommen ist; allerdings ist die Rezeption des Begriffs durchaus unterschiedlich, wobei wissenschaftliche Diagnosen und Ansätze zur Operationalisierung mittels Indikatorensystemen und Zielwerten sowie die politischen Zielsetzungen durchaus mit einer Konkretisierung des gegenständlichen Leitbildes verbunden zu sein scheinen. Dagegen ist die Bedeutung der zunehmenden öffentlichen Resonanz, die sich auf die allmähliche politische Institutionalisierung des Konzepts, die vielfältigen Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure und eine vermehrte Thematisierung in den Massenmedien sowie die zunehmende Bedeutung der Nachhaltigkeit für viele Unternehmen und Konzerne zurückführen lässt, inhaltlich und für das individuelle und politische Handeln weiterhin unklar. So lässt die reine Bekanntheit des Begriffs keinerlei Aussage darüber zu, welches Wissen über Nachhaltigkeit damit verbunden ist, noch lässt sich damit die

Bereitschaft, das Leitbild der Nachhaltigkeit tatsächlich zu priorisieren, indem das eigene Handeln oder das politische Engagement daran ausgerichtet werden, einschätzen (ibid. 219 ff.). Für Grunwald liegt zudem die Vermutung nahe, dass sich verschiedene Interessenvertreter, die Medien und Politiker häufig nicht auf konkrete Nachhaltigkeitskonzepte beziehen, sondern sich nur der durchweg positiv besetzten Rhetorik des Begriffs bedienen, um unter diesem Feigenblatt weiterhin ihre partikularen Interessen voranzutreiben (Grunwald 2013: 29 f.)

4.2.2 Technozentrische vs. ökozentrische Interpretationen

Auf einer substanziellen Ebene weisen Eblinghaus und Stickler im Hinblick auf die unterschiedlichen Ausformulierungen zunächst auf die generelle Unterscheidung zwischen ökozentrischen und technozentrischen Ansätzen Nachhaltiger Entwicklung hin (Eblinghaus & Stickler 1998: 97), die mit den verschiedenen Strategien und Interessen unterschiedlicher Akteure korrespondiert, hin. Sie basiert auf den zwei grundsätzlich divergenten Bewertungen der Funktion von Natur. Im ersten Fall sind Eigenwert sowie Eigenrechte von Natur Ausgangspunkt der Argumentation, während die zweite Position auf die technokratische Vernutzung der Natur zum *Wohle der Menschheit* fokussiert und dabei im politischen Sinne als durchweg hegemonial erachtet werden kann (ibid. 100).

Insgesamt beschäftigen sich die aktuellen Diskurse, die den Umweltschutz, die Zerstörung der Natur und den Klimawandel betreffen, egal ob in der breiten Öffentlichkeit oder im politischen und wissenschaftlichen Mainstream, hauptsächlich mit Fragen der technischen Beherrschbarkeit der Natur. Dabei wird insbesondere eine Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz angestrebt. Diese Tendenz gründet auf einer neoliberalen, marktgesteuerten ökonomischen Strategie der Inwertsetzung der Natur (Karathanassis 2010: 37), die meisten Vorstellungen von Nachhaltiger Entwicklung sind also nach wie vor wachstumsdominiert (Luks 2001: 23). Es zeigt sich somit, dass die prominentesten und am meisten angewandten Ansätze zur Verringerung zunehmender Naturzerstörung und Ressourcenknappheit zunehmend mit den Interessen und Zielsetzungen einer kapitalistischen Wachstumsökonomie verknüpft und dieser dabei untergeordnet werden. Dies betrifft sogar den Bereich der regenerativen Energie, der zwar eigentlich eine zentrale Voraussetzung für die Realisierung einer nachhaltigen Gesellschaft darstellt, derzeit allerdings, aufgrund hegemonialer

Energiepolitiken, nicht als Ersatz, sondern vielmehr als Ergänzung fossiler Energieträger und damit wachstumsfördernd eingesetzt wird (Karathanassis 2010: 38). Ein klassisches Beispiel für eine derartige Strategie ist die Ökologische Modernisierung.

4.2.2.1 Die Ökologische Modernisierung

Die Ökologische Modernisierung ist die bereits im Brundtland-Report verfolgte, zentrale Strategie für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Sie erfreut sich breiter Akzeptanz, insbesondere in Wirtschaftskreisen sowie bei den großen politischen Parteien und zunehmend bei vielen Akteuren der Zivilgesellschaft, wie etwa Nichtregierungsorganisationen (NROs) oder einigen sozialen Bewegungen. Es handelt sich dabei um einen eindeutig technozentrischen Ansatz (Eblinghaus & Stickler 1998: 75). Hinter dem Konzept steht die Idee der Ökoeffizienz (Brangsch et al. 2012: 145), die darauf basiert, dass es durch die Rationalisierung von Stoffumsätzen zumindest zeitweilig möglich scheint, den grundsätzlichen Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie aufzuheben. Diese Lösung erweckt zunächst den Anschein einer Win-Win-Situation, schließlich wirken die Steigerung der Ressourcenproduktivität und die Stoffumlauf- und Energieeffizienz sowohl in ökonomischer Hinsicht kostendämpfend als auch ökologisch belastungsmindernd (Huber 2000: 2); Paech spricht in diesem Zusammenhang von der *Schimäre* einer *Tripple-Win-Logik*, da neben der ökonomischen und ökologischen auch die soziale Sphäre davon profitieren soll (Paech 2009: 215).

Insgesamt kommt dem Staat in derartigen Konzeptionen eine wichtige Rolle zu, soll er doch für geeignete Bedingungen sorgen, damit die ökologische Modernisierung nicht nur möglich, sondern auch erfolgreich ist. Mittels gesetzlich festgelegter ökologischer Standards und Anreize soll er regulierend in den Markt eingreifen, sodass die Energie- und Stoffumsätze kontinuierlich reduziert werden und der material- und energieintensive Industrialismus schließlich zu einem Ende kommt. Ein wesentlicher Faktor in diesem Prozess sind technologische Innovationen, die entsprechend gefördert werden sollen. Auf internationaler Ebene besteht die Aufgabe des Staates schließlich darin, sich in Verhandlungen für eine striktere Umweltpolitik einzusetzen, sofern die notwendigen ökologischen Standards nicht ohnehin durch die globale Konkurrenz entsprechend an- und ausgeglichen werden. Die Führungsrolle oder „*eine besonders hochgradige Verantwortung*“ (Brangsch et al. 2012: 146) käme in diesem Prozess demnach den technologisch am weitesten fortgeschrittenen Ländern

zu, nicht zuletzt auch aufgrund der Notwendigkeit von Technologietransfers (ibid.: 145 f.).

Symptomatisch ist eine derartige Konzeption demnach für die Wirtschafts- und Energiepolitik; schließlich wird die Vermeidung von Umweltproblemen anthropogenen Ursprungs heute als wichtige Aufgabe dieser Politikbereiche angesehen. Somit stellt das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung mittlerweile einen integralen Bestandteil derselben dar. Die Zielsetzung dabei ist, auf der Basis von technologischen Innovationen die negativen Folgen für die Umwelt bei gleichzeitiger Gewährleistung des Wachstums von Wirtschaft und Wohlstand zu reduzieren (Meyer 2009: 182).

Allerdings kritisieren Brangsch et al., dass bei der Ökologischen Modernisierung strukturelle gesellschaftliche Probleme, wie etwa soziale Ungleichheit, zentralisierte Wirtschaftsstrukturen, Gewaltproduktionen und die Militarisierung ausgeblendet werden. Problematisch sei außerdem die diskursive Reduktion der ökologischen Krise, da die Ressourcenverknappung oft nur im Zusammenhang mit fossilen, allenfalls noch atomaren Energieträgern thematisiert, Umweltverschmutzung hingegen hauptsächlich als Luftverschmutzung wahrgenommen werde. Eine nachhaltige Lösung sozialer und ökologischer Probleme sei daher nicht möglich (Brangsch et al. 2012: 146). Eblinghaus und Stickler verorten hinter der Idee der Ökologischen Modernisierung stattdessen vielmehr eine altbekannte Logik, denn während die Kosten für die Umweltkrise weiterhin vergemeinschaftet werden, werden die dadurch erwirtschafteten Profite von privaten Akteuren lukriert (Eblinghaus & Stickler 1998: 77).

'Ökologische Modernisierung' meint eine mehr oder weniger drastische Reduzierung der Stoff- und Energieumsätze sowie der klimaschädlichen Emissionen unter den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. (Brangsch et al. 2012: 146).

4.2.2.2 Neue Modewörter: Green New Deal und Green Economy

Obschon die Green Economy bis zu einem gewissen Grad bereits im Konzept der Ökologischen Modernisierung angelegt ist, scheint sich damit in letzter Zeit ein neuer Trend abzuzeichnen: Nachdem sich die effiziente Umsetzung nachhaltiger Politik als eher schwierig erwiesen hat, konzentrieren sich die Hoffnungen der Verantwortlichen aktuell auf das *Greening* der Wirtschaft. *Greening* meint dabei eine Steigerung des Umweltbewusstseins; die Wirtschaft soll einen nachhaltigen Wachstumspfad einschlagen (Brand 2012: 28). Laut UNEP, die das Konzept maßgeblich propagiert, soll das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung nicht dadurch ersetzt, sondern vielmehr operationalisiert werden; so stellt erstere das langfristige Ziel dar, während die Green

Economy den Weg dorthin bereiten soll (UNEP 2011: 2; vgl. Wissen 2012: 1). Denn, wie Brand feststellt, wird schließlich immer wieder *„behauptet, die Strategie nachhaltiger Entwicklung sei unwirksam, weil der politische Wille fehle und die umweltpolitischen Institutionen zu schwach blieben. Diesen Mangel soll die Green Economy beheben. Denn sie sei ein neues Wirtschaftsparadigma, das die Konzepte der nachhaltigen Entwicklung endlich konkret mache.“* (Brand 2013: 4)

Allerdings stellt er in weiterer Folge fest, dass es sich bei obiger Behauptung um eine äußerst verkürzte Ursachenanalyse handelt, da die Begründung, schwache politische Institutionen direkt auf den fehlenden politischen Willen, stärkere zu schaffen, verweist. Doch auch diese Feststellung stellt per se noch keine befriedigende Antwort dar; vielmehr müsse gefragt werden, wieso der entsprechende Wille fehlt. Brand argumentiert an dieser Stelle, dies sei dem unkritischen Festhalten vor allem der ökonomisch mächtigen Staaten am westlichen Lebens- und Produktionsmodell sowie der ungesteuerten kapitalistischen Globalisierung geschuldet (ibid.). In jedem Fall scheint das Konzept der Green Economy, im Gegensatz zu jenem der Nachhaltigen Entwicklung, über eine höhere Attraktivität für die relevanten ökonomischen Akteure zu verfügen, nicht zuletzt im Kontext des mittlerweile gesteigerten technologischen Potentials. Doch ähnlich wie bei der Nachhaltigen Entwicklung gibt es für die Green Economy keine einheitliche Definition (Brand 2012: 28), wenngleich die grundsätzlichen Elemente denen der ökologischen Modernisierung entsprechen (vgl. dazu Wissen 2012: 1).

Für Wissen ergeben sich die Unterschiede zwischen beiden Konzepten vor allem aus ihrer historischen Situierung sowie der respektiven geopolitischen Konstellation. So fällt die Debatte um die Nachhaltige Entwicklung mit dem Beginn der nördlich dominierten Globalisierung sowie der gleichzeitigen Schwächung des Globalen Südens zusammen, während die aktuelle Diskussion über die Green Economy in einer Zeit der Krise des neoliberalen Kapitalismus, die von bedeutenden geopolitischen sowie ökonomischen Verschiebungen zugunsten der sogenannten Schwellenländer begleitet ist, aufkommt (ibid.: 2). Daran zeige sich allerdings eine bedeutende Gemeinsamkeit: Beide Konzepte entstammen einer Situation, die von gesellschaftlicher Verunsicherung sowie Umbruch geprägt ist (ibid.: 3 f.). Allerdings war im Falle der Nachhaltigen Entwicklung bereits der Neoliberalismus im Begriff, zum neuen, hegemonialen gesellschaftlichen Projekt zu werden, während erstere, obschon sie durchaus vielen gesellschaftlichen Kräften reelle Anknüpfungspunkte bot, gar nicht erst

den Charakter eines solchen entwickelt hat; im Gegensatz dazu stehen die gegenwärtigen Entwicklungen unter den genau umgekehrten Vorzeichen: so befindet sich heute das neoliberale Projekt in einer tiefen Krise, während die Green Economy über das Potential zu verfügen scheint, den relevanten gesellschaftlichen Akteuren einen „neuen Wachstumszyklus unter sozial-ökologischen Vorzeichen“ (ibid. 7) zu eröffnen. Das mag Wissen zufolge auch ein Anzeichen dafür sein, dass „die Protagonisten des Fossilismus sich auf eine Situation einzustellen beginnen, in der ihnen mit der Erschöpfung wichtiger Ressourcen die materielle Geschäftsgrundlage entzogen zu werden droht“ (ibid 7 f.).

In diesem Kontext ist auch der Green New Deal zu verstehen. Dahinter verbirgt sich die Idee eines globalen, grünen Gesellschaftsvertrages, der weiterhin den Sachzwängen des Marktes untergeordnet ist. Das bedeutet jedoch, dass auch die sogenannten grünen Investitionen weiterhin unter Profitabilitätszwang stehen, sich mithin im Vergleich zu den bisherigen Anlagemöglichkeiten, die gerade in Zeiten der neoliberalen Liberalisierung nie dagewesene Gewinne versprochen und zum Teil eingehalten haben, rentieren müssen. Der Green New Deal als das grüne Projekt der Modernisierung des Kapitalismus ist daher ebenfalls von den Widersprüchen der Akkumulation geprägt. So weist Altvater darauf hin, dass die staatlichen Konjunkturprogramme zur Ankurbelung der Wirtschaft zwar manches grüne Element enthalten, dominant sind jedoch weiterhin jene Strategien, die in klassischer und konservativer Form Nachfrage und Konsum der Mittel- und Oberschichten stützen (Altvater 2011b: 126 f.).

Der Green New Deal ist das konservative Versprechen, die Produktions- und Lebensweise nicht ändern und Verteilungsfragen nicht aufwerfen zu müssen (ibid.: 127).

4.2.3 Kritische Anmerkungen zum aktuellen Stand der Debatte

Insgesamt entfernt sich der Nachhaltigkeitsdiskurs tendenziell vom engen Fokus auf den Umweltschutz und integriert verstärkt die soziale Dimension in die entsprechenden Konzeptionen (Fritsche & Behr 2010: 369). Die Bedeutung der kulturellen Basis für die Nachhaltige Entwicklung darf Grunwald und Kopfmüller zufolge nicht unterschätzt werden; schließlich werden technische oder sozio-technische Lösungen für die notwendige umfassende Transformation der Gesellschaft mit Sicherheit nicht ausreichen; Nachhaltige Entwicklung ist daher mehr als eine reine Management-

Aufgabe. Die zentrale Voraussetzung für ein Gelingen dieser Wende ist die Einbettung in ein breit verankertes, grundsätzliches Umdenken auf gesellschaftlicher Basis, das die Grundlagen des menschlichen Handelns und Entscheidens tangiert (Grundwald & Kopfmüller 2012: 230).

Allerdings merkt O'Connor an, dass der Nachhaltigkeitsdiskurs offensichtlich von vielen Unternehmen unterstützt wird, die dadurch versuchen, grüner und umweltfreundlicher zu werden beziehungsweise ein solches Image zu erlangen. Häufig werden sie dabei von NGOs und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen tatkräftig unterstützt, allerdings liegen die Motive der betreffenden Unternehmen weiterhin in der Steigerung der ökonomischen Profitabilität. Die oftmals nur rhetorischen und selektiven Praktiken des *Greening* auf Unternehmensebene dienen somit der Legitimation der hegemonialen Konsumkultur und der Hegemonie der Profitabilität (O'Connor 1994: 156 f.).

Zusammenfassend stellen Eblinghaus und Stickler daher fest, dass es sich bei der Nachhaltigen Entwicklung um ein integrales Konzept handelt, das auf bereits bestehende Konzepte, Diskurse und Topoi zurückgreift und diese in weiterer Folge modifiziert und/oder legitimiert. Die Neugruppierung und, zumindest partielle, Subsumierung der einzelnen Elemente unter diesem neuen gemeinsamen Dach könne dabei durchaus als Reaktion auf die Kritik an den jeweiligen Konzepten und Diskursen verstanden werden (Eblinghaus & Stickler 1998: 70). Zudem weisen die beiden darauf hin, dass sich Konzeptionen Nachhaltiger Entwicklung insgesamt durch eine „*weitestgehende Nichtthematisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen*“ (ibid. 12) charakterisiert lassen. Auch die historischen Ursachen von Ökologie- und Verteilungsfragen werden dabei, wenn überhaupt, nur ansatzweise diskutiert (ibid.).

4.3 Verschiedene Zugänge zum Thema Wachstum

Luks weist darauf hin, dass, trotz ihrer durchweg unterschiedlichen Einschätzungen ökonomischer Prozesse im Allgemeinen und teilweise auch hinsichtlich der Wachstumsperspektiven im Speziellen, letztlich keiner der großen klassischen Ökonomen unendliches Wirtschaftswachstum für möglich gehalten hat. Darin, so meint er, wären sich Adam Smith, Karl Marx, John Maynard Keynes und Joseph Alois Schumpeter einig. Allerdings haben sich die technischen Bedingungen des Wachstums seither gravierend verändert, sodass sich die heute quasi selbstverständliche Erwartung

technologisch beförderten Wachstums in der ökonomischen Theorie festgesetzt hat. Doch während sich die technischen Bedingungen radikal verändert haben, ist ein anderer Faktor beständig geblieben: die Natur, die einerseits Medium dieses Wachstums ist und es so überhaupt erst ermöglicht und ihm dabei andererseits definitive Grenzen setzt (Luks 2002: 61). Im Folgenden wird daher das Verhältnis von Wachstum und Nachhaltigkeit betrachtet. Dabei werden im Hinblick auf die Frage, ob ein nachhaltiges Wachstum überhaupt möglich ist, unterschiedliche Zugänge zum Thema vorgestellt.

4.3.1 Begriffliche Bestimmung

Zu Beginn der Diskussion ist die Bestimmung des Begriffs Wachstum notwendig. Prinzipiell lassen sich zwei Arten von Wachstum unterscheiden: quantitativ und qualitativ. Ganz allgemein wird die Veränderung einer bestimmten Messgröße über der Zeit, die sowohl positiv (Anstieg) als auch negativ (Rückgang) erfolgen kann, als Wachstum im quantitativen Sinn bezeichnet. Der Begriff Wachstum steht in der öffentlichen Debatte meist synonym für das Wirtschaftswachstum; allerdings handelt es sich dabei genau genommen um die relative Änderung der Wirtschaftskraft einer Volkswirtschaft von einer Periode zur nächsten, wobei das Bruttoinlandsprodukt den gängigsten Maßstab dafür abbildet. Unter qualitativem Wachstum wird hingegen ein Zuwachs an Lebensqualität verstanden (Hinterberger et al. 2009: 34 f.).

Prinzipiell ist das Wirtschaftswachstum, das eine noch immer viel zu wenig hinterfragte Selbstverständlichkeit darstellt, ein relativ junges Phänomen. So ist die Wirtschaft über einen Zeitraum von Jahrmillionen, wenn überhaupt, so nur marginal gewachsen. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts gewann dieses Phänomen im Zuge der industriellen Revolution zusehends an Bedeutung (Breitenfellner 2009: 101). Lange Zeit war die vorherrschende Meinung, dass Lebensqualität und Lebensstandard quasi automatisch verknüpft seien und damit ein höherer materieller Lebensstandard stets eine höhere Lebensqualität zur Folge hätte. Diese Ansicht ist auch heute noch weit verbreitet, denn obschon es seit den späten 1960er Jahren immer wieder einen kritischen, durchaus auch politisch geführten Diskurs zur Gültigkeit dieser Verknüpfung gegeben hat, der auch in den Wissenschaften, hier vor allem von der zunehmend aufkommenden internationalen Lebensqualitätsforschung aufgegriffen und weitergeführt wurde, konnten sich diese alternativen Einsichten seither of-

fensichtlich nicht dem „*realpolitischen Sog des technologiebetriebenen Fortschritts entziehen*“ (Trattnigg 2009: 12). So dominiert das Ziel der Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums weiterhin die staatliche und internationale Politik, auch wenn mittlerweile, angesichts von Phänomenen, wie der Entkopplung von Wachstum und Wohlstandszuwachs oder der sogenannten *Jobless Growth*, immer deutlicher wird, dass das Wachstum an sich seine Aufgabe als zentraler Problemlöser immer weniger zu erfüllen vermag (Hinterberger et al. 2009: 31).

4.3.2 Das Bild der Wachstumsspirale

Binswanger veranschaulicht die wachsende Wirtschaft durch die Metapher einer nach oben offenen Spirale, in der die Leistungs-/Güterströme und die entsprechenden Geldströme zwischen Unternehmungen und Haushalten dargestellt werden. Dabei unterscheidet sich dieses Modell von einem Kreislaufmodell vor allem dadurch, dass sich der Prozess des Wirtschaftens von Periode zu Periode weiter ausweitet, indem er sich nach oben öffnet. Im Zuge der Produktion werden die Leistungen der Natur ohne Gegenleistung in Besitz genommen, im Gegenteil: Die Natur muss zusätzlich mannigfaltige Umweltbelastungen, die sich aus den wirtschaftlichen Tätigkeiten der Produzenten ergeben, ausgleichen. Aus diesem Modell der Wachstumsspirale wird deutlich, dass es im Marktprozess weniger um die Erreichung einer effizienten Nutzung knapper Ressourcen oder um die Wiederholung einer effizienten Nutzung im Kreislauf von Produktion und Konsum geht, sondern vielmehr um die Überwindung dieser Knappheit. Dabei wird diese Überwindung als Verwandlung von Armut in Reichtum gedeutet, wenngleich dies nur durch die Inkaufnahme von Umweltbelastungen möglich ist (Binswanger 2006: 305 ff.).

Solange es genügend Räume gibt, die noch nicht monetarisiert sind, stößt das geldwirtschaftlich motivierte Wirtschaftswachstum nicht an definitive Grenzen. Allerdings tendiert die Wachstumsdynamik dazu, auch die letzten dieser verbliebenen, noch nicht wirtschaftlich erfassten Räume, wie etwa die Natur oder die Hausarbeit, schließlich doch zu erfassen und diese mithin in das kapitalistische Wirtschaftssystem zu integrieren (Breitenfellner 2009: 105).

Da der Staat, wie im Modell der *Treadmill of Production* erläutert, vom Wirtschaftswachstum abhängig ist (vgl. dazu Schnaiberg & Gould 1994: 70, Schnaiberg et al. 2000: 3), gerät er angesichts der Kollateralschäden, die dieses verursacht, in ein Di-

lemma; schließlich muss er sich neben der Ankurbelung des Wachstums um die Eingrenzung dieser Schäden kümmern. Dazu gehören unter anderem die Diskrepanzen zwischen dem Entwicklungsniveau der Industrieländer des globalen Nordens und der Länder in der südlichen Peripherie, die oft nur über einen eingeschränkten Zugang zum Kapitalmarkt verfügen, sowie Umweltschäden, die sich aus Abfällen und Emissionen aller Art ergeben und die zur Veränderung des Klimas sowie zur Verringerung des Lebensraumes beitragen. Als weitere, mit dem Wachstum verbundene Probleme sind die zunehmende Diskrepanz zwischen Wachstum und Beschäftigung, die ungleiche Binnenentwicklung, also jene der Einkommen in einer Region infolge der unterschiedlichen Eingliederung der einzelnen Haushalte in die wirtschaftlichen Prozesse sowie die damit verbundene soziale Unruhe zu nennen (Binswanger 2006: 360 f.).

4.3.3 Wachstum als zentrales Element der klassischen und neoliberalen Ökonomie

Binswanger argumentiert, dass die der Wachstumsspirale zugrundeliegende Interaktion in der modernen Wirtschaft in eine Dynamik integriert ist, die sowohl auf einem Wachstumsdrang als auch auf der Notwendigkeit der Fortsetzung dieses Wachstumsprozesses, quasi einem Wachstumszwang, beruht. Daher könne eben dieser Prozess nicht einfach in eine stationäre Wirtschaft mit Null-Wachstum übergehen, sollte sich diese Dynamik einmal nicht mehr fortsetzen – vielmehr würde der Wachstumsprozess in diesem Fall von einem kumulativen Schrumpfungsprozess abgelöst werden. Damit sei eine Sättigung auf hohem Niveau, also ein blosses Beharren auf dem einmal Erreichten im Kontext der modernen Wirtschaft nicht (mehr) möglich (Binswanger 2006: 307). Um einen Schrumpfungsprozess zu vermeiden, ist es also notwendig, dass der Investitions- beziehungsweise Kapitalisierungsprozess und somit das Wachstum der Produktion beständig am Laufen gehalten werden (ibid. 313). Nachhaltigkeit ist daher im ökonomischen Kontext entscheidend mit der Wachstumsfrage verbunden (Luks 2002: 61).

Growth economies do not know how to degrow. They collapse. (Kallis et al. 2012: 1)

4.4 Über die Vereinbarkeit von Wachstum und Nachhaltigkeit

Da das wirtschaftliche Wachstum einerseits eng an den Verbrauch von immer knapper werdenden natürlichen Ressourcen gebunden ist und dadurch andererseits zu immer mehr Abfällen und Emissionen führt, stellt es in dieser Form eine Bedrohung für die Natur, den Menschen und die Wirtschaft selbst dar. Um eine Lösung für aktuelle wie zukünftige Probleme zu finden, erscheint es daher dringend notwendig, Alternativen zu einem rein auf quantitativem Wachstum beruhenden Wirtschaften zu entwickeln. Allerdings merken Hinterberger et al. an, dass ein anhaltender Wachstumsrückgang als Konsequenz nachhaltiger Entwicklung bisher nur wenig untersucht worden ist (Hinterberger et al. 2009: 31).

4.4.1 Verschiedene Arten des Wachstums

Die zuvor angesprochene Frage nach den Grenzen des Wachstums bedarf zunächst der Klärung, welches Wachstum damit gemeint ist. Was die Grenzen anbelangt, so kann es sich dabei um soziale oder ökologische handeln. Ekins unterscheidet generell drei unterschiedliche Typen von Wachstum (Ekins 1993: 270):

1. Wachstum des Durchsatzes der stofflichen Ressourcen, mithin der Umweltbelastungen
2. Wachstum der Wirtschaft, zumeist gemessen am BIP
3. Ansteigen des Lebensstandards.

Diese Unterscheidung vollzieht sich also entlang der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie und soziale Sphäre; Luks 2002: 62), wobei die Beziehungen dieser drei Typen zueinander durchaus verschieden sind. Angesichts der prinzipiellen Intention der dauerhaften Sicherung der Bedürfnisbefriedigung sollte der Steigerung der Lebensqualität zentrale Bedeutung im Rahmen der Diskurse um eine Nachhaltige Entwicklung zukommen, während andererseits das Ansteigen der Umweltbelastungen auf die ebenfalls maßgebliche ökologische Dimension rekurriert. Diese Dimensionen sind allerdings nicht direkt gekoppelt: Ein Ansteigen der Lebensqualität geht nicht automatisch einher mit einem Mehr an Umweltbelastung. Allerdings spielt das wirtschaftliche Handeln eine entscheidende Rolle in der Vermittlung zwischen diesen beiden Momenten, wodurch sich die ökonomische Dimension von Nachhaltiger Entwicklung erschließt. Die Kopplung beziehungsweise Entkopplung

dieser drei Arten des Wachstums erweist sich somit als maßgeblicher Zusammenhang für die Zielsetzung, und damit auch die entsprechenden Vorstellungen von Nachhaltiger Entwicklung (Luks 2001: 23 f.). Eine Überwindung der ökologischen Grenzen wäre demnach vor allem durch eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der materiellen Produktion möglich (Ekins 1993: 272).

Da wirtschaftliche Prozesse einer beständigen Tendenz zur Veränderung unterliegen, ist es zumindest kurzfristig tatsächlich möglich, dass die Wirtschaft wachsen kann, ohne dabei mehr Umwelt zu verbrauchen. Es ist allerdings eine der umstrittensten Fragen innerhalb des Nachhaltigkeitsdiskurses, inwieweit eine langfristige Entkopplung von Umweltverbrauch und Wirtschaftsleistung möglich ist. Eine viel bedeutendere Rolle kommt daher der Entkopplung von Lebensqualität und Wirtschaftswachstum zu, wobei erstere jedoch eine Größe darstellt, die als autonomer Faktor sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der ökologischen Wachstumsdebatte leider immer noch zu kurz kommt. Allerdings stellt sich dabei die schwierige und durchaus nicht neue Frage, wie die Lebensqualität, eben unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, gemessen werden kann (Luks 2002: 63). Im Folgenden sollen kurz verschiedene Ansätze präsentiert werden, die sich mit jeweils unterschiedlichen Formen der Entkopplung dieser Zusammenhänge beschäftigen.

4.4.2 Vom Wachstum der Grenzen

Verschärfte Bestimmungen hinsichtlich des Schutzes der Umwelt im Zuge der Debatte um die Grenzen des Wachstums wurden nicht nur von der Wirtschaft, sondern auch von staatlicher Seite sowie internationalen Organisationen als durchaus bedrohlich empfunden, da sie sich tendenziell negativ auf den Durchsatz von Ressourcen in der Weltwirtschaft auswirken. Diese Sorgen werden bereits im Brundtland-Bericht aufgegriffen (Hildyard 1994: 50). Eine der langfristigen Reaktionen auf das Dilemma war daher die Idee des qualitativen Wachstums, die, auf Basis technologischer Innovationen, die Vereinbarkeit von Umweltschutz und permanenter ökonomischer Expansion verspricht (Paech 2009: 215). Ihren Ausdruck findet diese Idee im Konzept der Ökologischen Modernisierung, respektive der Green Economy, die als maßgebliche Strategie im Mainstream-Nachhaltigkeitsdiskurs bereits konzeptuell vorgestellt wurde. Dabei erfreut sich das Konzept nach wie vor großer Beliebtheit, und wird aktuell von der OECD als zentrales Element Nachhaltiger Entwicklung und

somit als Antwort auf die Herausforderung, dem doppelten Anspruch sowohl auf wirtschaftlicher Entwicklung als auch auf ökologischer Nachhaltigkeit zu genügen, propagiert (OECD 2011: 10 f.). Ursprünglich ausgehend von den Grenzen des Wachstums wird heute diskursiv wieder vielmehr von einem Wachstum der Grenzen gesprochen (Altvater 2011b: 122 ff.). An dieser Stelle ist zwar keine ausführliche Diskussion der Problematik möglich, dennoch soll zumindest kurz auf das tatsächliche ökologische Potential der dieser Strategie zugrundeliegenden Effizienzsteigerungen eingegangen werden.

4.4.3 Green Growth

Meyer kommt in seiner praktischen Analyse der technologischen Effizienz im österreichischen Energiesektor hinsichtlich der Emission von Treibhausgasen zu dem Schluss, dass die *technologische Nachhaltigkeitshypothese* – zumindest gegenwärtig innerhalb der Energiewirtschaft – verworfen werden muss, da der technologische Fortschritt bei der aktuellen Steigerungsrate von Energieeffizienz und Wirtschaftswachstum nicht das Potenzial hat, die schädlichen Emissionen zu senken. Grundsätzlich hält sie fest, dass sich diese Erkenntnis nicht auf den österreichischen Raum beschränkt, sondern unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen ein allgemeingültiges Entwicklungsmuster darstellt – schließlich steigen, erheblichen Verbesserungen in der Energieeffizienz zum Trotz, die Emissionen nahezu weltweit. Paradoxe Weise ist nicht zuletzt das technologisch bedingte Wachstum von Wohlstand und Einkommen selbst dafür verantwortlich, dass die Nachfrage nach energie- und ressourcenintensiven Produkten weiterhin steigt und die realisierten technischen Effizienzgewinne somit überkompensiert werden (Meyer 2009: 189).

Generell lassen sich, spätestens seit den 1970er Jahren insbesondere im Energiesektor und damit nicht zuletzt im Kontext der beiden Ölkrisen, erhebliche Effizienzsteigerungen feststellen. Diese hatten, aufgrund des Effektes langfristiger Kostenersparnisse, positive Auswirkungen auf die Profitrate. Was allerdings die ökologische Dimension anbelangt, hat sich leider gezeigt, dass die Entkoppelung von ökonomischem Wachstum und steigendem Schadstoffausstoß bisher nicht dauerhaft möglich war. Da die Effizienzsteigerungen in einzelnen ökonomischen Prozessen vom gesamten Wirtschaftswachstum überkompensiert wurden, kam es in dieser Zeit auch zu einem absoluten Anstieg des Energieverbrauchs und der damit verbundenen

Schadstoffemissionen, denn schließlich ist nicht die Ineffizienz die tatsächliche Ursache der Naturzerstörung im Kapitalismus (Karathanassis 2010: 37; vgl. dazu auch Hinterberger et al. 2009: 32). Vielmehr führt das Wachstum von Wohlstand und Einkommen zu einer kontinuierlichen Nachfrage nach energierelevanten Produkten und Serviceleistungen, während die Substitution von Energieträgern gegenwärtig keinesfalls das entsprechende Niveau erreicht hat, um trotz erhöhtem Energieverbrauch gegensteuern zu können (Meyer 2009: 189 f.).

Es zeigt sich in diesem Zusammenhang, dass es unumgänglich ist, zwischen relativen und absoluten Verbesserungen zu unterscheiden, da Nachhaltigkeit im ökologischen Sinn absolute Verbesserungen voraussetzt: Mit der gleichen Menge an Input mehr zu produzieren, stellt zwar eine relative Verbesserung dar, doch besteht dabei die Gefahr, dass diese durch die Wachstumsgewinne übermäßig aufgewogen werden. Relative Verbesserungen müssen daher zu einem tatsächlichen Rückgang der Umwelteingriffe führen, um tatsächlich nachhaltig zu sein (Luks 2002: 63).

4.4.4 Wachstums- und Entwicklungszyklen: Die Theorie der langen Wellen

Eine hinsichtlich der Frage nach der Möglichkeit und dem Potential einer sozioökologischen Transformation relevante Theorie ist jene der langen Wellen oder der techno-ökonomischen Paradigmen (*techno-economic paradigms*, TEP). Sie verbindet die von Kondratieff geprägte Theorie der langen Wellen der ökonomischen Entwicklung mit Schumpeters evolutionärer ökonomischer Theorie; diese geht davon aus, dass radikale technische Innovationen das zentrale Moment der zyklischen Dynamik eines kapitalistischen Systems darstellen. In diesem Sinne werden Kondratieff-Wellen als Abfolge techno-ökonomischer Paradigmen verstanden, wobei diese jeweils auf einer entscheidenden technischen Innovation, wie zum Beispiel der Dampfmaschine, dem Automobil oder der Mikroelektronik, einem zentralen Input, etwa Kohle, Öl oder Mikrochips, und einer entsprechenden Branche als Träger dieser Entwicklung, wie die Eisenbahn oder die Automobil- und Computerindustrie, basieren. Seit der industriellen Revolution haben bisher insgesamt fünf dieser TEPs die kapitalistische Entwicklung geprägt. Charakteristisch für deren Abfolge ist, dass sie einerseits Phasen ausgedehnten ökonomischen Wachstums und andererseits unweigerlich sozioökonomische Krisen mit sich bringen; letztere sind allerdings auch Zeiten der „*kreativen Zerstörung*“ (Hausknost & Haas 2013: 10), aus denen typischerweise die jeweils neue

Welle hervorgeht. Diese Abfolge transformiert daher die Gesellschaft in ökonomischer und technologischer Hinsicht. Die Transformationen sind jeweils von neuen, dominanten Formen von Arbeit und Industrie sowie damit einhergehenden Veränderungen im politischen System charakterisiert (ibid.: 10 f.).

Potentielle Kandidaten als Schlüsseltechnologien für die nächste Transformation sind vor allem die Bio- und Nanotechnologie, zudem könnte die Informationstechnologie weiteres Potential in diese Richtung bieten. Allerdings stellt sich die bedeutende Frage, ob diese Technologien in der Lage sind, eine nachhaltige Transition zu befördern (ibid.: 11). So zeigen Hausknost und Haus in ihrer Analyse, dass sich alle bisherigen Kondratieff-Wellen innerhalb des fossilistischen Energieregimes ereignet haben. Eine neue TEP müsste daher nicht nur auf einem neuen, durch sie geschaffenen, dekarbonisierten Segment wachsender Industrie basieren, sondern auch die Dekarbonisierung der bereits bestehenden, weiter wirkenden Sektoren ermöglichen. Parallel dazu müsste die Nachhaltige TEP zu weiterem Wachstum und ökonomischer Expansion beitragen. Wie die Autoren in ihrer Analyse ausführen, sind diese divergierenden Anforderungen von der aktuell verfügbaren Technologie nicht zu bewältigen (ibid. 15).

4.4.5 Degrowth und die Postwachstumsökonomie

Alternativen zum Festhalten am Wachstumsdiskurs im Rahmen der Green-Growth-Debatte stellen der Degrowth-Ansatz oder die in diesem Kontext von Paech skizzierte *Postwachstumsökonomie* (Paech 2009; 2013) dar. Der Begriff Degrowth kommt ursprünglich aus dem Französischen (*décroissance*), wo er durchwegs positiv besetzt ist; allerdings geht diese positive Konnotation in den Übersetzungen zumeist verloren. Nachdem die durch den Bericht an den Club of Rome über die Grenzen des Wachstums angestoßene Kritik am Wachstumsparadigma im Zuge der Überwindung der Ölkrise und dem nachfolgenden positiven Wachstumstrend der 1980er und 1990er Jahre in Vergessenheit geraten war, kommt in letzter Zeit, angesichts der vielfältigen Krisendynamik, die sowohl von ökologischen als auch sozialen Aspekten geprägt ist, wieder verstärkt ein Bewusstsein dafür auf, dass Wachstum und Nachhaltigkeit womöglich doch nicht kompatibel sind (Cattaneo et al. 2012: 515).

Grundsätzlich wird diese Inkompatibilität von den Befürwortern derartiger Ansätze auf mehreren Ebenen argumentiert; beispielsweise nennt Paech insgesamt fünf Gründe, weshalb weitere Zuwächse des BIP keine realistische Option für die Zukunft

darstellen. Abgesehen davon, dass dauerhaftes Wachstum allein schon an den absehbaren Ressourcenengpässen scheitert, stellt es auch keine nachhaltige Lösung für Fragen der Verteilungsgerechtigkeit dar, denn die Disparitäten in diesem Bereich werden durch das Wachstum an sich nicht verringert (Paech 2013: 200). Zudem hat sich im Rahmen der sogenannten Glücksforschung herausgestellt, dass die Erhöhung eines bestimmten Wohlstands- beziehungsweise Einkommensniveaus zu keinem weiteren Zuwachs des persönlichen Glücks führt (ibid.; ders. 2009: 216 f.). Zumindest indirekt ist der Wachstumsdrang des Weiteren auch verantwortlich für die in letzter Zeit gehäuft auftretenden, jedoch nahezu unbeherrschbaren Finanzkrisen und nicht zuletzt geht er unweigerlich mit der weiteren Schädigung der Ökosysteme einher (Paech 2013: 200).

Allerdings handelt es sich bei Degrowth nicht nur um rein ökonomische Prozesse, sondern vielmehr um ein radikales soziopolitisches Projekt. Es geht dabei um mehr als den bloßen Versuch, durch die Reduktion von Produktion und Konsum auf biophysischer Ebene innerhalb bestimmter Grenzen zu bleiben, insbesondere da derartige Projekte Cattaneo et al. zufolge sehr anfällig für autoritäre und antidemokratische Entwicklungen wären. So zeichnet sich das Degrowth-Projekt durch einen breiteren gesellschaftlichen Fokus aus: Unter dem Motto *Reescaping the Economy* sollen wirtschaftliche Aufgaben und Entscheidungen wieder in die soziale und politische Sphäre eingebettet werden. Dies würde mit einer allgemeinen Intensivierung demokratischer Prozesse einhergehen, das demokratische System also insgesamt repolitisiert werden (Cattaneo et al. 2012: 515 f.).

In eine ähnliche Richtung geht Paechs Konzeption der *Postwachstumsökonomie*. Auch er plädiert für strukturelle Reformen, die systemimmanente Wachstumszwänge abschwächen und andere Formen des Wirtschaftens ermöglichen sollen (Paech 2013: 216). Da die „ökologische Entkopplung des BIP-Wachstums systematisch fehlschlägt“ (ibid.: 211), sei der einzig gangbare Weg für die weitere Entwicklung der aktuellen Industriegesellschaften die schrittweise Reduzierung industriell-arbeitsteiliger Versorgungssysteme auf ein räumlich und zeitlich übertragbares Niveau. Von fundamentaler Bedeutung für die Postwachstumsökonomie ist die sozialverträgliche und ökonomisch resiliente Gestaltung dieses Rückbaus (ibid.).

Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang mithin die Überwindung vollständig fremdbestimmter Lebensstile; Suffizienz- und Effizienzleistungen sind daher

die elementare Voraussetzung für eine Wirtschaft ohne Wachstum. Es geht dabei also um Genügsamkeit, Reduktion und manuelle Selbstversorgung. Allerdings sind diese Leistungen für Paech vor allem auf der individuellen Ebene anzusiedeln, es sei daher nicht möglich, sich auf technologische Innovationen oder die Politik zu verlassen. Andererseits geht mit dem Erreichen zunehmend hoher Fremdversorgungsstufen die Eigenständigkeit systematisch verloren (ibid.: 201), befinden wir uns doch aktuell in Folge unseres hochverdichteten Lebensstils in einer *Bequemokratie*, in der nahezu alles in vorgefertigter Form abgerufen und auch gleich wieder fallengelassen werden kann (ibid: 204 f.).

5. Nachhaltige Entwicklung und die EU

In diesem Kapitel wird die Institutionalisierung der Nachhaltigen Entwicklung auf EU-Ebene betrachtet. Dafür wird zunächst der generelle Kontext der EU – ihre Ursprünge und die weitere Entwicklung sowie die dominanten Leitbilder und ihre strategische Ausrichtung, vorgestellt, um so ein besseres Verständnis für die ihr eigene Art der Adaption des Konzepts der Nachhaltigen Entwicklung zu entwickeln. Schließlich wird auch die Krise in Europa thematisiert; dies nicht nur aus aktuellem Anlass, sondern weil, wie bereits im letzten Kapitel angemerkt, ihre Dynamik sowie die Reaktionen darauf den richtungsweisenden Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte darstellen.

Nach einer allgemeinen Thematisierung des Verhältnisses von Nachhaltigkeit und Entwicklung im globalen Zusammenhang wird die Rolle der EU im Weltsystem sowie im Rahmen der EZA weiteres zentrales Thema sein. Anschließend wird die allgemeine Nachhaltigkeitsstrategie der EU präsentiert, fokussiert zunächst auf ihren Entstehungskontext, um darauf aufbauend die Art und Weise ihrer praktischen Institutionalisierung näher beleuchten zu können. Von maßgeblicher Bedeutung erscheint zudem das Verhältnis zwischen der zentralen Lissabon-Strategie und der EU SDS. Im Anschluss daran wird der Einfluss der Nachhaltigkeitsstrategie auf das Verhältnis der EU zu der durchaus heterogenen Gruppe der Staaten des Globalen Südens beziehungsweise auf ihre EZA diskutiert.

5.1 Das Wesen der EU

Die Europäische Union ist ein Staatenverbund mit mittlerweile 28 Mitgliedsstaaten. Als solcher ist sie die weltweite größte Handelsgruppe sowie die wichtigste Geberin im Bereich der EZA und der humanitären Hilfe (Laursen 2009: 19). Sie ist zudem als größte Einheit regionaler Integration ein klassisches Beispiel aus der im globalen Kontext mittlerweile immer bedeutenderen Gruppe der internationalen Körperschaften, deren zunehmendes Entstehen nicht zuletzt durch die gesteigerte weltweite Vernetzung begünstigt wird (Pirgmaier 2008: 4). Aktuell verfügt der Großraum EU nach China und Indien über die drittgrößte Bevölkerungszahl der Welt: Auf einer Fläche von 4 Millionen km² leben in etwa 503 Millionen Menschen, wobei die Bevölkerung bedingt durch natürliches Wachstum und Nettoimmigration stetig anwächst. Gleichzeitig wird die Bevölkerung aufgrund steigender Lebenserwartung sowie sin-

kender Geburtenraten immer älter. Die EU hat sich laut eigenen Angaben zum Ziel gesetzt, die Lebensstandards zu verbessern, indem sie die Umwelt schützt, die Schaffung von Arbeitsplätzen anregt, regionale Ungleichheiten abbaut sowie den Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur forciert, um abgelegene Gebiete besser anbinden zu können (Eurostat 2013).

Amin stellt fest, dass die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg als Glückssträhne in der westeuropäischen Geschichte bezeichnet werden kann – schließlich konnten die betroffenen Staaten die seit 1913 gegenüber den Gewinnern respektive Nutznießern der beiden Weltkriege entstandenen Rückstände innerhalb von wenigen Jahrzehnten auf- und selbst die USA dadurch nahezu einholen. Die Bilanz des europäischen Projekts fällt zunächst, in der ersten Zeit ihres Bestehens, demnach positiv aus (Amin 1997: 99).

5.1.1 Entstehungskontext

Eine eingehende und detaillierte Einführung in die Geschichte der Europäischen Union ist hier weder möglich noch thematisch sinnvoll. Dennoch erscheint ein kurssorischer Überblick über die wichtigsten und die für den Zusammenhang dieser Arbeit bedeutsamen Stationen und Entwicklungen angebracht. Damit soll der ökonomische Charakter der Union betont werden, der in der allgemeinen Rezeption oftmals zu wenig beachtet wird, aber gerade im Hinblick auf das Verhältnis zur Natur im Allgemeinen sowie die Institutionalisierung der Nachhaltigen Entwicklung im Speziellen von entscheidender Bedeutung zu sein scheint.

5.1.1.1 Die EKGS als Vorläufer der Union

Die heutige EU ist das Resultat eines Prozesses, der Mitte des letzten Jahrhunderts mit der Gründung der ersten transnationalen europäischen Organisation, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS), in den 1950er Jahren seinen Anfang nahm (Pinder & Usherwood 2007: 1). Einer der zentralen Beweggründe war neben politischen Motiven der Wille zur Förderung der wirtschaftlichen Prosperität, der die weitere europäische Integration nachhaltig prägte und noch immer prägt. Die Mitglieder dieser ersten Montanunion waren Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien und die Beneluxstaaten Belgien, Niederlande sowie Luxemburg. Im Hinblick auf die genannten politischen Motive verweist Pfetsch auf das Streben

nach einem innereuropäischen Gleichgewicht sowie die damit im Zusammenhang stehende Idee, dominantere Mächte in breitere Strukturen einzubinden; zudem spielte auch die spezielle geopolitische Situation eine Rolle: So sollte dem drohenden Verlust der europäischen Stellung mit dem Konzept der *Dritten Kraft* neben den USA und der Sowjetunion begegnet und ein Gegengewicht zum Expansionismus der letzteren etabliert werden (Pfetsch 2001: 19 ff.).

Ursprünglich sollte die EGKS zusammen mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) den Grundstein für die europäische politische Gemeinschaft (EPG), die auf ein föderal aufgebautes Europa abzielte, legen. Das Projekt scheiterte jedoch an der Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung; es kam daher nur zur Gründung der EGKS als einer sektoral integrierten transnationalen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Beweggründe dafür waren laut der Präambel des entsprechenden Vertrages der Weltfriede, ein organisiertes Europa als Beitrag zur Zivilisation, eine gemeinsame Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, die Hebung des Lebensstandards sowie die Beilegung jahrhundertealter Rivalitäten (ibid.: 31 f.).

5.1.1.2 Die Entstehung der EWG

Nach dem Scheitern der EVG konzentrierten sich die Gründungsmitglieder der EKGS auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit. So wurde 1958 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) geschaffen. Damit wurde das Konzept des gemeinsamen Marktes auf den gesamten gegenseitigen Handel der Mitgliedsstaaten ausgedehnt, der Weg ging in Richtung einer integrierten Wirtschaft, die der Logik der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Mitgliedsstaaten gerecht werden sollte. Dank der französischen Bemühungen um einen gemeinsamen, nach außen einheitlichen Zoll zur Flankierung des gemeinsamen Marktes war es der EWG schließlich sogar möglich, mit den USA über ausgeglichene Bedingungen zu verhandeln. Hier zeigt sich bereits das Potential der Gemeinschaft, ein mächtiger Akteur im internationalen Staatensystem zu werden (Pinder & Usherwood 2007: 4). Grundsätzlich basierte die EWG auf den 1958 unterzeichneten Römischen Verträgen. Parallel zu einer viele unterschiedliche Sektoren umfassenden Wirtschaftsgemeinschaft wurde damit eine gemeinsame Zollbarriere gegen den Rest der Welt aufgebaut (Pfetsch: 39 f.). Im Inneren des gemeinsamen Marktes hingegen sollte freier Personen-, Waren- und Kapitalverkehr herrschen, wofür eine entsprechende Koordinierung sowie

die Harmonisierung der unterschiedlichen nationalen politischen Strategien notwendig waren (Weidenfeld 2013: 73).

Im Schatten des gerade erst überstandenen zweiten Weltkrieges war zur Absicherung eines dauerhaften Friedens der Zusammenschluss zu einer Gemeinschaft ein wirkmächtiges politisches Motiv, allerdings wäre diese ohne eine entsprechende wirtschaftliche Performance nicht erfolgreich gewesen. Der Prozess der Vergemeinschaftung gehorchte daher von Anfang an sowohl einer ökonomischen als auch einer politischen Logik. So ist auch der Fall der Grenzen zwischen den Mitgliedsstaaten vor allem der Tatsache geschuldet, dass diese als hinderlich für die wirtschaftliche Produktion angesehen wurden, während der gemeinsame Markt, der die Grenzen ersetzte, in ökonomischer Hinsicht durchaus erfolgreich war (Pinder & Usherwood 2007: 3 f.).

5.1.2 Weitere Entwicklung

Insgesamt ist das System der europäischen Organisation sowie Integration weniger als ein von unten kommender Prozess anzusehen, vielmehr ist es durch Entscheidungen auf Ebene der Eliten charakterisiert (Pfetsch 2001: 68). Nachdem lange Zeit hinsichtlich der Integration auf der politischen Ebene keine Einigung erzielt werden konnte, wurde zunächst nur der kaum auf nennenswerte Widerstände stoßende Aufbau des gemeinsamen Marktes vorangetrieben, während die bestehenden nationalen Strukturen im Hinblick auf die sozialen und politischen Regelungen nahezu unangetastet blieben. Amin merkt hierzu an, dass die bloße Markttöffnung ihrem Wesen nach vor allem das Kapital stärkt und somit dessen Position im antagonistischen Verhältnis zur Arbeit verbessert. Um das Gleichgewicht zwischen beiden Polen zu erhalten, ist es jedoch notwendig, flankierende Maßnahmen für den Markt zu treffen, die im Maßstab des erweiterten gemeinsamen Marktes wenigstens für jenes Mindestmaß an Funktionsbedingungen im Verhältnis von Kapital zu Arbeit sorgen, das auch im nationalen Rahmen wirksam war (Amin 1997: 102 ff.). Wie diese Vergemeinschaftung der sozialen und politischen Ebene umgesetzt wurde, wird ein Blick auf die weitere Entwicklung noch zeigen. Insbesondere, ob dadurch die von Amir kritisierte Dominanz des Kapitals tatsächlich gebändigt wurde, bleibt fraglich.

Die zunächst positive Bilanz der EWG in der ökonomischen und sozialen Entwicklung ist für Amin eindeutig das Verdienst des bereits angesprochenen Kompromisses

zwischen Arbeit und Kapital, der sich im besonderen Klima des Wiederaufbaus nach den beiden Weltkriegen in bis dahin einmaliger Form manifestierte. Das Ergebnis dieses Kompromisses war der fordistische Wohlfahrtsstaat als Basis für das außerordentliche Wachstum der Nachkriegszeit. In diesem Kontext des national orientierten Wohlfahrtsstaates führte die Markttöffnung zunächst auch nicht zur Verschärfung, sondern eher zum Abbau der Ungleichheiten zwischen den Ländern (ibid.: 104 f.). Andererseits betont Amin nochmals:

Ohne organisierte Gegengewichte und nachdrückliche staatlich-politische Unterstützung für sie hat die Öffnung der Märkte stets, statt die Ungleichheiten zu verringern, eine polarisierende Wirkung. (ibid.: 105).

5.1.2.1 Europäische Erweiterung und Integration

Schon die EGKS als erste Integrationsgemeinschaft war von Anfang an auf Offenheit für weitere Mitglieder ausgelegt, wobei sich der Beitritt neuer Mitglieder zum Einen auf das institutionelle Gefüge sowie die Machtarchitektur der Union auswirkt und dabei andererseits ihr grundsätzliches Wesen sowie die künftige Entwicklung prägt. Nachdem Frankreich in den 1960er Jahren die Beitrittsgesuche Großbritanniens und Norwegens zunächst mehrmals erfolgreich blockiert hatte, begann nach dem Rücktritt Charles de Gaulles in den 1970er Jahren schließlich die erste Erweiterungsrunde, die sogenannte Norderweiterung, in den 1980er Jahren folgte die Süderweiterung. Beide Erweiterungsunden hatten eine kontinuierliche Verschiebung in der politischen Architektur der EU zur Folge, wodurch der bisherige Entwicklungstrend mit der Zielperspektive einer politischen Einigung von einem stärker ökonomisch akzentuierten Ansatz verdrängt wurde. Nachdem in den 1990er Jahren Österreich, Schweden und Finnland beigetreten waren, folgte nach der Jahrtausendwende die Osterweiterung, die jedoch mittels spezieller Heranführungsstrategien in Form von Assoziierungsabkommen lange vorbereitet worden war (Weidenfeld 2013: 28 ff.). Aktuell wird die europäische Integration, langsam und beständig vor allem auf dem Balkan und im Osten vorangetrieben; es handelt sich dabei um einen anhaltenden Prozess.

5.1.2.2 Institutionelle Reform

Bereits seit Anfang der 1970er Jahren verlangte die Integration aufgrund der Erfüllung der zentralen Pfeiler der Römischen Verträge, wie etwa der Einrichtung gemeinsamer Institutionen, der Vergemeinschaftung wichtiger Politikfelder, allen voran der Landwirtschaft, der zumeist friedlichen Nutzung der Atomenergie, der Zollunion und

der Freizügigkeit, nach der Ergänzung durch weitere Maßnahmen: Einerseits bedingte die institutionelle Stagnation die Einrichtung neuer Institutionen und die Reform bereits bestehender Organe, andererseits bedurfte der gemeinsame Markt der Ergänzung durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik. Hier wurde zunächst das Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bis 1980 formuliert, die aufgrund von grundsätzlich unterschiedlichen wirtschafts- und integrationspolitischen Ansätzen sowie der krisenhaften Entwicklung in den Mitgliedsstaaten nicht entsprechend umgesetzt wurde. Allerdings erwirkte die seit Mitte der 1970er Jahre implementierte Inflationsbekämpfung im Laufe der Zeit schließlich eine Annäherung der Wirtschafts- und Währungspolitiken, die schließlich die Gründung eines Europäischen Währungssystems (EWS) mit dem Kern eines gemeinsamen Wechselkursmechanismus ermöglichte (ibid. 77 f.).

Nachdem sich die Wirtschaften aller EG-Mitglieder seit Mitte der 1970er Jahre in einer Krise befanden, wobei die ungünstige Entwicklung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die ökonomischen Probleme im Inneren der Gemeinschaft zu immer stärkeren Widersprüchen zwischen Gemeinschaftsinteressen und nationalstaatlichen Anliegen führten, wuchs die Gefahr, dass erfindungsreicher nationaler Protektionismus den gemeinsamen Markt aushöhlen würde – ein Prozess der Entsolidarisierung machte sich zunehmend bemerkbar. Parallel dazu wirkte sich die institutionelle Schwäche in dieser schwierigen Situation besonders ungünstig auf die Handlungsfähigkeit aus (ibid.: 81 f.). Diesem Geschehen sollte schließlich in den 1980er Jahren mit der geplanten Gründung der Europäischen Union entgegengewirkt werden (ibid.: 84). 1985 wurden auf dem Mailänder Gipfel die dafür notwendigen Weichen durch die Erarbeitung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) gestellt, die im selben Jahr auf dem Gipfel von Luxemburg verabschiedet wurde. Von langfristiger und struktureller Bedeutung waren unter anderem die geplante Vollendung des Binnenmarktes sowie die Festlegung zentraler Kompetenzen der Gemeinschaft auch in Bereichen, die in den Römischen Verträgen nicht oder nur am Rande erwähnt worden waren, wie etwa im Bereich der Umwelt-, Forschungs- und Technologie- sowie der Sozialpolitik (ibid.: 86 f.).

Angesichts von Vertiefung und Erweiterung stand die EG Anfang der 1990er Jahre bereits vor neuen Herausforderungen, die zu gleichzeitigen Bestrebungen sowohl in Richtung der bereits seit längerem zur Debatte stehenden WWU als auch hin zur Gründung einer politischen Union führten. Zentrale Bedeutung kommt hier dem Ver-

trag von Maastricht (1991) als bis dahin weitreichendste Reform der Römischen Verträge zu. Im Jahr darauf wurde der Vertrag zur Gründung der Europäischen Union beschlossen (ibid.: 89 f.). Die folgenden Erweiterungen erforderten ebenfalls eine institutionelle Reform. Allerdings gelang es den Mitgliedsstaaten lange nicht, sich zu einigen; erst nach drei gescheiterten Versuchen trat schließlich 2009 der Vertrag von Lissabon in Kraft (Stratenschulte 2010).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Prozess der europäischen Integration von fortwährenden Schritten und Initiativen geprägt ist, den Integrationsprozess ökonomisch zu vertiefen, zu erweitern und schließlich zu konstitutionalisieren, um den dadurch geschaffenen Wirtschaftsraum über eine vertraglich und institutionell abgesicherte Handlungsarena politisch zu gestalten (Beckmann et al. 2003: 8). Was die Integration anbelangt, so gestaltet sich diese seit den 1980er Jahren tendenziell zunehmend wettbewerbsorientiert – ein Effekt, der auf die Reihe der bedeutenden ökonomischen Projekte, wie etwa den EG-Binnenmarkt, die WWU sowie zuletzt die Finanzmarktintegration zurückzuführen ist (Bieling 2003: 41).

5.1.2.3 Die neoliberale Rekonfiguration Europas

Der in den 1980er Jahren einsetzende Prozess der neoliberalen Restrukturierung äußert sich im Inneren der EU vor allem auf zwei Ebenen: der Deregulierung und Liberalisierung der nationalen Ökonomien innerhalb des Binnenmarktprogramms sowie der Ökonomischen und Monetären Union (EMU), welche die Europäische Zentralbank (EZB) dazu veranlasst, Preisstabilität als oberstes Ziel zu verfolgen und so die Mitgliedsstaaten in ihrer Fiskalpolitik zu beschränken. Die Basis für eine derartige Politik stellen die neoliberalen Konvergenzkriterien des Stability and Growth Pacts (SGP) dar, der auf möglichst niedrige Defizite und Schuldenstände auf nationaler Ebene abzielt. Die Lissabon-Strategie mit ihrem Focus auf monetärer Preisstabilität kann als Bestätigung und Erweiterung dieser Politik angesehen werden (Bieler 2009: 232).

Im Zuge der miteinander verwobenen Prozesse der Globalisierung und Restrukturierung wird die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit immer mehr zum primären und hegemonialen politischen Ziel (Görg 2003a: 137); vor allem neoliberale Akteure unterstützen klassischerweise die Bildung eines Wettbewerbsstaates, der sich im europäischen Kontext vor allem durch die weitgehende Europäisierung der

Wirtschafts- und Währungsunion auszeichnet; eine europäisierte Sozialpolitik wird hingegen strikt abgelehnt (Kannankulam & Georgi 2012 :52), denn

Die Spezifikationen des europäischen Neoliberalismus

War das neoliberale Paradigma im europäischen Kontext zwar gezwungen, sich an die bestehenden Traditionen korporativer Beziehungen in der Industrie, wie etwa die Sozialpartnerschaft, sowie an den sozialen und industriellen Protektionismus interventionistischer Staaten anzupassen, konnten diese im Laufe der Zeit schließlich doch integriert werden, sodass sie sich vollständig der neoliberalen Agenda unterordnen mussten und das neoliberale Primat des freien Marktes und der freien Unternehmen dagegen abgesichert werden konnte. Van Apeldoorn bezeichnet das Ergebnis dieses Prozesses als *Embedded Neoliberalism*, wobei „*Embedded*“ für die Reste des staatlichen Protektionismus, der die Gesellschaft vor den destruktiven Effekten eines sich selbst regulierenden Marktes beschützen soll, steht. Dieser Protektionismus umfasst sowohl die Interessen der europäischen Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen politischen Parteien als auch jene des neomerkantilistisch orientierten Teils des produktiven Kapitals. Diese spezifisch europäische Regulationsweise entwickelte sich in der Folge von zwei Krisen: des europäischen Kapitalismus und der europäischen Integration, die beide Anfang der 1980er Jahre ihren Tiefpunkt erreichten. Der anschließende Relaunch des Integrationsprozesses mittels des Binnenmarktprogramms und der Einheitliche Europäische Akte kann als supranationale Antwort auf diese Krisen verstanden werden. Die Konfiguration dieses Binnenmarktes spielte sich im Rahmen der Prämissen des *Embedded Neoliberalism* ab und so rangen dabei zu Beginn die drei konkurrierenden transnationalen strategischen Projekte des Neoliberalismus, Neomerkantilismus auf Seiten der Fraktionen des Kapitals sowie der Sozialdemokratie, deren Ansichten, um welche Art von Markt es sich dabei handeln sollte, entsprechend ihrer jeweiligen ideologischen Prägungen fundamental differierten, um die Gestaltungsmacht. Zuerst schien es noch so, als würden sich die beiden kapitalaffinen Konzeptionen durchsetzen, doch mussten sich die eher neomerkantilistisch orientierten Interessen des produktiven Kapitals schlussendlich jenen des neoliberalen und globalen Finanzkapitals unterordnen (vgl. van Apeldoorn 2009: 23 ff.). Dennoch ist diese Genese wohl nicht unerheblich für die aktuelle Problematik, wie noch zu zeigen sein wird.

Mit dem Triumph des Neoliberalismus im europäischen Kontext ging eine strukturelle Modifikation in der EU einher, die in der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, einer monetaristischen Geldpolitik, einer Liberalisierung der Finanzmärkte, der uneingeschränkten Mobilität des Kapitals sowie einem institutionellen Rahmenwerk, das einen privilegierten Marktzugang zu natürlichen Ressourcen auf der ganzen Welt garantierte, ihren Ausdruck fand. Parallel zu den inhaltlichen Veränderungen der Regulation kam es zu einer substantiellen Verschiebung hinsichtlich der Territorialität derselben auf das europäische Level, begleitet von einer regelbasierten Politikgestaltung und der Einführung sogenannter unabhängiger Kontrollorgane (vgl. Becker & Jäger 2012: 174).

Auch wenn die EU in den letzten beiden Dekaden quasi-konstitutionelle Formen der regionalen Integration etablierte, hat sie gleichzeitig substanzielle Tendenzen in Richtung Desintegration erlebt (vgl. Cafruny 2008: 101), denn die Möglichkeiten des Projekts einer gemeinsamen Währungsunion, durch die sowohl die Wettbewerbsfähigkeit, die regionale Autonomie und ein nachhaltiges Wachstum ermöglicht und gefördert werden sollen, sind durch deren Konzeption im Maastrichtdesign, das eine neoliberale, transnationale, finanzielle und monetäre Ordnung reflektiert, von Beginn an limitiert. Diese Ordnung ist nicht zuletzt dafür verantwortlich, dass sich ursprünglich in den USA beheimatete sozioökonomische Widersprüche auf der ganzen Welt, also auch in Europa, ausbreiten (vgl. Cafruny & Ryner 2006: 1). Aber auch, wenn diese mittlerweile hegemonialen neoliberalen Tendenzen mithilfe der strukturellen Macht der USA Einzug in die europäische Politik gefunden haben, wurden sie nur allzu gern von einigen der hiesigen Akteure gepflegt (vgl. Cafruny 2008: 100 f.)

5.1.3 Strategische Ausrichtung

Die Rolle der EU im Weltsystem versteht sich grundsätzlich sowohl als wirtschaftlicher als auch politischer Natur, wobei diese beiden Sphären zumeist nur schwer auseinander zu halten sind (Laursen 2009: 19). Die grundlegenden Ziele der EU sind ökonomisches Wachstum, Innovation sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen (Pirgmaier 2008: 2). Im Hinblick auf die Prozesse der Globalisierung und der nationalstaatlichen Reorganisation hat die EU in vielfacher Weise eine strukturierende und gestaltende Funktion (Bieling 2003: 45). Sie fungiert dabei als „... *eine Handlungs- und Vermittlungsarena, die den ,Widerspruch zwischen der Internationalisierung der*

Kapitalverwertung (Handel, Investitionen, Finanzdienstleistungen) und der Enge der nationaler Märkte und der Schranken des Nationalstaats' (Staat 1989: 16) vor allem dadurch bearbeitet, dass sie der unterschiedlichen Reichweite von Ökonomie und Politik durch die Errichtung eines integrierten Wirtschaftsraumes und die partielle Vergemeinschaftung von Staatsfunktionen – vor allem im Bereich der Handels-, Wettbewerbs- und Geldpolitik – entgegenwirkt.“ (ibid.; Staat 1989 zitiert nach Bieling 2003).

5.2 Der Lissabon-Prozess und Europa 2020

Nach einer Sondertagung zum Thema *Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt als Bestandteil einer wissensbasierten Wirtschaft* präsentierte der Europäische Rat in seinen Schlussfolgerungen ein bis 2010 auf zehn Jahre angelegtes Strategieprogramm, das unter dem Namen Lissabon-Strategie bekannt wurde. Die EU gab damit ein neues, ehrgeiziges strategisches Ziel vor: so sollte die EU bis zum Jahre 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden – und mithin zu einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Die quantitativen Zielvorgaben dafür waren Vollbeschäftigung sowie ein durchschnittliches wirtschaftliches Wachstum von 3% (Scherb 2012a). Die Lissabon-Strategie war als europäische Antwort auf die neuen globalen Herausforderungen, wie etwa die wirtschaftliche Globalisierung, den zunehmenden Wettbewerbsdruck und demographische Veränderungen, allen voran die Alterung der Gesellschaft, gedacht (Steurer & Berger 2011: 100; Europäische Kommission 2010a: 2).

Insgesamt war die Lissabon-Agenda vor allem in den neoliberalen Diskurs des Wettbewerbs eingelassen, was nicht zuletzt auf den Aufstieg des *Embedded Neoliberalism* innerhalb der Strukturen der EU zurückzuführen ist. Damit enthält sie zwar auch Elemente, die eher dem früher bedeutenden neo-merkantilistischen Flügel der kapitalistischen Elite oder sogar von der transnationalen Sozialdemokratie inspiriert sind, allerdings sind diese klar dem neoliberalen Ziel der Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet. Dies wird aktuell als notwendig erachtet, um die neuen Herausforderungen, die sich im Rahmen der Globalisierung ergeben, meistern zu können, wobei die dafür notwendigen, einschneidenden Reformen nicht zuletzt dadurch gerechtfertigt wer-

den, dass nur so die Besonderheiten des europäischen Modells vor allem auf sozialer Ebene bewahrt werden können (van Apeldoorn 2009: 28).

Spätestens seit Beginn der Krise wurde klar, dass die Lissabon-Strategie gescheitert ist (Tausch 2011: 13; van Apeldoorn 2009: 21). Dies wurde sogar von der EU-Kommission in ihrem Abschlussbericht anerkannt, wenngleich dieses Eingeständnis in den Huldigungen selbiger nahezu untergeht. So wird den negativen Ergebnissen zum Trotz festgestellt, dass der Schwerpunkt der Strategie jedenfalls auf den richtigen Strukturreformen gelegen habe, sie allerdings nicht über die notwendigen Instrumentarien verfüge, um einige der Ursachen von Anfang an bekämpfen zu können (Europäische Kommission 2010a: 3 f.). 2010 wurde die Lissabon-Strategie daher reformiert, seither firmiert sie unter der Bezeichnung *Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum* (Europäische Kommission 2010b). Als roter Faden in den Konzeptionen der EU zieht sich dabei bereits seit Anfang der 1990er Jahre die Vorstellung, dass vor allem die Offenheit der Ökonomien und Märkte für den Aufstieg von Ländern und Regionen im Weltsystem verantwortlich zeichne, während der interne Konsum und staatliche Investitionen eine, wenn überhaupt, untergeordnete Rolle spielen (Tausch 2011: 14).

5.2.1 Europa in der Krise

Bereits seit der Jahrtausendwende zeigte sich die europäische Wirtschaft eher stagnierend. Das beim Treffen in Lissabon im März 2000 erklärte Ziel, bis zum Jahr 2010 zur wettbewerbsfähigsten Ökonomie der Welt zu werden, wurde bei Weitem nicht erreicht (van Apeldoorn 2009: 21), doch handelt es sich auch im Fall der EU nicht um eine rein wirtschaftliche Krise. Vielmehr lässt sich eine multiple Krisendynamik beobachten: Neben der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise schwelt schon sehr viel länger die ökologische Krise, hinzu kommen verschiedene Krisen auf der sozialen Ebene, wie etwa die globale soziale Spaltung, die eng mit dem Phänomen der Migration verknüpft ist, die Krise sozialer Integration und politischer Institutionen sowie nicht zuletzt die Krise der Geschlechterverhältnisse, respektive jene der hegemonialen Männlichkeit (Brand 2009: 5 ff.). Diese Thematik wurde bereits diskutiert – Europa steht aktuell exemplarisch für diese multiple Krise.

Doch so vielfältig sich die Krise äußern mag: Zwischen den einzelnen Dimensionen besteht ein innerer Zusammenhang. Dieser begründet sich in der fossilistisch-

kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, die in den letzten dreißig Jahren unter neoliberalen und imperialen Vorzeichen umstrukturiert wurde. Um die neue neoliberal-imperiale Ordnung abzusichern, wurden die politischen und gesellschaftlichen Institutionen entsprechend verändert. Das Ergebnis auf staatlicher Ebene ist das, was Hirsch als Wettbewerbsstaat bezeichnet, dessen entscheidendes Charakteristikum die Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist. Die EU mit ihrer Europa-2020-Strategie ist ein paradigmatisches Beispiel dafür. Es ist jedoch vor allem die Wettbewerbsorientierung, die sich in vielfältiger Hinsicht als fatal erweist: So sind die politischen Institutionen nach ihrer Umgestaltung gar nicht mehr fähig, den dominanten, krisenhaften Entwicklungen entgegenzuwirken; stattdessen sichern sie diese ab. Zudem geht die Wettbewerbsorientierung mit der Aushöhlung demokratischer Strukturen und Prozesse einher und zeigt, ungeachtet diverser oberflächlicher Partizipations- und Governance-Angebote, eine Tendenz zu autoritären Formen von Politik (ibid.: 2).

Was die Bearbeitung der Krise anbelangt, so ist es Brand und Wissen zufolge jedoch nicht weiter verwunderlich, dass diese gesellschaftlich und staatlich-politisch nur unzureichend gelöst wird, verdichten sich doch im politisch-institutionellen System „...zuvorderst jene Interessen und Wissensformen, Lebensweisen bzw. Orientierungen (etwa an Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit oder industriell-fossilstischem Wohlstand), welche zur Krise entscheidend beitragen“ (Brand & Wissen 2011a: 14).

5.3 Die EU als Akteur in der EZA

Die EU ist eine der zentralen und durchaus mächtigen Akteure auf dem internationalen Parket – als Körperschaft eines großen Anteils von Staaten des globalen Nordens und somit Vertreterin ihrer Interessen sowohl was deren eigene Entwicklung anbelangt als auch hinsichtlich der EZA. Dadurch ist ein gewisses Spannungsverhältnis von vornherein gegeben, welches sich zwar im Hinblick auf das grundsätzlich globale Thema Umwelt auflösen sollte, aber dennoch aufgrund der gegebenen räumlichen Ordnung von ökonomischen und sozialen Strukturen weiter in die Debatten um Ökologie und Nachhaltigkeit hineinwirkt. Die EZA wiederum, die immer auch Interessenspolitik ist, intendiert Veränderungen in einem globalen System, das sich einerseits laufend und unabhängig von den entwicklungspolitischen Steuerungsme-

chanismen selbst verändert, und von dem die EZA andererseits selbst immanenter Bestandteil ist (Fritsche & Behr 2010: 373).

5.3.1 Rolle und Bedeutung der EZA der EU

Im Kontext der europäischen Politik im Hinblick auf die Nord-Süd-Beziehungen sind vor allem zwei Dimensionen von Bedeutung: die EZA sowie die humanitäre Hilfe, in der EU und Mitgliedsstaaten gemeinsam mehr als die Hälfte der weltweiten öffentlichen Mittel aufbringen, und der internationale Handel, denn parallel zu ihren Aktivitäten im Bereich der EZA ist die EU die wichtigste Handelspartnerin für die sogenannten Entwicklungsländer (Michal-Misak 2006: 227).

5.3.2 Ursprünge der EZA auf EU-Ebene

Der Ursprung der Entwicklungspolitik der EU liegt in der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957, als sich die vier Kolonialmächte der insgesamt sechs Gründungsmitglieder um eine Assoziierung der von ihnen abhängigen Gebiete bemühten. 1963 wurde schließlich in Yaoundé das erste Kooperationsabkommen unterzeichnet, das 1969 verlängert wurde. 1975, beim 1. Abkommen von Lomé, stand dann erstmals die entwicklungspolitische Perspektive im Vordergrund (Oldenbruch 2006: 17). Bereits bei der Gründung der EWG wurden somit, vor allem aufgrund der Forderungen Frankreichs, besondere Beziehungen zu insgesamt 31 überseeischen Ländern und Gebieten verankert sowie der Europäische Entwicklungsfond als Finanzierungsinstrument geschaffen (Michal-Misak 2006: 234).

Bis heute sind diese Abkommen ein wichtiger Schwerpunkt der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik. Seit dem ersten Lomé Abkommen ist vor allem die Gruppe der AKP-Staaten, die sich Mitte der 1970er Jahre konstituierte und seitdem stetig angewachsen ist, davon betroffen. AKP steht dabei als Abkürzung für die Weltregionen, aus denen die einzelnen Mitglieder stammen: Afrika, die Karibik sowie der Pazifische Ozean (Müller 2007: 19 ff.). Waren in den ersten Jahren, respektive im Rahmen der Yaoundé-Abkommen, vorwiegend afrikanische Staaten Vertragspartner, so wurde mit dem Beitritt Großbritanniens 1973 eine Revision der bisherigen Verträge notwendig, wodurch auch die ehemaligen britischen Kolonien in diese Prozesse integriert werden konnten; 1976 begann schließlich die finanzielle und technische Hilfe umfas-

sende Entwicklungskooperation mit Ländern Asiens und Lateinamerikas (Michal-Misak 2006: 234).

5.3.3 Strategische Ausrichtung

Primäres Ziel der EU-Entwicklungspolitik ist seit langem die Armutsbekämpfung, die parallel dazu als zentraler Bestandteil globaler Friedenspolitik erachtet wird; schließlich sind Armut und ungleiche Verteilung immer wieder Ursache von Konflikten, die sich nicht allein auf die armen Länder konzentrieren und so deren potentielle Entwicklung gefährden, sondern bis in die reichen Industrienationen rückwirken; die zunehmende Überlappung von Entwicklungs-, Außen- sowie Sicherheitspolitik im Bereich der Krisenprävention macht die Herstellung einer entsprechenden Kohärenz in diesen Feldern mittlerweile unabdingbar (ibid.: 235; vgl. dazu auch die Sicherheitsstrategie von 2003/EU 2003).

Eine grundsätzliche Neuausrichtung sollte schließlich 2006 mit dem Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik erfolgen. Damit werden zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Entwicklungspolitik gemeinsame Prinzipien festgelegt, die in Zukunft für die EU und ihre Mitgliedsstaaten als Grundlage der jeweiligen individuellen Entwicklungspolitiken dienen und so eine gewisse Kohärenz ermöglichen sollen (Michal-Misak 2006: 235 f.). Das vorrangige, alles umfassende Ziel bleibt weiterhin die Bekämpfung der Armut; der Weg dorthin soll über die *Millenium Development Goals* führen. Ein weiteres zentrales Element stellt das Bekenntnis zur Nachhaltigen Entwicklung dar (EU 2006: 2; 7).

Im Laufe der Zeit haben sich auch die generellen Rahmenbedingungen der EZA, bedingt durch Veränderungen in der geopolitischen Konstellation sowie Globalisierung und Neoliberalisierung, stark verändert, was sich auf das Verhältnis zwischen der EU und ihren Partnern auswirkte. Handel und Auslandsinvestitionen werden heute von der EU – im Einverständnis mit der Weltbank – als die Haupttriebkkräfte der Entwicklung angesehen (Michal-Misak 2006: 245), wobei die Angleichung der Handelsbestimmungen an die Richtlinien der World Trade Organization (WTO) sowie der Fokus auf Liberalisierung, Privatisierung und Förderung des privaten Sektors dieser Logik durchaus entsprechen (ibid.; ausführlicher dazu Raffer 2001: 7). Auch in den Strategien der EU zur Armutsbekämpfung geht es dementsprechend vordringlich um die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Integration der sogenannten Ent-

wicklungsländer in den Weltmarkt und Anreize für Privatinvestoren. Die Mittelvergabe wird generell an bestimmte Erfordernisse, insbesondere in demokratiepolitischer Hinsicht, gebunden. Während sich die mangelnde Armutsorientierung in den finanziellen Zuwendungen widerspiegelt, kann das verstärkte Interesse der EU und ihrer Mitgliedsstaaten an den Anrainerregionen als zunehmende Instrumentalisierung der EU-Entwicklungspolitik zugunsten sicherheitspolitischer Überlegungen verstanden werden (Michal-Misak 2006: 245 f.)

Im Gegensatz dazu haben die nördlichen Industriestaaten ihre wirtschaftliche Entwicklung vor allem durch Ausbau und Stärkung der Massenkaukraft beschleunigt. Dennoch wird den Ländern des Südens mittlerweile, nicht zuletzt von Seiten der EU, der Freihandel, sprich die Öffnung für beziehungsweise die Integration in den Weltmarkt sowie die dafür notwendige Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit als einziger Weg zur Bekämpfung der Armut, hin zu einer höheren Entwicklung, angepriesen (ibid.: 245). Wie allerdings Tausch unter anderem in seiner Studie zur EU-2020-Strategie zeigt, bekommt dieses Rezept auch den Staaten des Nordens, in diesem Beispiel jenen der EU (Tausch 2011: 78). Er kommt vielmehr zu einem gegenteiligen Ergebnis, „... dass die ultra-liberale Strategie der Öffnung der Märkte nicht die Lösung, sondern ein wichtiger Teil des Problems der Europäischen Malaise ist. (ibid.)

5.3.3.1 Ungleiche Entwicklung und Umwelt

Im Gegensatz zu den Ländern der Peripherie haben die klassischen Industriestaaten, auf die in dieser Arbeit immer wieder mit dem Terminus des globalen Nordens referiert wird, ihre wirtschaftliche Entwicklung wesentlich durch Ausbau und Stärkung der Massenkaukraft beschleunigt. Daran zeigt sich, dass ein ungezügelter Lohn- und Druck nur in jenen Fällen möglich ist, in denen die Gruppe der Lohnempfänger nicht kongruent mit jener der Konsumenten ist, wie in den Ländern der Peripherie, wo sich dieser für Fragen der globalen Verteilungsgerechtigkeit zentrale Zusammenhang maßgeblich auf deren weitere wirtschaftliche (Unter-)Entwicklung auswirkte. Im globalen Norden wurden hingegen, auch wenn durchaus nicht alle Ungleichheiten hinsichtlich der Einkommensverteilung verschwunden waren, potentielle Kostenersparnisse tendenziell auf andere Bereiche, wie etwa die Umwelt, verlagert (Raffer 1983: 11 f.).

In der Zwischenzeit hat sich das Blatt jedoch gewendet: Die Produktions- und Konsumtionsmuster des Nordens schädigen zwar weiterhin die Umwelt, allerdings wer-

den auch diese negativen Effekte immer mehr in die Länder des Südens ausgelagert (Rees 1998: 126 f.;). Umweltprobleme werden nunmehr vor allem im globalen Kontext sozial verteilt (Hornborg 1998: 128), was auf die eingangs präsentierte Theorie des ungleichen ökologischen Tauschs verweist.

Insgesamt gab es zunächst im Kontext der ökologischen Krise Grund zu der Annahme, dass die Länder des globalen Südens nun über eine größere Durchsetzungsmacht für ihre Interessen verfügen würden, da einerseits die Industrieländer aufgrund ihres, bedingt durch ihre Überentwicklung zunächst massiven, Beitrags an der Zerstörung der Umwelt von vorneherein diskreditiert erschienen; vielmehr waren diese gezwungen, sich zuerst mit neuen, weitreichenden Entwicklungserfordernissen im Hinblick auf die Ökologie auseinanderzusetzen. Außerdem war und ist die Mitwirkung der südlichen Staaten für eine Lösung der ökologischen Krise unabdingbar. Allerdings blieben die Hoffnungen auf eine veränderte geopolitische Machtkonstellation auch in diesem Kontext unerfüllt (Brunnengräber 2002: 205).

5.3.3.2 Nachhaltigkeit, Entwicklung und ungleiche Verteilung

Häufig wird argumentiert, dass sich aus einer nachhaltigen Umstrukturierung Diskrepanzen zu den Zielen einer gerechten Verteilungspolitik ergeben können. Hier lassen sich zwei Ebenen unterscheiden: inner- und intragesellschaftliche. Beispielhaft für erstere wäre, wenn sich der unmittelbare Verzicht auf bestimmte Ressourcen für ärmere Bevölkerungsschichten schmerzvoller auswirkt als für den Rest der Gesellschaft, während es bei letzterer um die potentiell durch nationale Bemühungen um Nachhaltigkeit bedingte Verlagerung der Produktion von einem Staat in den anderen, und damit auch den Verlust beziehungsweise die Schaffung von Arbeitsplätzen, geht. Zwar wäre es möglich, diesem Problem durch eine global einheitliche Strategie entgegenzuwirken, allerdings scheint die Umsetzung einer derartigen Strategie nur schwer möglich; zudem birgt eine solche Lösung vermutlich nur weiteres zwischenstaatliches Konfliktpotential, da es mehr als wahrscheinlich ist, dass die Länder des globalen Südens diese als im Verhältnis zu den Industrieländern ungerechtfertigte Beeinträchtigung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten ansehen (Schwarzbauer & Schuh 2009: 178).

5.3.3.3 Armut und Umweltzerstörung

Obschon die Umweltverschmutzung und ihre Folgen, vor allem in Form von erhöhten gesundheitlichen Risiken, selbst in den Staaten des globalen Nordens tendenziell eher die ärmeren Schichten aufgrund ihrer jeweiligen Wohn- und Arbeitssituation betreffen, weist Raffer dennoch darauf hin, dass sich der sogenannte *'ökologische Klassenkampf'* doch wesentlich von dem von Karl Marx analysierten Interessensgegensatz unterscheidet, da aufgrund von divergierenden Interessen der Kapitalverwertung und somit auch hinsichtlich der Nutzung beziehungsweise Zerstörung von Natur verschiedene Gruppen der Kapitalseite in unterschiedlichem Maße von den Auswirkungen betroffen sind (Raffer 1983: 12).

5.3.4 Unterschiede in Wohlstand und Lebensstil

Da allerdings das Wachstum auf der Akkumulation von Kapital basiert, mithin auf der Ausbeutung derjenigen, die mehr produzieren als sie zurückbekommen und der gleichzeitigen Aneignung der Überschüsse durch die anderen, ist eine zentrale Konsequenz des Wachstums neben dem Wohlstand auch die Ungleichheit. Kapitalistisches Wachstum ist somit geprägt von Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit. Dies betrifft nicht nur die innergesellschaftliche Dimension – auch zwischen einzelnen Ländern und ganzen Regionen bestehen nach wie vor große Unterschiede in der Verteilung des Wohlstands (Altwater 2011a: 92 f.); Brand und Wissen sprechen in diesem Zusammenhang von der *imperialen Lebensweise* des Nordens, die einen prinzipiell unbegrenzten und daher politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts voraussetzt (Brand & Wissen 2011b: 83) – hier sei ein weiteres Mal auf den ungleichen ökologischen Tausch verwiesen.

In Abschnitt 3.1.3 wurde bereits die zentrale Rolle der Entwicklung von Konsumnormen angesprochen. Diese ist, zusammen mit jener von soziokulturell verankerten Naturverhältnissen, eingebettet in eine historische Wachstumskonstellation, in der sowohl die Zirkulation des Wertes als auch soziale Hierarchien reproduziert werden. Dabei ist eine gewisse Kohärenz von Konsumnormen und Naturverhältnissen mit der Wachstumsordnung, die diese jeweils einhegt, unabdingbar, um soziale Desintegration oder sozioökonomische Krisen zu vermeiden (Görg 2003a: 131).

5.3.5 Der Zwang zur Konkurrenz

Der Zwang zur Konkurrenz betraf zunächst vor allem die privat agierenden Einzelkapitale. Diese sind, aufgrund des Konkurrenzverhältnisses, in dem sie sich gegenseitig befinden, dazu gezwungen, ihre Kosten zu minimieren. Allerdings verursachen die diversen Maßnahmen zur Förderung von Umweltschutz beziehungsweise -verträglichkeit, wie etwa die entsprechende Adaptierung von Produktionsstätten mit dem Ziel, den Schadstoffausstoß zu minimieren, prinzipiell zunächst Kosten. Da diese im Normalfall weder direkt noch indirekt dazu beitragen, den Warenoutput zu erhöhen, mithin für die eigentliche Produktion nicht unbedingt notwendig sind, werden sie aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Profitrate tendenziell abgelehnt. Im Zuge der fortschreitenden ökonomischen Globalisierung wurde das Konkurrenzverhältnis stark ausgeweitet, sodass es mittlerweile auch auf internationaler Ebene bestimmend ist. Dadurch hat sich das Verhältnis von politischen Zugriffsräumen zu ökonomischen verschoben; wesentliche Bereiche politischer Entscheidungsprozesse bleiben weiterhin im nationalen Raum verortet, während sich für das Kapital neue Räume eröffnen. Die einzelnen Länder und Regionen werden auf diese Weise in ein globalisiertes Konkurrenzverhältnis gezwungen, in dem sie in ständigem Wettbewerb um die Gunst des Kapitals stehen. Der entscheidende Faktor in dieser Konkurrenz sind die den Verwertungsinteressen am meisten entsprechenden Standortvorteile, weshalb die jeweiligen politischen Strategien dazu tendieren, diesen möglichst entgegenzukommen. Die Eingebundenheit in kapitalistische Konkurrenzverhältnisse wirkt, in Verbindung mit der darin anschließenden Frage des privaten ökonomischen Erfolgs, somit kontraproduktiv auf den Schutz der Umwelt aus (Karathanassis 2010: 35 f.; vgl. dazu auch Raffer 1983: 23 ff. für eine detaillierte Darstellung des prinzipiellen Verhältnisses von privatem Kapital zu Umweltschutzmaßnahmen).

5.4 Die EU und die Nachhaltigkeit – die EU SDS

The European Union (EU) is committed to a policy of sustainable development in an attempt to reconcile its historical commitment to economic development with its new concern to protect the environment. (Baker 1997: 92)

Als Ergänzung zur Lissabon-Strategie wurde ein Jahr später die Nachhaltigkeitsstrategie der EU mit dem Ziel präsentiert, das gewünschte ökonomische Wachstum zum Preis ökologischer und sozialer Deregulierung zu erreichen (Pirgmaier 2008: 2). Im

Unterschied zu ersterer, die einen rein EU-internen Prozess als Reaktion auf die ökonomischen und sozialen Herausforderungen der Globalisierung zu Beginn des neuen Jahrtausends darstellt, verweist das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung, wie bereits ausgeführt, auf einen internationalen Kontext, der schließlich im Rahmen der EU adaptiert wurde (ibid. 21; Steurer & Berger 2011: 99).

5.4.1 Entstehungskontext der Strategie

Schon in der historischen Rückschau zeigt sich Baker zufolge, dass die Umweltpolitik der Union weniger auf der Überzeugung von ihrer grundsätzlichen, aus einer ökologischen Begründung heraus abgeleiteten Legitimität basierte als vielmehr auf der Annahme, respektive Befürchtung, dass sich der Schutz der Umwelt negativ auf die Wirtschaft – insbesondere den Handel – auswirken würde. So bekundeten die Vertreter der EG im Jahr 1972 erstmals ihre Absicht, sich mit dem Problem der zunehmenden Umweltzerstörung zu befassen, wobei einer der maßgeblichen Beweggründe die Befürchtung war, dass die individuellen Umweltpolitiken der Mitgliedsstaaten mit den Zielen der auf EU-Ebene verfolgten Wettbewerbspolitik in Konflikt geraten könnten. Dass ökonomische Motive der vordringliche Grund für das Engagement im Umweltbereich waren, findet Baker in Anbetracht der ursprünglichen *raison d'être* der Gemeinschaft nicht weiter verwunderlich (Baker 1997: 91 f.). Dennoch stellt sie weiter fest:

Yet despite the centrality of economic growth a new, albeit subordinate, imperative of environmental protection did evolve. (ibid.: 92)

Auch die ökologische Debatte ist spätestens seit den 1990er Jahren in den Diskurs der Globalisierung, den Görg als neue Metaerzählung bezeichnet, integriert (Görg 2003a: 188); diese geht nicht zuletzt mit der Verschiebung nationaler und internationaler Kräfteverhältnisse und ihrer Verdichtung im Staat einher, wobei dieser Prozess auf nationale und internationale Gestaltungsabsichten rückwirkt (ibid. 216).

5.4.1.1 Die Verankerung in den EU-Verträgen

Allerdings sollte dieses neu hinzugekommene Bekenntnis für grundsätzliche Spannungen innerhalb der EU sorgen; die unterschiedlichen Interessen im Hinblick auf Ökonomie und Ökologie waren lange Zeit nur schwer zu vereinen. Erst im fünften

Umweltaktionsprogramm wurde 1992 ein erneuter Versuch unternommen, der sich schließlich auch im Vertrag von Maastricht niederschlug (ibid. 92).

Von da an ist das deklaratorische Bekenntnis zur Nachhaltigen Entwicklung fix in den Verträgen der Union verankert. So verlangt etwa der Vertrag von Amsterdam von 1997 nach einem „*balanced and sustainable development of economic activities*“ (EU 1997, zitiert nach Baker 2007; vgl. dazu auch EU 1997: 4) und erhob die Integration der Umweltpolitik in andere Politikfelder (*Environmental Policy Integration*, EPI) zu einem Schlüsselmechanismus für die Entwicklung künftiger politischer Strategien (Baker 2007: 304). Ab 1998 wurden die verschiedenen EPI-Aktivitäten im Cardiff-Prozess zusammengefasst (Kopp 2006: 1). Bereits hier zeigt sich die enge Verknüpfung mit wirtschaftspolitischen Themen, zeichnet sich dieser Cardiff-Prozess doch durch zwei Dimensionen aus: Erstens wird damit eine umfassende strukturelle Reform und Modernisierung zur Verbesserung von Innovationsfähigkeit und Effizienz der Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte in der EU bezweckt; dafür sieht er eine jährliche Überprüfung der nationalen Strukturpolitiken vor, was die Entschlossenheit der EU zur Durchführung umfassender Strukturreformen zeigt. Die zweite Dimension ist umweltpolitischer Natur und auf die bereits erwähnte Einführung eines horizontalen Konzepts zur Integration der Umweltbelange in alle Politikbereiche der EU ausgerichtet (Scherb 2012b).

Auch daran zeigt sich, dass mit der allmählichen Herausbildung einer neuen Phase kapitalistischer Vergesellschaftung als Folge der Krise des Fordismus ein signifikanter Wandel im Hinblick auf die Thematisierung ökologischer Probleme einherging: Wurden diese in den 1970er und frühen 1980er Jahren hauptsächlich im Zusammenhang einer Krise des Selbstverständnisses gesellschaftlicher Entwicklung begriffen, so lässt sich ab den 1990er Jahren eine zunehmende Einbettung in den Rahmen der Regulierung globaler sozialer und ökologischer Probleme feststellen (Görg 2003a: 134 f.).

Die Nachhaltige Entwicklung wurde damit, neben ökonomischem und sozialem Wohlstand, zu einer zentralen Zielsetzung der Gemeinschaft. Ihre Implementierung beschränkt sich nicht mehr nur auf die Sphäre der Umweltpolitik, sondern wird auf den Bereich der allgemeinen Aktivitäten der Union ausgeweitet; sie erhält dadurch den Status eines Leitprinzips in der europäischen Integration, der im Vertrag von Nizza erneut bestätigt wird. Ähnlich verhält es sich mit dem Entwurf des Verfas-

sungsvertrages von 2004. Nachhaltige Entwicklung ist mittlerweile zu einem Standard der EU-Politik geworden – sowohl in Binnenangelegenheiten als auch international. Aufgrund der durchaus starken vertraglichen Verankerung stellt Baker fest: „... *there is probably no single government or other association of states with such a strong ‘constitutional’ commitment to sustainable development as the EU*“ (Baker 2007: 304).

5.4.2 Die EU SDS

Als verspätete Reaktion auf die Anfrage des Europäischen Rats beim Gipfel von Helsinki 1999 präsentierte die EU-Kommission 2001 auf dem Gipfel von Göteborg ihre Mitteilung *Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt* (Europäische Kommission 2001) als Vorschlag für eine Strategie der Europäischen Union für die Nachhaltige Entwicklung. Da einige Mitgliedsstaaten Teile dieses Entwurfs ablehnten, wurde der Vorschlag nicht als offizielle EU-Strategie angenommen, stattdessen wurden 14 moderatere Abschnitte zur Nachhaltigen Entwicklung in Europa in die Beschlüsse aufgenommen, die schließlich allgemein als provisorische Nachhaltigkeitsstrategie galten (Kopp 2006: 2).

Mit dieser Strategie werden die politischen Rahmenbedingungen für eine Nachhaltige Entwicklung festgelegt. In dem Schriftsatz wird auf die bereits bekannte Definition der Brundtland-Kommission von 1987 verwiesen; es geht also auch hier um eine Entwicklung zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gegenwart, ohne dabei jedoch zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr decken können (Europäische Kommission 2001; vgl. Hauff 1987: 46).

Zudem wird festgehalten, dass es sich um ein globales Ziel handelt, wobei der EU im Bereich der Verwirklichung auf globaler Ebene eine Schlüsselrolle zukomme. Die Entstehung der Strategie wird eindeutig im Kontext der internationalen Umweltgipfel beziehungsweise im sogenannten Rio-Prozess verortet, während sie funktional mit der Lissabon-Strategie verknüpft wird. Schließlich soll sie diese um den Aspekt der Umweltbelange ergänzen und so der Tatsache Rechnung tragen, dass Wirtschaftswachstum, sozialer Zusammenhalt und Umweltschutz langfristig Hand in Hand gehen müssen (Europäische Kommission 2001).

Die nachhaltige Entwicklung bietet der Europäischen Union die positive langfristige Perspektive einer wohlhabenderen und gerechteren Gesellschaft; sie verspricht eine sauberere, sicherere und gesündere Umwelt - eine Gesellschaft, die uns, unseren Kindern und Enkeln eine bessere Lebensqualität bietet. Um dieses Ziel zu erreichen, muss das Wirtschaftswachstum den Fortschritt im sozialen Bereich fördern und die Umwelt respektieren, muss die Sozialpolitik die Leistung der Wirtschaft unterstützen und die Umweltpolitik kostenwirksam sein. (ibid.)

Im Jahr 2006 wurden die Verhandlungen über die erneuerte Strategie der Europäischen Union für eine Nachhaltige Entwicklung unter österreichischem Vorsitz erfolgreich abgeschlossen; nach politischem Beschluss durch die EU-Staats- und Regierungschefs konnte mit der praktischen Umsetzung begonnen werden. Dabei wurden Lebensqualität und Wohlergehen (*well-being*) als übergeordnete Zielsetzungen der EU definiert (Trattnigg 2009: 14) und erneut in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung verstanden:

It aims at the continuous improvement of the quality of life and well-being on Earth for present and future generations. To that end it promotes a dynamic economy with full employment and a high level of education, health protection, social and territorial cohesion and environmental protection in a peaceful and secure world, respecting cultural diversity. (Europäischer Rat 2006: 2)

Allerdings bleibt auch in dieser erneuerten Strategie die zentrale Frage ungelöst, in welchem Verhältnis Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung tatsächlich stehen, während parallel dazu in der Lissabon-Strategie der EU für Wachstum und Beschäftigung, die seit dem Jahr 2000 die zentrale (wirtschafts-)politische Entwicklungsstrategie darstellt, das Wachstum als übergeordnetes EU Ziel, Mittel und Zweck definiert. Diesbezüglich merkt Trattnigg an, dass die Verhandlungen über die Erneuerung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie von einer eigens dafür eingerichteten Gruppe namens *Freunde der Präsidentschaft* geführt und von den Mitgliedsstaaten vornehmlich mit VertreterInnen der nationalen Umwelt- und Außenministerien oder der Bundeskanzlerämter beschickt wurden. VertreterInnen aus den Bereichen Wirtschaft und Finanzen waren hingegen nicht direkt involviert. Um diese makroökonomische – oder besser *makropolitische* – Diskussion fundiert führen zu können, wäre deren Teilnahme an den Verhandlungen nach Ansicht von Trattnigg unabdingbar gewesen (Trattnigg 2009: 14). Es stellt sich hier jedoch dringend die Frage, ob die Beteiligung von in erster Linie der Wirtschaftspolitik verpflichteten Akteuren tatsächlich zu einer Stärkung umwelt- und sozialpolitischer Belange geführt hätte.

5.4.3 Das Verhältnis zur Lissabon-Strategie

The EU SDS and the Lisbon Strategy for growth and jobs complement each other. The SDS is primarily concerned with quality of life, intra- and intergenerational equity and coherence between all policy areas, including external aspects. It recognises the role of economic development in facilitating the transition to a more sustainable society. The Lisbon Strategy makes an essential contribution to the overarching objective of sustainable development focusing primarily on actions and measures aimed at increasing competitiveness and economic growth and enhancing job creation. (Europäischer Rat 2006: 6)

Ursprünglich sollte die Nachhaltigkeitsstrategie eine Ergänzung der vorhergehenden Lissabon-Strategie bilden, um das durch diese geförderte Wachstum nicht auf Kosten der Deregulierung von Umwelt und sozialer Sphäre zu forcieren. Somit sind beide zumindest theoretisch eng miteinander verknüpft; zusammen sollen sie langfristiges und gleichzeitig nachhaltiges ökonomisches Wachstum ermöglichen, allerdings sind sie durch unterschiedliche Schwerpunkte und Zeitrahmen gekennzeichnet (Pirgmaier 2008: 2). Während die EU SDS insgesamt über einen internationalen Background verfügt, stellt die Lissabon-Strategie eine EU-interne Antwort auf globale Herausforderungen dar. Letztere, die 2010 durch die EU-2020-Strategie neu aufgelegt wurde, zeigt eindeutig ökonomische und sozialpolitische Schwerpunkte (Steurer & Berger 2011: 100).

Auch wenn die Komplementarität beider Strategien jedenfalls rhetorisch immer wieder beschworen wurde, war dies auf der materiellen Ebene kaum fassbar. Steurer und Berger bemerken, dass besagte Komplementarität nach starke Verknüpfungen in der Governance zwischen beiden Strategien verlangt hätte, welche jedoch in der Realität kaum vorhanden waren. Obwohl beide vom Generalsekretariat koordiniert wurden, zeichneten sie sich durch unterschiedliche Routinen und Zeitpläne aus. Während die Lissabon-Strategie vom Generalsekretariat vorangetrieben wurde, wurden im Rahmen der EU SDS anlassbezogen einzelne Generaldirektorate, insbesondere das für die Umwelt zuständige, aktiv, bevor sie schließlich in letzter Zeit an Schwung verlor (ibid. 102). Steurer und Berger begründen dies ähnlich wie Baker (2007: 298) mit der eher symbolischen Funktion der Nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der EU. So spielt sie in der politischen Rhetorik zwar durchaus eine bedeutende Rolle; was jedoch die aktuelle Politikgestaltung sowie die Implementierung diesbezüglicher Programme und Strategien anbelangt, ist diese Rhetorik zumeist

schnell mit den ihr durch die faktische Prioritätensetzung erwachsenden Grenzen konfrontiert (Steurer & Berger 2011: 104).

Dies entspricht auch der Feststellung von Görg, dass die Ökologieproblematik ein integrales Element postfordistischer Restrukturierung darstellt, insofern sie mittlerweile zumindest ein grundsätzlich anerkanntes Thema darstellt und somit zu vielfältigen Reaktionsweisen auf der institutionellen, organisatorischen und strategischen Ebene geführt hat. Allerdings müssen sich die jeweiligen Bearbeitungsformen den Zwängen der Restrukturierung sowie deren prägenden Interessen unterordnen (Görg 2003a: 138).

5.4.3.1 Implementierung und Gestaltung der Nachhaltigen Entwicklung auf EU-Ebene

Die Zerstörung der Umwelt und den Verbrauch der Ressourcen von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu entkoppeln, erfordert eine umfassende Neuausrichtung bei den öffentlichen und privaten Investitionen auf neue, umweltfreundliche Technologien. Die Strategie für eine nachhaltige Entwicklung sollte in den nächsten Jahren als Katalysator für politische Entscheidungsträger und die öffentliche Meinung dienen und zur treibenden Kraft für institutionelle Reformen und ein verändertes Verhalten von Unternehmen und Verbrauchern werden. Klare, stabile, langfristige Ziele werden Erwartungen wecken und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Unternehmen das Vertrauen haben, in innovative Lösungen zu investieren und neue, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. (Europäische Kommission 2001)

Den konzeptionellen Rahmen für die Implementierung der EU SDS stellt demnach eindeutig die Ökologische Modernisierung dar; dadurch erscheint es möglich, das grundsätzliche Ziel des Wirtschaftswachstums mit dem Umweltschutz zu kombinieren (Baker 2007: 297). Das Konzept der Ökologischen Modernisierung wurde bereits in Kapitel 4 (Abschnitte 4.2.2.1, 4.4.3 und 4.4.4) ausführlich diskutiert und eine Einschätzung des tatsächlichen Nachhaltigkeitsgehaltes vorgenommen. Dass sich die EU im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsbemühungen darauf stützt, ist keine Ausnahmeerscheinung – vielmehr handelt es sich um den dominanten Diskurs, respektive die bevorzugte Strategie westlicher Industrienationen im Umgang mit ihren ökologischen Problemen (ibid.; Blühdorn 2001: 187). Auch wenn die Strategie der Steigerung der Naturbeherrschung im Zuge der ökologischen Krise zunächst zwar gescheitert erschien, kam es durch die Integration des ökologischen Diskurses in den größeren Rahmen der postfordistischen Umstrukturierung bald wieder zu deutlichen Verschiebungen im Hinblick auf die Akzentuierung; anstatt der Orientierung an den Grenzen

des Wachstums lässt sich nun ein verstärktes Vertrauen auf die Überwindung dieser Grenzen feststellen. Das bedeutet gleichzeitig, dass der Bedarf an gesellschaftlicher Änderung vermehrt negiert oder zumindest nivelliert und in bestimmte Bahnen gelenkt wird. So geht es nicht mehr um *reflektierte Umgestaltung*, stattdessen wird die Optimierung des Institutionensystems sowie der gesellschaftlichen Arbeitsteilung als zentrales Moment der Krisenbewältigung angesehen. Des Weiteren gewinnt die Berechenbarkeit ökologischer Probleme und ihrer Folgen zusehends an Bedeutung; Görg spricht in diesem Zusammenhang von einer *reflektierten Naturbeherrschung* (Görg 2003a: 139 f.).

Wo die Unterordnung unter Natur immer weniger möglich und auch nicht erstrebenswert erscheint, da kehrt die Strategie der Naturbeherrschung in neuem Gewand zurück. (ibid.: 140)

Bakers Einschätzung zufolge hat das Bekenntnis der EU zur Nachhaltigen Entwicklung eher symbolischen Charakter. Im Gegensatz zur Implementierung eines echten und damit folgenreichen umweltpolitischen Ansatzes ist mit symbolisch in diesem Zusammenhang gemeint, dass es sich um bloße Rhetorik handelt. Nichtsdestotrotz erfüllt dieser symbolhafte Charakter eine ganz spezielle Funktion, stellt er doch eine Art und Weise der Repräsentation dar, die als zentrales Element im Rahmen der Bildung einer europäischen Identität angesehen werden muss. Diese Identität ist sowohl nach innen, für die Mitgliedsstaaten und Bürger, als auch nach außen von erheblicher Bedeutung (Baker 2007: 298).

Der Kommissionsvorschlag sieht zudem im Rahmen der Strategie die Konzentration auf einige wenige Probleme vor, denen die Kommission unterstellt, das Wohlergehen der europäischen Gesellschaft in Zukunft ernsthaft oder irreversibel zu gefährden. Es handelt sich dabei um einen pragmatischen Kompromiss, soll dadurch doch ermöglicht werden, die Kluft zwischen ehrgeizigen Zielen und praktischen politischen Maßnahmen zu überbrücken (Europäische Kommission 2001).

5.4.3.2 Operationalisierung und Messung der Nachhaltigen Entwicklung auf EU-Ebene

Über die Definition und die Auswahl der Messindikatoren für Nachhaltige Entwicklung besteht nach wie vor kein umfassender Konsens. Diese Tatsache spiegelt sich selbst in der praktischen Anwendung der Indikatoren wieder: Auch hier gibt es keinerlei einheitliches System. Eine zentrale Rolle spielt in diesem Zusammenhang er-

neut die Frage, welche Bedeutung dem Wirtschaftswachstum bei der Erfassung von Wohlfahrt und Lebensqualität zukommt (Grunwald & Kopfmüller 2012: 88).

Einen bedeutenden Faktor für die gelungene Institutionalisierung des Konzepts stellt zunächst dessen Operationalisierung dar. Dabei geht es um die Konkretisierung sowie die praktische Umsetzung dessen, was im Kern unter diesem Leitbild verstanden werden soll. Erst dadurch erhält es die nötige praktische Relevanz für politische und gesellschaftliche Entscheidungen; zudem wird es möglich, das Leitbild in wissenschaftliche Analysen einzubeziehen. Ein großes Problem hinsichtlich der Operationalisierung stellt nach wie vor die prinzipielle Uneindeutigkeit des Nachhaltigkeitsbegriffes dar; auch die partiell aus dieser Uneindeutigkeit resultierende Vielfalt der Konzepte trägt keineswegs zu einer Vereinfachung bei. Nicht zuletzt spielt auch die tendenzielle Partikularität dieser Konzeptionen eine entscheidende Rolle. So sollte auch bei einem in der alltäglichen Praxis häufig notwendigen Fokus auf spezifischen Sachverhalten der grundsätzliche Blick stets auch auf den Gesamtzusammenhang und damit die Wechselwirkungen zwischen einzelnen Teilbereichen gerichtet werden. Nur so wird gewährleistet, dass die jeweiligen Probleme nicht einfach von einem Bereich in den nächsten verschoben werden. Dies ist auch im globalen Kontext von entscheidender Bedeutung (ibid.: 76 f.).

Aus diesem Grund sollte Grunwald und Kopfmüller (ibid. 77) zufolge bei der Operationalisierung der Nachhaltigkeit durch Indikatoren darauf geachtet werden, dass

- einzelne Teilbereiche (wie etwa Regionen, Politikfelder, Branchen, Techniklinien oder Innovationen und einzelne gesellschaftliche Bereiche) selbst weder nachhaltig noch nicht nachhaltig sein, sondern allenfalls *Beiträge* zu einer diesbezüglichen Entwicklung leisten können
- diese jeweiligen Teilbereiche mit ihren entsprechenden Export/Import-Verhältnissen zu anderen Bereichen bilanziert werden müssen, um zu verhindern, dass bloße Verschiebungen als Nachhaltigkeitsgewinne ausgewiesen werden können
- vergleichende Aussagen in Bezug auf Nachhaltigkeitsaspekte einbezogen werden, da diese zur Vermeidung von Missverständnissen oder Überinterpretationen beitragen.

Für die Entwicklung sowie die kontinuierliche Verbesserung der Indikatoren ist die EU-Kommission zuständig, während die statistische Abteilung der EU, EUROSTAT, mit der Messung des Fortschritts der Nachhaltigen Entwicklung auf EU-Ebene beauftragt wurde (Eurostat: 2013). Seit 2007 erscheint jedes zweite Jahr ein entsprechender Fortschrittsbericht (ibid.; Kopp 2006: 8).

Alles in allem werden mehr als 130 ökonomische, soziale und institutionelle Indikatoren genutzt, um den Fortschritt der EU im Hinblick auf eine Nachhaltige Entwicklung zu messen. Diese sind in zehn Themenbereichen gruppiert; aus mehr als 100 wurden zehn Leitindikatoren identifiziert. Diese Themenbereiche sind jeweils in mehrere Unterbereiche gegliedert, welche die operativen Ziele, Prioritäten und Aktionen der EU SDS spiegeln sollen; ihre prinzipielle Anordnung folgt dabei einer Abstufung von der ökonomischen über die soziale und ökologische zur institutionellen Dimension. Zudem handelt es sich um ein flexibles System; in Reaktion auf veränderte Prioritäten können neue Indikatoren jederzeit hinzugefügt werden.

5.4.4 Die EU SDS im globalen Kontext: Die Partnerschaft für eine Nachhaltige Entwicklung

Im Zuge der Vorbereitungen auf den Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg wurde die EU SDS auf dem Gipfel von Barcelona 2002 um die Mitteilung *Auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung* (Europäische Kommission 2002) erweitert (Kopp 2006: 2). Dadurch soll der Einsicht Rechnung getragen werden, dass Nachhaltige Entwicklung nicht nur auf nationaler oder regionaler Ebene, sondern angesichts der globalen Dimension von Umweltfragen im internationalen Zusammenhang, so auch in der EZA, betrachtet werden muss; die Strategie soll so Eingang in die EZA der EU finden. In diesem Zusammenhang wird erneut betont, dass eine Entwicklung vor allem dann als nachhaltig gilt, wenn sie den ökonomischen, sozialen und ökologischen Zielsetzungen einer Gesellschaft gleichermaßen gerecht wird (Europäische Kommission 2002).

Ausgehend davon, dass der Prozess der Globalisierung die treibende Kraft für ein weltweites Wirtschaftswachstum ist und somit entscheidend dazu beiträgt, globale Probleme zu bewältigen, wird festgehalten, dass eine ungehinderte Entfaltung der Marktkräfte zu wachsender Ungleichheit und Ausgrenzung führen würde, weshalb flankierende Maßnahmen zur Minimierung, respektive Verhinderung eingefordert werden. Dabei geht es um kollektive Regeln für zentrale Bereiche und eine Verbesserung der Global Governance. Insgesamt lassen sich die Vorstellungen der EU, wie diese globale Partnerschaft für eine Nachhaltige Entwicklung gestaltet werden soll, unter sechs Hauptthemen subsumieren (ibid.):

1. Globalisierung nutzbar machen: Handel unter den Grundsatz der Nachhaltigen Entwicklung unterordnen

2. Armutsbekämpfung und Förderung der sozialen Entwicklung
3. nachhaltiges Management natürlicher und ökologischer Ressourcen
4. größere Kohärenz der Politik der EU
5. bessere Governance auf allen Ebenen
6. Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung.

5.5 Der Einfluss der EU SDS auf die EZA der EU

Der Entstehungszusammenhang lässt erkennen, dass die scheinbar Verbündeten in Wirklichkeit gegeneinander arbeiten. Die Idealisten des Nordens wollen keine planmäßige Bevölkerungskontrolle, die Neumaterialisten des Südens wollen keine Konsumbeschränkungen. Hinzu kommt zum einen im Norden, dass die dortigen Altmaterialisten in ihrer erdrückenden Mehrheit ebenfalls keinen Konsumverzicht leisten wollen (allenfalls Umfrage-vermeintlich), zum anderen im Süden, dass Bevölkerungskontrolle – aus Gründen der Pfadabhängigkeit von Entwicklungen, wie gleich noch erläutert wird – ebenfalls nur marginal wirken kann, zumal im inzwischen erreichten Switch-Over-Stadium der Bevölkerungsentwicklung, wo alle wesentlichen Weichenstellungen längst stattgefunden haben. (Huber 2000: 1 f.)

Die Literatur zeigt sich bezüglich der Auswirkungen der EU SDS auf die EZA noch nicht besonders ergiebig, grundsätzlich scheint es sich im Bereich der Nord-Süd-Beziehungen ähnlich zu verhalten wie bei der Nachhaltigen Entwicklung auf EU-Ebene selbst: Das Bekenntnis zur Nachhaltigen Entwicklung hat eine eher rhetorische Bedeutung und somit vor allem einen symbolischen Wert. Nachdem die ökonomische Ebene auch im Innenraum die ökologischen Ambitionen dominiert (Baker 2007: 298; Steurer & Berger 2011: 104), ist es unwahrscheinlich, dass sich die Situation gerade bei den Außenbeziehungen, zumal jenen zu den traditionell im Weltsystem weniger gut gestellten Staaten, merklich geändert hat. Ein weiteres Indiz dafür ist, dass sich der Nachhaltigkeitsdiskurs vor allem durch die Ausblendung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse auszeichnet, die historischen Ursachen von Ökologie- und Verteilungsproblemen allenfalls oberflächlich thematisiert werden und somit eher den Rang „*rhetorischer Schnörkel*“ einnehmen (Eblinghaus & Stickler 1998: 12).

Hinzu kommt die im globalen Zusammenhang besonders brisante Problematik der Verteilungsgerechtigkeit. Wie bereits erwähnt, haben Konzepte der Nachhaltigen Entwicklung einen doppelten Gerechtigkeitsanspruch: einen inter- und einen intragenerationalen. Es ist vor allem Letzteres, das im Kontext der Nord-Süd-Beziehungen

von Bedeutung ist; es geht dabei um gleiche Rechte und Chancen sowie materielle Gleichheit, unabhängig von der geographischen Lage und der Stellung im Weltsystem. Um dieser Gerechtigkeitsforderung zu genügen, müssten Nachhaltigkeitskonzepte, wie die EU SDS samt ihrem Anhängsel, der Partnerschaft für eine Nachhaltige Entwicklung, daher zumindest einen Umbau des hierarchischen, auf Warenketten beruhenden Wirtschaftssystems fordern (ibid.: 151 f.). Eine derartige Forderung findet sich jedoch in keinem der beiden Nachhaltigkeitskonzepte der EU (vgl. Europäische Kommission 2001; Europäische Kommission 2002; Europäischer Rat 2006), oder gar in der Lissabon- beziehungsweise nunmehr Europa-2020-Strategie (vgl. Scherb 2012a; Europäische Kommission 2010b). Wie Eblinghaus und Stickler feststellen, sind das Beharren auf dem Dogma des Wirtschaftswachstums, das auch die eben genannten Dokumente auszeichnet, sowie die Diskussion um Technologietransfers vielmehr deutliche Hinweise darauf, dass die herrschenden arbeitsteiligen Wirtschaftsstrukturen gestärkt und modernisiert werden sollen (Eblinghaus & Stickler 1998: 152).

In enger Verbindung zum Thema intragenerationaler oder globaler Gerechtigkeit steht die Problematik der Verallgemeinerbarkeit des nördlichen Entwicklungsmodells; diese wird im Rahmen des allgemeinen Diskurses über die Nachhaltige Entwicklung nur selten infrage gestellt (ibid.), auf EU-Ebene findet sich hierzu kein Hinweis, im Gegenteil: Die Rhetorik in der Mitteilung zur Partnerschaft für eine Nachhaltige Entwicklung lässt eher darauf schließen, dass die *Vorreiterrolle des Nordens* (ibid.) auch hier nicht zur Diskussion steht:

Viele Länder in der ganzen Welt haben vom Wirtschaftswachstum profitiert. Die wesentlichsten Faktoren dabei waren die progressive Öffnung der Märkte und die Liberalisierung der ausländischen Direktinvestitionen. Seit 1960 hat sich der Welthandel verfünffach und das globale Pro-Kopf-Einkommen verdoppelt. Die Erfahrung zeigt, dass die Globalisierung auch weiterhin Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerungen generieren kann. ... Die Entwicklungsländer haben in vielen Bereichen Fortschritte gemacht. (Europäische Kommission 2002)

Allerdings lässt sich anhand des ökologischen Fußabdrucks zeigen, dass der imperiale Lebensstil (Brand & Wissen 2011b: 83) des Nordens im Rahmen der durch die Erde vorgegebenen natürlichen Bedingungen nicht in globalem Maßstab reproduzierbar ist (Wackernagel & Rees 1997: 25 ff.). Aber auch andere Faktoren sprechen gegen die Verallgemeinerbarkeit dieses imperialen Lebensstils, schließlich ist dieser nicht aus sich selbst heraus aufrechtzuerhalten, sondern basiert auf der Ausbeutung unterschiedlicher Ressourcen, von Raum und Senken sowie menschlicher Arbeits-

kraft von außerhalb (Brand & Wissen 2011b: 83). Diese Feststellung verweist ihrerseits auf die Theorie des ungleichen ökologischen Tauschs: Der Wohlstand des Nordens beruht auf der Entnahme von Ressourcen und dem Export der angehäuften Abfallprodukte in die südlichen Peripherien, wobei diese Austauschbeziehung durch ungleich strukturierte Handelsbeziehungen gekennzeichnet ist (Rice 2009: 230; Hornborg 2009: 242). Erschwerend kommt der durch die Bemühungen um eine Nachhaltige Entwicklung in den bisherigen Industrienationen und die damit verbundene Tendenz zum Greening der lokalen Wirtschaft bedingte Export umweltschädlicher, sogenannter schmutziger Produktionen, und somit quasi das Outsourcen der ökologischen Kosten, hinzu (Rice 2009: 223).

Der obige Ausschnitt aus der Mitteilung zur Partnerschaft für eine Nachhaltige Entwicklung deutet auf eine weitere Problematik in Verbindung mit den auch in der EU nach wie vor dominanten Vorstellungen vom Weg zu einer höheren Entwicklung hin, soll der Weg dorthin doch nach wie vor über die Öffnung für beziehungsweise die Integration in den Weltmarkt sowie die dafür notwendige Erlangung der Wettbewerbsfähigkeit führen (Michal-Misak 2006: 245). Allerdings ist durchaus fraglich, inwieweit sich die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit mit der Rhetorik von einem partnerschaftlichen Verhältnis in der EZA und dem Anspruch der intragenerationalen Gerechtigkeit verbinden lässt (Europäische Kommission 2002), impliziert erstere doch auch einen Konkurrenzkampf. Allerdings schließt sich mit dieser Konsistenz in den Vorstellungen darüber, wie Entwicklung erfolgreich stattfinden kann, der Kreis zur ersten Feststellung in dieser Arbeit: der Ausblendung bestehender Macht- und Herrschaftsstrukturen im Rahmen des Nachhaltigkeitsdiskurses (Eblinghaus & Stickler 1998: 12). Eine Revolution des bestehenden Systems ist daher vom Konzept der Nachhaltigen Entwicklung nicht zu erwarten. Stattdessen soll, zumindest bis zu einem gewissen Grad und sicher nicht uneigennützig, lediglich die Umweltverträglichkeit des globalen Wirtschaftens gewährleistet werden (Novy & Raza 1997: 6; Eblinghaus & Stickler 1998: 152).

6. Resümee

Die vorliegende Arbeit stellt einen Versuch dar, ausgehend von einer allgemeinen politökologischen Kritik des Konzeptes der Nachhaltigen Entwicklung dessen Institutionalisierung auf EU-Ebene sowie die sich daraus ergebenden Implikationen für die EZA der EU zu analysieren und kritisch zu hinterfragen. Dafür wurde im ersten Schritt die Beziehung des kapitalistischen Wirtschaftens zur Umwelt untersucht, denn zum Einen ist die EU ein bedeutender Akteur im kapitalistischen Weltsystem, zum Anderen ist der Kapitalismus der prinzipielle Referenzpunkt der Nachhaltigkeitsdebatte, auch wenn dies mittlerweile häufig ausgeblendet wird.

Die grundsätzliche Frage in diesem Zusammenhang ist, ob das System der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt auf eine nachhaltige Art und Weise organisiert werden kann. Festgestellt wurde der destruktive Charakter des Verhältnisses von Kapitalismus und Natur. Es ist durch einen prinzipiellen Widerspruch gekennzeichnet, der zumindest bis zu einem gewissen Grad durchaus jenem, der die soziale Dimension betrifft, ähnelt, denn auch wenn die kapitalistische Wirtschaft im Rahmen ihrer Produktion in letzter Konsequenz auf die Natur angewiesen ist, neigt sie aufgrund der ihr eigenen Dynamik der Kapitalakkumulation dazu, letztere mehr oder weniger rücksichtslos zu zerstören. Dieser Widerspruch ist auf die Inkompatibilität der kapitalistischen Wertkreisläufe, also der Akkumulationsdynamik, mit den natürlichen Stoffkreisläufen zurückzuführen, und ist somit in letzter Instanz nicht das Resultat von Ineffizienzen, welcher Art auch immer diese sein mögen.

Zudem impliziert diese Akkumulationsdynamik einen alles dominierenden Wachstumsimperativ, der die gesellschaftliche Organisation nachhaltig prägt und dadurch fatale Auswirkungen auf den Lebensstil hat; der Konsum kann in diesem Sinn als funktionales Pendant des Wachstums verstanden werden. Die im globalen Zusammenhang dominanten gesellschaftlichen Strukturen sind daher heute die Wachstums- respektive Konsumgesellschaft. Möglich wurde dies durch die energetische Revolution, welche die fossile Energie zur Basis des kapitalistischen Erfolgsmodells erhob. Die komplexe Dynamik entwickelter kapitalistischer Gesellschaften zeichnet sich dadurch aus, dass der Wachstumsimperativ durch die zumindest teilweise Verteilung der daraus erwachsenden Profite verallgemeinert werden konnte und der soziale Widerspruch mithin bis zu einem gewissen Grad auf die ökologische Ebene abgewälzt wurde. Dies ist eine der Erklärungen für das paradoxe Beharren auf dem

bisherigen System, auch wenn dessen destruktive Auswirkungen schon lange bekannt sind.

Dennoch ist der Kapitalismus durchaus fähig, bis zu einem gewissen Grad auf die von ihm verursachten Umweltprobleme zu reagieren; dies wurde anhand des Konzeptes der gesellschaftlichen Naturverhältnisse darzustellen versucht. Die Art und Weise, wie der Kapitalismus dazu tendiert, die ihm eigenen Krisen zu seinem Vorteil zu bearbeiten, lässt sich am Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Regulationsweise nachvollziehen; im Zuge dieses Übergangs kommt es auch zu einer Reorganisation der Naturverhältnisse, was aber nicht bedeutet, dass die ökologische Krise dadurch gelöst ist: Zum einen sind die verschiedenen gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht gegenseitig exklusiv, sondern wirken parallel und quasikomplementär, zum anderen handelt es sich dabei um eine Lösung zugunsten des Kapitals sowie der ihm eigenen Akkumulationsdynamik; zukünftige Widersprüche sind somit unweigerlich vorprogrammiert.

In diesem Kontext ist ebenfalls der Werdegang des Konzepts der Nachhaltigen Entwicklung zu sehen, das seinerseits in seinen Ursprüngen zwar bis ins 18. Jahrhundert zurückreicht, jedoch angesichts der scheinbaren Beherrschbarkeit der Natur durch die menschliche Technik nie wirklich an Bedeutung gewonnen hat. Erst als die ökologische Krise in den 1960er und 1970er Jahren zusehends massiver und der Glaube an Wachstum, Fortschritt und Entwicklung erstmals nachhaltig erschüttert wurden, setzte eine Debatte ein, die den Anfang des Nachhaltigkeitsdiskurses, wie wir ihn heute kennen, markiert. Die Krise des Fordismus und die Politisierung der Ökologiedebatte gehen Hand in Hand, die Thematik findet daher auch Eingang in die internationalen Gremien und entwickelt somit eine Dynamik, der sich, zumindest auf der rhetorischen Ebene, kaum jemand entziehen kann. Zum ersten Mal wird, inspiriert von einer entsprechenden Studie, ernsthaft darüber nachgedacht, ob dem ungezügelten Wachstum natürliche Grenzen gesetzt sein könnten; die Konsequenzen dieser Annahme sind jedoch für die Allgemeinheit in der Form verstörend und nicht akzeptabel, so dass sich schließlich alternative Interpretationen der Problematik, die im Sinne des Systems nachhaltige und somit zufriedenstellendere Lösungen erlauben, durchsetzen.

Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung nimmt daraufhin mehr und mehr Gestalt an. Es verbindet die Diskurse von Umwelt und Entwicklung untrennbar miteinander

und verfügt in diesem Sinne einen doppelten Gerechtigkeitsanspruch, geht es doch sowohl darum, die Bedingungen für zukünftige Generationen, zumindest auf einem gewissen Niveau, zu erhalten, als auch die gegenwärtigen Bedingungen im globalen Kontext zu verbessern, indem eine gerechtere Verteilung von Wohlstand und Entwicklung ermöglicht wird. Aus den absoluten werden relative Grenzen. Problematisch ist am Konzept der Nachhaltigen Entwicklung jedoch von Anfang an seine definitivische Unschärfe, wobei davon auszugehen ist, dass eben dies für die durchaus breite Akzeptanz verantwortlich ist. Dadurch ist es nicht zuletzt möglich, unterschiedliche Interessen ohne eingehende Debatte unter einem Dach zu vereinen und so zumindest vordergründig Kompromisse zwischen diesen zu ermöglichen.

Insgesamt lassen sich dementsprechend verschiedene Zugänge zum Thema Nachhaltige Entwicklung unterscheiden, die divergente Vorstellungen darüber, wie diese zu erreichen sein soll, mit sich bringen. Auf der substanziellen Ebene kann zwischen ökozentrischen und technozentrischen Ansätzen unterschieden werden, wobei letztere eindeutig dominieren. Diese wollen das bestehende System nicht grundsätzlich revolutionieren, sondern lediglich dahingehend transformieren. Auf die Art und Weise erscheint es nicht notwendig, dem dominanten Wachstumsparadigma eine klare Absage zu erteilen – im Gegenteil: Es eröffnen sich neue, bisher unbedachte Möglichkeiten, diesem zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen. Die diesbezüglichen Schlagworte sind Ökologische Modernisierung, Green Economy sowie Green New Deal, mit deren Hilfe das Wachstum in grüne und damit nachhaltige Bahnen gelenkt werden soll.

Angesichts der dadurch imaginierten Win-Win-Situation sind die Chancen für alternative Konzeptionen, die auf einer Abkehr vom Wachstumspfad aufbauen und mithin eine unumgängliche Veränderung des lieb gewonnenen und bequemen westlichen Lebensstils und Wohlstandsverständnisses bedingen, ungeachtet der Tatsache, dass etwa die Berechnungen zum Ökologischen Fußabdruck zeigen, dass dieser nicht uneingeschränkt globalisierbar ist, als eher gering anzusehen. Abgesehen davon zeigen eingehende Untersuchungen der für ein Greening der wirtschaftlichen Produktion notwendigen Effizienzsteigerungen, dass diese zwar bis zu einem gewissen Grad durchaus realisiert, jedoch im selben Moment durch das kontinuierlich steigende Wachstum gleich wieder neutralisiert werden. Insgesamt ist es dem technologischen Fortschritt, jedenfalls aktuell, nicht möglich, das Versprechen einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum einerseits und der in den klassischen nördlichen

Industriestaaten etablierten Formen von Wohlstand und Lebensqualität andererseits tatsächlich einzuhalten.

Es zeigt sich somit, dass das Versprechen der Green Economy, Wachstum und Nachhaltigkeit zu versöhnen, nur eine Illusion ist. Dafür sprechen nicht zuletzt das tendenziell andauernde, wenn nicht sich verstärkende Moment der ökologischen Krise und das beständige Auftreten neuer, vielfältiger Krisen, sodass sich insgesamt das Bild einer multiplen Krisendynamik ergibt. Die Unfähigkeit des Konzepts der Nachhaltigen Entwicklung, hier sinnvoll gegenzusteuern, ist durch die Tatsache bedingt, dass Macht- und Herrschaftsverhältnisse tendenziell ausgeblendet werden; die historischen Ursachen von Ökologie- und Verteilungsproblemen werden mithin konsequent ignoriert.

Auch die EU als bedeutende und einflussreiche Akteurin im globalen Zusammenhang, vor allem was den Bereich der EZA anbelangt, setzt in ihrer Adaption des Konzeptes der Nachhaltigen Entwicklung vor allem auf die Ökologische Modernisierung und damit das angebliche Potential der Green Economy, den Widerspruch zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit zu lösen. Das ist aufgrund ihrer traditionellen, wenngleich nicht dauerhaft erfolgreichen Fokussierung auf die wirtschaftliche Prosperität, welche seit ihrer Entstehung die gesamte weitere Entwicklung maßgeblich prägt, nicht verwunderlich. Das Bekenntnis zur Nachhaltigen Entwicklung ist in diesem Sinne ein rein rhetorisches und hat zwar entscheidende symbolische Bedeutung, vermag sich jedoch nicht gegen die Zwänge des Wachstumsparadigmas durchzusetzen.

Gleichzeitig, entsprechend dem Wandel in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, ist dieses Bekenntnis auch logische Konsequenz der postfordistischen Umstrukturierungen unter neoliberalen Vorzeichen, die jedoch ihrerseits von einer Dominanz der ökonomischen Sphäre gekennzeichnet sind. Schließlich wird die kapitalistische Wirtschaft nur dahingehend transformiert, dass sich neue, bessere Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital ergeben; die krisenhaften Widersprüche des Kapitalismus werden somit nicht nachhaltig gelöst, sondern nur provisorisch bearbeitet, um der Dynamik der Wirtschaft und damit auch den Interessen des Kapitals kurzfristig nicht im Weg zu stehen.

Auch im Bereich der EZA der EU lassen sich keine nennenswerten Veränderungen in der strategischen Ausrichtung feststellen; Nachhaltige Entwicklung auf globaler

Ebene wird offenbar als kompatibel mit dem neoliberalen Ideal des Freihandels verstanden und soll lediglich dazu beitragen, allfällige negative Nebeneffekte desselben zu mildern. Da jedoch eine strukturelle Veränderung der dominanten Lebens- und Produktionsweise ausbleibt, ist es mehr als unwahrscheinlich, dass die Nachhaltige Entwicklung zu einer tatsächlichen Verbesserung der Situation beiträgt; diese scheint vielmehr die Funktion eines Feigenblattes zu erfüllen. Zudem wirkt sich die den internen Bemühungen um eine lokale Nachhaltige Entwicklung geschuldete Tendenz zur ökologischen Modernisierung negativ auf die Nachhaltigkeit peripherer Ökonomien aus, da weniger die Eliminierung als vielmehr die Verschiebung der sogenannten schmutzigen Produktion in den Bereich der letzteren zu beobachten ist.

Diese Erkenntnisse erhärten die zu Beginn aufgestellten Hypothesen. Wirtschaftliche Entwicklung und Nachhaltigkeit erscheinen nicht dauerhaft kompatibel, dennoch ist das Wachstumsparadigma nach wie vor dominant. Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung wurde vielmehr in eine im kapitalistischen Sinne verwertbare Logik umgewandelt. Aufgrund der damit verbundenen positiven Konnotation wird die ökologische Krise offenbar nicht als drängend genug empfunden, um einen prinzipiellen Systemwandel anzustoßen. Trotz der, gerade im Rahmen des Bekenntnisses zu einer Partnerschaft für die Nachhaltige Entwicklung auf globalem Niveau vorgebrachten gegenteiligen Argumentation unterscheiden sich die Interessen der Mitgliedsstaaten der EU massiv von jenen ihrer angeblichen Partner, was für sich bereits eine logische Konsequenz des zunehmenden Wettbewerbs auf globaler Ebene darstellt. Eigeninteresse ist auch in diesem Zusammenhang stärker als allfällige altruistische Motive.

Literaturverzeichnis

- Altwater, Elmar & Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altwater, Elmar (1992): Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Weltordnung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altwater, Elmar (1997): Die Zukunft des Marktes. Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden' Sozialismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altwater, Elmar (1998): Das sinnlose Opfer ökologischer Nachhaltigkeit in der globalen Finanzkrise. In: Littig, Beate (Hsg.): Ökologie und soziale Krise. Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit? Wien: Verband Wiener Volksbildung, S. 58-75.
- Altwater, Elmar (2011a): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. 7. Auflage. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altwater, Elmar (2011b): Mit Green New Deal aus dem Wachstumsdilemma? In: Widerspruch 60, S. 119-132.
- Amelung, Nina; Mayer-Scholl, Barbara; Schäfer, Martina & Weber, Janine (2008): Einstieg in die Nachhaltige Entwicklung. In: Amelung, Nina; Weber, Janine; Schäfer, Martina & Mayer-Scholl Barbara (Hsg.): Einstieg in die Nachhaltige Entwicklung. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 5-20.
- Amin, Samin (1997): Die Zukunft des Weltsystems. Herausforderungen der Globalisierung. Hamburg: VSA-Verlag.
- Andersson, Jan Otto & Lindroth, Mattias (2001): Ecologically Unsustainable Trade. In: Ecological Economics, No. 37, S. 113-122.
- Barthelt, Rainer (2005): Die Welt vor dem Abgrund. Krieg, Armut, Hunger, Klimaänderung, Umweltzerstörung, Terrorismus, Drogen und Korruption. Was kann Entwicklungshilfe leisten? Düsseldorf: Droste Verlag.
- Baker, Susan (1997): The Evolution of European Environmental Policy: from growth to sustainable development? In: Baker, Susan; Kousis, Maria, Richardson, Dick & Young, Stephen (Hsg.): The Politics of Sustainable Development. Theory, Policy and Practice within the European Union. London & New York: Routledge, S. 91-106.

- Baker, Susan (2007): Sustainable Development as Symbolic Commitment: Declaratory Politics and the Seductive Appeal of Ecological Modernisation in the European Union. In: Environmental Politics, Vol. 16, No. 2, S. 297-317.
- Becker, Joachim; Imhof, Karen; Jäger, Johannes & Staritz, Cornelia (2007): Einleitung: Variationen kapitalistischer Entwicklung. In: dies. (Hsg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, S. 7-62.
- Becker, Joachim & Jäger, Johannes (2012): Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism. In: Competition and Change. Vol. 16, No. 3, S. 169-187.
- Beckmann, Martin; Bieling, Hans-Jürgen & Deppe, Frank (2003): 'Euro-Kapitalismus': Begriffliche Provokation oder heuristische Analysekonzeption? In: dies. (Hsg.): 'Euro-Kapitalismus' und globale politische Ökonomie. Hamburg: VSA-Verlag, S. 7-17.
- Bieler, Andreas (2009): Globalization and Regional Integration: The Possibilities and Problems for Trade Unions to Resist Neoliberal Restructuring in Europe. In: Van Apeldoorn, Bastiaan, Drahokoupil, Jan & Horn, Laura (Hsg.): Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance: From Lisbon to Lisbon. Basingstoke: Palgrave, S. 232-249.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): *Die neue europäische Ökonomie: Transnationale Machtstrukturen und Regulationsform*. In: Beckmann, Martin; Bieling, Hans-Jürgen & Deppe, Frank (Hsg.): 'Euro-Kapitalismus' und globale politische Ökonomie. Hamburg: VSA-Verlag, S. 41 – 67.
- Binswanger, Hans Christoph (2006): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Blaikie, Piers M. & Brookfield, Harold C. (1987): Land Degradation and Society. London: Methuen.
- Blühdorn, Ingolfur (2001): Reflexivity and self-referentiality: on the normative foundations of ecological communication. In: Critical Studies, Vol. 16, S. 181-201.
- Brand, Ulrich & Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um die genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich; Görg, Christoph; Hirsch, Joachim & Wissen, Markus (2008): Conflicts in Environmental Regulation and the Internationalisation of the State. Contested Terrains. London & New York: Routledge.

- Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates. In: Becker, Joachim; Imhof, Karen; Jäger, Johannes & Staritz, Cornelia (Hsg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, S. 260-279.
- Brand, Ulrich (2009): Die multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Berlin: Im Auftrag der Heinrich Böll Stiftung. online unter: <http://www.boell.de/de/content/die-multiple-krise> [Zugriff: 06.01.2014]
- Brand, Ulrich (2012): Green Economy – the Next Oxymoron? No Lessons Learned from Failures of Implementing Sustainable Development. In: GAIA, Vol. 21, No. 1, S. 28-32.
- Brand, Ulrich (2013): Schöne, grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy. Berlin: Luxemburg Argumente Nr. 3, 3., überarbeitete Auflage. online: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_GreenEconomy_dt_3.pdf [Zugriff: 06.11.2013]
- Brand, Ulrich & Wissen, Markus (2011a): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Vol. 36 No. 2, S. 12-34.
- Brand, Ulrich & Wissen, Markus (2011b): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirović, Alex; Dück, Julia; Becker, Florian; Bader, Pauline (Hsg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 78-93.
- Brangsch, Lutz; Dellheim, Judith; Spangenberg, Joachim; Wolf, Frieder Otto (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation. rls Manuskripte 99, Berlin: Karl Dietz Verlag. online: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte_99.pdf [Zugriff: 06.11.2013]
- Breitenfellner, Andreas (2009): Wachstum – Krise – Wandel. In: Hinterberger, Friedrich; Hutterer, Harald; Omann, Ines & Freytag, Elisabeth (Hsg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien: Mandelbaum, S. 29-94.
- Brunnengräber, Achim (2002): Umwelt- oder Gesellschaftskrise? Zur politischen Ökonomie des Klimas. In: Görg, Christoph & Brand, Ulrich (Hsg.): Mythen globalen Umweltmanagements: Rio + 10 und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. 1. Auflage; Einsprüche 13, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 192-215.

- Bryant, Raymond L. & Bailey, Sinéad (1997): *Third World Political Ecology*. London & New York: Routledge.
- Bunker (2007): *Natural Values and the Physical Inevitability of Uneven Development under Capitalism*. In: Hornborg, Alf; McNeill, J.R. & Martinez-Allier, Joan (Hsg.): *Rethinking Environmental History. World-System History and Global Environmental Change*. Lanham: Altamira Press, 239-258.
- Cafruny, Alan (2008): *Geopolitics and Neoliberalism: US - Power and the Limits of European Autonomy*. In: Van Apeldoorn, Bastiaan, Drahokoupil, Jan & Horn, Laura (Hsg.): *Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance: From Lisbon to Lisbon*. Basingstoke: Palgrave, S. 64-83.
- Cafruny, Alan & Ryner, Magnus (2006): *The EMU and the Transatlantic and Social Dimensions of the Crisis of the European Union*. Central and East European International Studies Association, 4th Annual Convention. University of Tartu, Estonia.
- Carlowitz, Hans Carl von (2009): *Sylvicultura Oeconomica oder haußwirthliche Nachricht und Naturmäßige Anweisung zur Wilden Baum-Zucht*. Reprint der zweiten Auflage 1732. Leipzig: Verlag Kessel.
- Cattaneo, Claudio; D'Alisa, Giacomo; Kallis, Giorgos; Zografos, Christos (2012): *Degrowth futures and democracy*. In: *Futures*. Vol. 44, No. 6, S. 515–523.
- Chesnais, François; Serfati, Claude (2004): *Die physischen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion*. In: Zeller, Christian (Hsg.): *Die globale Enteignungsökonomie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 255–294.
- Daly, Hermann E. (1998): *Consumption. The Economics of Value Added and the Ethics of Value Distributed*. In: Westra, Laura & Werhane, Patricia Hogue (Hsg.): *The Business of Consumption. Environmental Ethics and the Global Economy*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers, S. 17-29.
- Dannecker, Petra (2010): *Gender, Entwicklung und Globalisierung – Ein Überblick*. In: Kolland, Franz; Dannecker, Petra; Gächter, August; Suter, Christian (Hsg.): *Soziologie der globalen Gesellschaft. Eine Einführung*. Wien: Mandelbaum, S. 263-293.
- David, Wilfred Lascelles (1988): *The Political Economy of Economic Policy: The Quest for Human Betterment*. New York: Praeger.
- Dietz, Kristina & Wissen, Markus (2009): *Kapitalismus und „natürliche Grenzen“*. Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise. In: *Prokla*, Vol. 39, No. 9, S. 351-369.

- Eblinghaus, Helga & Stickler, Armin (1998): *Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development*. Frankfurt am Main: IKO – Verein für Interkulturelle Kommunikation.
- Ehrlich, Paul Ralph (1968): *The Population Bomb*. Ballantine Books.
- Ehrlich, Paul & Ehrlich, Anne (1990): *The Population Explosion*. London: Hutchinson.
- Ekins, Paul (1993): 'Limits to growth' and 'sustainable development': grappling with the ecological realities. In: *Ecological Economics*, Vol. 8, No. 3, S. 269-288.
- Enders, Judith C. & Remig, Moritz (2013): *Perspektiven nachhaltiger Entwicklung – eine Einführung*. In: dies. (Hsg.): *Perspektiven nachhaltiger Entwicklung – Theorien am Scheideweg*. Marburg: Metropolis-Verlag, 7-12.
- EU (o.J.): Zusammenfassung der EU-Gesetzgebung: Nachhaltige Entwicklung. online:
http://europa.eu/legislation_summaries/environment/sustainable_development/index_de.htm
[Zugriff: 18.02.2013]
- EU (1997): Vertrag von Amsterdam. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. online:
<http://www.europarl.europa.eu/topics/treaty/pdf/amst-de.pdf>
[Zugriff: 08.01.2014]
- EU (2002): Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik. online:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:046:0001:0019:DE:PDF>
[Zugriff: 28.11.2013]
- EU (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt – Europäische Sicherheitsstrategie. online:
<http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>
[Zugriff: 28.11.2013]
- Europäische Kommission (2001): *Nachhaltige Entwicklung in Europa für eine bessere Welt: Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung* (Vorschlag der Kommission für den Europäischen Rat in Göteborg) online: [[KOM\(2001\) 264](#)]
[Zugriff: 18.11.2013]
- Europäische Kommission (2002): *Auf dem Weg zu einer globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung*. online: [[KOM \(2002\) 82](#)]
[Zugriff: 18.11.2013]

- Europäische Kommission (2010a): Bewertung der Lissabon Strategie. SEK(2010) 114. online: <http://www.uni-mannheim.de/edz/pdf/sek/2010/sek-2010-0114-de.pdf>
[Zugriff: 28.12.2013]
- Europäische Kommission (2010b): *Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:2020:FIN:DE:PDF>
[Zugriff: 12.11.2013]
- Europäischer Rat (2006): *Review of the EU Sustainable Development Strategy (EU SDS) – Reviewed Strategy*. online:
<http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=EN&t=PDF&gc=true&sc=false&f=ST%2010917%202006%20INIT&r=http%3A%2F%2Fregister.consilium.europa.eu%2Fpd%2Fen%2F06%2Fst10%2Fst10917.en06.pdf>
[Zugriff: 28.12.2013]
- Eurostat (2013): Indikatoren für nachhaltige Entwicklung. online:
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/indicators> sowie
<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/sdi/context>
[Zugriff: 28.12.2013]
- Fritsche, Andrea; Behr, Martin (2010): Mächtige Entwicklungszusammenarbeit in der globalen Welt? In: Kolland, Franz; Dannecker, Petra; Gächter, August; Suter, Christian (Hsg.): *Soziologie der globalen Gesellschaft. Eine Einführung*. Wien: Mandelbaum, S. 355-382.
- Görg, Christoph (2003a): *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, Christoph (2003b): *Gesellschaftstheorie und Naturverhältnisse. Von den Grenzen der Regulationstheorie*. In: Brand, Ulrich & Raza, Werner (Hsg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 175-194.
- Görg, Christoph (2004): *Postfordistische Transformation der Naturverhältnisse*. In: Beerhorst, Joachim; Demirović, Alex & Guggemos, Michael (Hsg.): *Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 199-226.
- Gould, Kenneth Alan; Schnaiberg, Allan & Weinberg, Adam S. (1996): *Local Environmental Struggles: Citizen Activism in the Treadmill of Production*. Cambridge University Press.
- Grober, Ulrich (2013): *Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Zur Genealogie des Leitbegriffs*. In: Enders, Judith C. & Remig, Moritz (2013, Hsg.): *Perspektiven nachhaltiger Entwicklung – Theorien am Scheideweg*. Marburg: Metropolis-Verlag, 13-25.

- Grunwald, Armin & Kopfmüller, Jürgen (2012): Nachhaltigkeit. Eine Einführung. 2., aktualisierte Auflage. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Grunwald, Armin (2013): Wie viel und welche Theorie benötigt nachhaltige Entwicklung? Konzeptionelle Überlegungen. In: Enders, Judith C. & Remig, Moritz (2013, Hsg.): Perspektiven nachhaltiger Entwicklung – Theorien am Scheideweg. Marburg: Metropolis-Verlag, 27-46.
- Haberl, Helmut; Fischer-Kowalski, Marina; Krausmann, Fridolin; Martinez-Alier, Joan & Winiwarter, Verena (2009): A Socio-metabolic Transition towards Sustainability? Challenges for Another Great Transformation. In: Sustainable Development, Vol. 19, No. 1, S. 1-14.
- Hardin, Garrett (1968): The Tragedy of the Commons. In: Science, New Series, Vol. 162, No. 3859, S. 1243-1248.
- Harvey, David (1993): The Nature of Environment: The Dialectics of Social and Environmental Change. In: Miliband, Ralph; Panich, Leo (Hsg.): Socialist Register 1993: Real Problems False Solutions. London: Merlin Press, S. 1-51.
- Hauff, Volker (1987, Hsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Grevén: Eggenkamp.
- Hausknost, Daniel & Haas, Willi (2013): The Role of Innovation in a Socio-ecological Transition of the European Union. Neujobs Working Paper No. D 1.4. online: http://www.neujobs.eu/sites/default/files/NEUJOBS_Del1.4.pdf [Zugriff: 06.12.2013]
- Hildyard, Nicholas (1994): Wie Füchse als Wächter von Hühnern. Die Rio-Konferenz und ihre Akteure. In: Sachs, Wolfgang (Hsg.): Der Planet als Patient: Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik. Berlin, Basel, Boston: Birkhäuser, 43-62.
- Hinterberger, Friedrich; Hutterer, Harald; Omann, Ines; Pirgmaier, Elke; Glljum, Stefan; Stocker, Andrea & Teufel, Andreas (2009): Welches Wachstum ist nachhaltig? - Ein Argumentarium. In: Hinterberger, Friedrich; Hutterer, Harald; Omann, Ines & Freytag, Elisabeth (Hsg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien: Mandelbaum, S. 29-94.
- Hornborg, Alf (1998): Towards an Ecological Theory of Unequal Exchange: articulating World System Theory and Ecological Economics. In: Ecological Economics, Vol. 25, S. 127-136.
- Hornborg, Alf (2003): Cornucopia or Zero-Sum: The Epistemology of Sustainability. In: Journal of World-System Research, Vol. IX, No. 2, S. 205-216.

- Hornborg, Alf (2009): Zero-Sum World: Challenges in Conceptionalizing Environmental Load Displacing and Ecologically Unequal Exchange in the World System. In: International Journal of Comparative Sociology, Vol. 50, No. 3-4, S. 237-262.
- Huber, Joseph (1999): Industrielle Ökologie. Konsistenz, Effizienz und Suffizienz in zyklusanalytischer Betrachtung. Beitrag zur „Global Change“ VDW-Jahrestagung, Berlin, 28.-29.Oktober 1999. online: <http://www.soziologie.uni-halle.de/emmeriti/huber/docs/industrial.pdf>
[Zugriff: 08.12.2013]
- IUCN – International Union for the Conservation of Nature; UNEP – United Nations Environmental Programme; WWF – World Wildlife Fund (1980): The World Conservation Strategy: Living Ressource Conservation for Sustainbale Development, Gland. online: <http://data.iucn.org/dbtw-wpd/edocs/WCS-004.pdf>
[Zugriff: 06.12.2013]
- Jahn, Thomas & Wehling, Peter (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Konturen eines theoretischen Konzepts. In: Brand, Karl-Werner (Hsg.): Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 75-93.
- Jorgenson, Andrew K. & Burns, Thomas J. (2007): The political-economic causes of change in the ecological footprints of nations, 1991–2001: A quantitative investigation. In: Social Science Research, No. 36, S. 834-853.
- Jorgenson, Andrew K.; Austen, Kelly & Dick, Christopher (2009): Ecologically Unequal Exchange and the Resource Consumption/Environmental Degradation Paradox: A Panel Study of Less-Developed Countries, 1970 – 2000. In: International Journal of Comparative Sociology, Vol. 50, No. 3-4, S. 263-284.
- Jorgenson, Andrew K. & Clark, Brett (2011): Societies consuming nature: A panel study of the ecological footprints of nations, 1960–2003. In: Social Science Research, No. 40, S. 226- 244.
- Kannankulam, John & Georgi, Fabian (2012): Die Europäische Integration als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen. Hegemonieprojekte im Kampf um das ‚Staatsprojekt Europa‘. Arbeitspapier Nr. 30. Marburg: Forschungsgruppe Europäische Integration am Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaft und Philosophie der Philipps-Universität Marburg. online: <http://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/eipoe/publikationen/publikationen/a30.pdf>
[Zugriff: 18.12.2013]
- Kallis, Giorgos; Kerschner, Christian; Martinez-Alier, Joan (2012): The economics of degrowth. In: Ecological Economics, Vol. 84, S. 172-180.

- Karathanassis, Athanasios (2010): Umweltpolitik, ökonomische Naturverhältnisse und die Systemfrage. Einblicke und Ausblicke aus politisch-ökonomischer Sicht. In: Schmiederer, Falko (Hsg.): Die Krise der Nachhaltigkeit. Zur Kritik der politischen Ökologie. Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 33-55.
- Keil, Roger; Bell, David V.J.; Penz, Peter & Fawcett, Leesa (1998): Editors' Introduction. In: (dies., Hsg.): Political Ecology. Global and Local. London & New York: Routledge, S: 1-16.
- Köhler, Bettina & Wissen, Markus (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: Lösch, Bettina & Thimmel, Andreas (Hsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 217-227.
- Kopp, Ursula (2006): The EU SDS process. ESDN Quarterly Report May. online: http://www.sd-network.eu/?k=quarterly%20reports&report_id=1 [Zugriff: 02.01.2014]
- Laursen, Finn (2009): The EU in the Global Political Economy. Overview of Institutions, Instruments and Relations. In: ders. (Hsg.): The EU in the Global Political Economy. Brüssel: Peter Lang, S. 19–44.
- Lebensministerium
online unter: <http://www.lebensministerium.at>
[Zugriff: 18.02.2013]
- Lélé, Sharachchandra M. (1991): Sustainable Development: A Critical Review. In: World Development, Vol. 19, No 6, S. 607-621.
- Leff, Enrique (1996): Marxism and the Environmental Question. From the Critical Theory of Production to an Environmental Rationality for Sustainable Development. In: Benton, Ted (Hsg.): The Greening of Marxism. New York: The Guilford Press, S. 137-156.
- Leff, Enrique (2002): Die Geopolitik nachhaltiger Entwicklung – Ökonomisierung des Klimas, Rationalisierung der Umwelt und die gesellschaftliche Wiederaneignung von Natur. In: Görg, Christoph & Brand, Ulrich (Hsg.): Mythen globalen Umweltmanagements: Rio + 10 und die Sackgassen nachhaltiger Entwicklung. 1. Auflage; Einsprüche 13, Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 92-117.
- Luks, Fred (2001): Die Zukunft des Wachstums. Theoriegeschichte, Nachhaltigkeit und die Perspektiven einer neuen Wirtschaft. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Luks, Fred (2002): Nachhaltigkeit. Hamburg: Europäische Verlagsanstalt I Sabine Groenewald Verlage.

- Mahnkopf, Birgit (2004): Entwicklungspolitik unter den Bedingungen der Globalisierung. Vom Scheitern normativer Leitbilder an systemischen Fragen. In: Gerlach, Olaf; Kalmring, Stefan; Kumitz, Daniel & Nowak, Andreas (Hsg.): Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie. Frankfurt am Main: Brandes & Aspel, S. 77-90.
- Malthus, Thomas Robert (1789): Essay on the principle of population. online: <http://www.esp.org/books/malthus/population/malthus.pdf> [Zugriff: 06.11.2013]
- Marx, Karl (1979): Das Kapital. Band 1: Kritik der politischen Ökonomie. Berlin: Dietz.
- Meadows, Dennis; Meadows, Donella H.; Zahn, Erich & Milling, Peter (1972, Hsg.): Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart: Deutsche Verlags Anstalt.
- Meyer, Ina (2009): Wachstum, technologische Entwicklung und Nachhaltigkeit. In: Hinterberger, Friedrich; Hutterer, Harald; Omann, Ines & Freytag, Elisabeth (Hsg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien: Mandelbaum, S. 182 - 192.
- Michal-Misak, Silvia (2006): Die Europäische Union als Akteurin der Entwicklungszusammenarbeit. In: De Abreu Fialho Gomez, Bea; Maral-Hanak, Irmi; Schicho, Walter (Hsg.): Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen. Wien: Mandelbaum Verlag, S.227 - 248.
- Müller, Ralf (2007): Europäische Entwicklungspolitik zwischen gemeinschaftlicher Handelspolitik, intergouvernementaler Außenpolitik und ökonomischer Effizienz. Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Neumann, Roderick P. (2005): Making Political Ecology. London: Hodder Arnold.
- Novy, Andreas & Raza, Werner G. (1997): Einleitung. In: Raza, Werner G. & Novy, Andreas (Hsg.): Nachhaltig reich – nachhaltig arm? Frankfurt am Main: Brandes & Aspel, S. 6-10.
- O'Connor, James (1988): Capitalism, Nature, Socialism. A theoretical Introduction. In: Capitalism, Nature, Socialism. Vol. 1, Nr. 1, S. 11-38.
- O'Connor, James (1994): Is Sustainable Capitalism Possible? In: O'Connor, Martin (Hsg.): Is Capitalism Sustainable? Political Economy and the Politics of Ecology. New York: The Guilford Press, S. 152-175.
- OECD (2001): Towards Green Growth. online: <http://www.oecd.org/greengrowth/48224539.pdf> [Zugriff: 08.01.2014]

- Oldenbruch, Günther (2006): Einführung in Aufgaben und Arbeitsweise der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Entwicklungspolitik. In: Thedieck, Franz (Hsg.): Europäische Entwicklungszusammenarbeit als Herausforderung. Baden-Baden: Nomos, S. 13-45.
- Paech, Niko (2009): Die Postwachstumsökonomie als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. In: Hinterberger, Friedrich; Hutterer, Harald; Omann, Ines & Freytag, Elisabeth (Hsg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien: Mandelbaum, S. 215-223.
- Paech, Niko (2013): Wege aus der Wachstumsdiktatur. In: Welzer, Harald; Wiegandt, Klaus (Hsg.): Wege aus der Wachstumsgesellschaft. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch, S. 200-219.
- Peet, Richard & Watts, Michael (2004): Liberating Political Ecology. In: dies. (Hsg.): Liberation Ecologies. Environment, Development, Social Movements. London & New York: Routledge, S. 3-47.
- Pfetsch, Frank R. (2001): Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Prozesse. 2., erweiterte und aktualisierte Auflage. München: Fink.
- Pichler, Melanie (2009): Neue Allianzen in der Umwelt- und Energiepolitik: die Politik der EU in Bezug auf Agrartreibstoffe und ihre Auswirkungen in Indonesien. Wien: Universität Wien, Diplomarbeit.
- Pinder, John & Usherwood, Simon (2007): The European Union. A very Short Introduction. Oxford: Oxford University Press.
- Pirgmaier, Elke (2008): Lisbon and Sustainable Development Strategies in the EU: How does mutual recognition take place in practice? Wien: Wirtschaftsuniversität Wien, Diplomarbeit.
- Raffer, Kunibert (1983): Verteilungspolitische Aspekte des Umweltschutzes: Ein Beitrag zur Diskussion Ökonomie : Ökologie. In: Kux, Sebastian & Raffer, Kunibert (Hsg.): Symposium 'Umwelt und Wirtschaft'. Wien: Europäische Akademie Wien in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen.
- Raffer, Kunibert (2001): Cotonou: Slowly Undoing Lomé's Concept of Partnership. European Development Policy Study Group, Discussion Paper 21, online: www.business.mmu.ac.uk/edpsg/docs/Dp21.doc [Zugriff: 06.01.2014]
- Raza, Werner (1997): Entwicklungsdynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft, Naturaneignung und ökologische Verteilung. In: Raza, Werner G.; Novy, Andreas (Hsg.): Nachhaltig reich – nachhaltig arm? Frankfurt am Main: Brandes & Aspel, S. 104-134.

- Raza, Werner (2003): Politische Ökonomie und Natur im Kapitalismus. Skizze einer regulationstheoretischen Konzeptualisierung. In: Brand, Ulrich & Raza, Werner (Hsg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 158-174.
- Raza, Werner & Brand, Ulrich (2003): Einleitung: Der Regulationsansatz als Fordismus- oder Kapitalismustheorie? In: Brand, Ulrich & Raza, Werner (Hsg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 7–16.
- Rees, William E. (1998): Reducing the Ecological Footprint of Consumption. In: Westra, Laura & Werhane, Patricia Hogue (Hsg.): The Business of Consumption. Environmental Ethics and the Global Economy. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers, S. 113-130.
- Rice, James (2007): Ecological Unequal Exchange: International Trade and Uneven Utilization of Environmental Space in the World System. In: Social Forces, Vol. 85 No. 3, S. 1369 - 1392.
- Rice, James (2009): The Transnational Organization of Production and Uneven Environmental Degradation and Change in the World Economy. In: International Journal of Comparative Sociology, Vol. 50, No. 3-4, S. 215-236.
- Robbins, Paul (2012): Political Ecology. A Critical Introduction. Second Edition. Wiley Blackwell.
- Sachs, Wolfgang (1994): Globale Umweltpolitik im Schatten des Entwicklungsdenkens. In: ders. (Hsg.): Der Planet als Patient: Über die Widersprüche globaler Umweltpolitik. Berlin, Basel, Boston: Birkhäuser, 15-42.
- Scherb, Johannes (2012a): Lissabon Strategie (Lissabon Prozess). In: Bergmann, Jan (Hg.), Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos. online:
http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Lexikon/Pdf/Lissabon_Strategie.pdf [Zugriff: 08.01.2014]
- Scherb, Johannes (2012b): Cardiff-Prozess. In: Bergmann, Jan (Hg.), Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos. online:
http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Lexikon/Pdf/Cardiff_Prozess.pdf [Zugriff: 08.01.2014]
- Schnaiberg, Allan & Gould, Kenneth Alan (1994): Environment and Society: The Enduring Conflict. New York: St. Martin's Press.

- Schnaiberg, Allan (1997): Sustainable Development and the Treadmill of Production. In: Baker, Susan; Kousis, Maria; Richardson, Dick & Young, Stephen (Hsg.): The Politics of Sustainable Development. Theory, Policy and Practice within the European Union. London & New York: Routledge, S. 72-88.
- Schnaiberg, Allan; Pellow, David N. & Weinberg, Adam (2000): The Threadmill of Production and the Environmental State.
- Schwarzbauer, Wolfgang; Schuh, Ulrich (2009): Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum. In: Hinterberger, Friedrich; Hutterer, Harald; Omann, Ines & Freytag, Elisabeth (Hsg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien: Mandelbaum, S. 176 - 181.
- Statz, Albert (1989): Die Entwicklung der europäischen Integration – ein Problemaufriss. In: Deppe, Frank; Huffschild, Jörg; Weiner, Klaus-Peter (Hsg.): 1992 – Projekt Europa. Politik und Ökonomie der Europäischen Gemeinschaft. Köln: Pahl - Rugenstein Verlag, S. 13 – 38.
- Steurer, Reinhard & Berger, Gerald (2011): The EU's double-track pursuit of sustainable development in the 2000s: how Lisbon and sustainable development strategies ran past each other. In: International Journal of Sustainable Development & World Ecology, Vol. 18, No. 2, S. 99 - 108.
- Stratenschulte, Eckart D. (2012): Versuche der institutionellen Reform. In: bpb Dossier Die Europäische Union. online:
<http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42998/institutionelle-reform> [Zugriff: 08.01.2014]
- Trattnigg, Rita (2009): Wachstum zukunftsfähig gestalten. Schauplätze, Akteure, Perspektiven. In: Hinterberger, Friedrich; Hutterer, Harald; Omann, Ines & Freytag, Elisabeth (Hsg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. Wien: Mandelbaum, S. 11 - 28.
- Tausch, Arno (2011): Globalisierung und die Zukunft der EU-2020-Strategie. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 111, Wien: AK Wien.
- Tausch, Arno & Heshmati, Almas (2012): Migration, Openness and the Global Preconditions of 'Smart Development'. In: Boğaziçi Journal. Review of Social, Economic and Administrative Studies. Vol. 26, No. 2, s. 27 – 89.
- UN Documents (o. J.): Our Common Future, From One earth to One World. online unter: <http://www.un-documents.net/ocf-ov.htm> - 1.2 [Zugriff: 18.02.2013]
- UNO: UN Millenium Development Goals online unter: <http://www.un.org/millenniumgoals/> [Zugriff: 18.02.2013]

- UNEP (2011): Towards a green economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. A Synthesis for Policy Makers. online:
http://www.unep.org/greeneconomy/portals/88/documents/ger/GER_synthesis_en.pdf
[Zugriff: 08.01.2014]
- Van Apeldoorn, Bastiaan (2009): The Contradictions of 'Embedded Neoliberalism' and Europe's Multi - level Legitimacy Crisis: The European Project and it's Limits. In: Van Apeldoorn, Bastiaan, Drahokoupil, Jan & Horn, Laura (Hsg.): Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance: From Lisbon to Lisbon. Basingstoke: Palgrave, S. 21 - 43.
- Wackernagel, Mathis & Rees, William (1997): Unser ökologischer Fußabdruck. Wie der Mensch Einfluß auf die Umwelt nimmt. Basel: Birkhäuser.
- Wissen, Markus (2012): Post-neoliberale Hegemonie? Zur Rolle des Green-Economy-Konzepts in der Vielfachkrise. Erscheint in: Kurswechsel 2/2012: Neoliberalismus: Endgame oder nächste Etappe? online:
<https://moodle.aau.at/mod/resource/view.php?id=269409>
[Zugriff: 15.12.2013]
- Weidenfeld, Werner (2013): Die Europäische Union. 3. Auflage. München: Wilhelm Fink.
- WWF (2010): Living Planet Report 2010.
online unter:
http://www.footprintnetwork.org/en/index.php/GFN/page/living_planet_report_2010.pdf
[Zugriff: 20.01.2014]

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit stellt eine kritische Analyse des Konzeptes der Nachhaltigen Entwicklung, basierend auf einem politökonomischen Ansatz, dar. Dieses Konzept erfreut sich mittlerweile großer Popularität; es hat vielerorts Eingang in die politische Gestaltung gefunden und auch viele Unternehmen scheinen um Nachhaltiges Wirtschaften bemüht. Es stellt sich in diesem Zusammenhang jedoch die Frage, welches tatsächliche transformative Potential dem Konzept und seiner jeweiligen Institutionalisierung, abgesehen von den positiven Konnotation, die im Allgemeinen damit verbunden sind, innewohnt.

Diese prinzipielle Frage wird am illustrativen Beispiel der Adaption des Konzeptes auf EU-Ebene, unter Berücksichtigung der sich daraus ergebenden Implikationen für die Entwicklungszusammenarbeit der Union, abgearbeitet. Die Analyse des Beispiels basiert auf einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von kapitalistischer Wirtschaftsweise und ökologischer Problematik sowie dessen unterschiedlicher Ausgestaltung und Bearbeitung im Rahmen der diversen gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Die Divergenzen in den Nord-Süd-Beziehungen werden anhand des ökologisch ungleichen Tauschs sowie der Unterschiede hinsichtlich des ökologischen Fußabdrucks, welche beide zu der Erkenntnis führen, dass der westliche Lebensstil nicht globalisierbar ist, in die Analyse einbezogen.

Eine zentrale Komponente Nachhaltiger Entwicklung stellt der ihr immanente doppelte Gerechtigkeitsanspruch, der sowohl die inter- als auch die intragenerationale Dimension tangiert, dar. Insgesamt zeichnet sich der Begriff jedoch vor allem durch eine große begriffliche und strategische Unklarheit aus; so ist es möglich, auch durchwegs gegensätzliche Standpunkte unter seinem Dach zu vereinen, ohne dafür einen Kompromiss zu bemühen. Die gängigen Interpretationen des Konzepts versuchen zunächst vor allem das Dilemma zwischen dem Wachstumszwang und ökologischen Restriktionen im Sinne einer Steigerung der Profitabilität zu lösen, wobei die ökonomische Logik jedoch auch weiterhin die ökologische Komponente dominiert. Im Rahmen dieser Arbeit werden die EU-Nachhaltigkeitsstrategie EU SDS und die Partnerschaft für eine Nachhaltige Entwicklung als klassische Beispiele für eine derartige Lösung dargestellt.

Abstract

This thesis is a critical analyses of the concept of sustainable development, based on an account inspired by political ecology. The concept of sustainbale development is by now quite popular; it has become a basic principle of policy design around the world and even many companies seem to be concerned about sustainable ways of organizing their activities. Out of this context arises the fundamental question about the actual transfomative potential inherent to this concept and its respective forms of institutionalisation, besides the positive connotations they may entail in general.

This principle question is illustrated on the basis of the adaption of the concept on the level of the EU, especially considering the arising implications for development policy and aid of the union. The analyses of this very example is founded on a fundamental examination of the relation between the capitalist mode of production and the ecologic problem, as well as of its different arrangements and handlings, relating to the diverse forms of capitalist society-nature relationships. The divergences regarding the north-south-relations will be treated by integrating the theory of ecological uneven exchange as welll as the ecological footprint analysis, which both lead to an understanding that it will not be possible to globalise the western mode of living.

One of the main aspects of sustainable development is its inherent double claim for fairness, that touches upon the inter- as well as the intragenerational dimension of distribution. However, on the whole, the term is in fact characterized by a huge conceptual and strategic lack of clarity; but it is exactly this lack which makes it possible to unite completely conflicting viewpoints without ever trying to come to a compromise. So, the common interpretations of the concept mainly try to resolve the dilemma between the constraints of enduring growth and the ecological restrictions in a way that enables increased profitability. This kind of solution is again characterized by the fact that the economical logic still dominates ecological aspects. This thesis presents the EU Sustainable Development Strategy and the related global partnership for sustainable development as classic examples for such a solution.

Curriculum Vitae

persönliche Daten:

Name: Nina Zehetmaier
Geburtsdatum / -ort: 21.06.1980 / Wien
Emailadresse: nina.zehetmaier@chello.at

Ausbildung:

1986 – 1990 Volksschule Wien XI, Braunhubergasse
1990 – 1998 Gymnasium Wien XIII, Wenzgasse 7 (neusprachlicher Zweig)
06/1998 Matura ebendort
ab 09/1998 Studium an der Universität Wien:
ab 10/1998 Kultur – und Sozialanthropologie
ab 10/2007 Internationale Entwicklung

Fremdsprachen:

Englisch: in Wort und Schrift
Französisch: in Wort und Schrift
Spanisch: Grundkenntnisse
Latein: Maturaniveau